

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 22. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Schweden unter liberalem Regime.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Zum zweiten Male hat der schwedische Liberalismus nunmehr die Regierung übernommen, nachdem die letzten Reichstagswahlen ihn zur ausschlaggebenden Partei im Lande gemacht haben. Bereits 1905 bekam der liberale Führer **Stauff** den Auftrag vom alten König, den durch die konservative Junferpolitik in den Summi gefahrenen Karren wieder auf festen Boden zu bringen. Man kann nicht behaupten, daß er dabei besonders glücklich verfuhr. Das einzige Andenken, das die damalige kurze liberale Ära hinterließ, waren neue Anebelungsbestimmungen gegen die Presse. Das Staaff in den Regierungskanzleien den alten Schlandrian ausmiffete, kann man nicht gut eine liberale Errungenschaft nennen, denn in dieser Hinsicht hat der konservative „Reichsdisponent“ **Arvid Lindmann** eine nicht minder gute Arbeit geleistet. Dagegen war Staaff in der Wahlrechtsfrage, dem großen politischen Problem, das zu lösen seine Aufgabe war, nicht allmächtig, und sein Versuch, die nordischen Erzaruben unter die Herrschaft des Staates zu bringen, war ein vollständiges Fiasko. Er mußte dem Lande zu dem Grubentrust die Ausbeutung der Eisenerzlager auf die Dauer von 25 resp. 50 Jahren zu überlassen, und nachdem der Trust dann die über Tage liegenden Erze glücklich in blankes Gold umgekehrt hätte, sollte der Staat den Rest übernehmen dürfen. Glücklicherweise gelang der Plan nicht, der nichts anderes als eine, von Staaff zwar unbeabsichtigte, Einseifung des Staates bedeutet hätte.

Wenn man also nach der Tabelle von 1905/06 schließen dürfte, so könnte man keine großen Hoffnungen auf die neue liberale Ära setzen. Und auch jetzt tut man gut, der Parole des Genossen **Pranting** zu folgen, sich freundschaftlich abwartend zu verhalten. Immerhin ist die Lage eine wesentlich andere als 1905/06. Damals mußte Staaff mit einer nahezu homogen konservativen Ersten Kammer und einer starken konservativen Minorität in der Zweiten Kammer rechnen. Er konnte ohne die Konservativen überhaupt keine Politik machen. Heute ist das anders. Er hat in der Zweiten Kammer 101 liberale Mandate von 230, wozu, eine fortschrittliche Politik vorausgesetzt, 64 Sozialdemokraten kommen. In der Ersten Kammer haben die Konservativen noch rund 120 von 150 Mandaten inne, aber Staaff hat bereits die Auflösung der Ersten Kammer verfügt. Da die Stadtverordneten der fünf größten Städte und die Kreisvertreter der Landverwaltung die Abgeordneten zu dieser Kammer wählen, kann man auf Grund der Stärke der Parteien in diesen Körperschaften schon jetzt berechnen, daß die Konservativen etwa 35 bis 40 Mandate einbüßen werden, davon vielleicht 10 an die Sozialdemokraten, die dann 13 Mitglieder unter den Senatoren haben würden. Damit würde ein sozialdemokratisch-liberaler Block bei den gemeinsamen Abstimmungen beider Kammern (in Budgetfragen) eine Majorität von 230 Stimmen gegen 150 konservative haben. Die Situation ist also für die liberale Regierung eine ganz andere als 1905, wo sie auf Gnade und Ungnade den Konservativen ausgeliefert war.

Allein auch hier trübt der Schein. In Budgetfragen ist die sozialdemokratisch-liberale Majorität zwar gegeben. Es wird Herrn Staaff möglich sein, die versprochene **Heraufhebung des Militärbudgets** durchzuführen. Aber die Befehdung ist nicht nur eine budgetrechtliche, sondern sie hat, soll sie eine bleibende Bedeutung für das Land erlangen, auch die Aufgabe, fortschrittliche Gesetze zu machen. Insbesondere wartet das weite Gebiet der **Sozialpolitik** auf eine ernste parlamentarische Arbeit.

Auf diesem Gebiet ist bisher so gut wie nichts geschehen. Die Arbeiterversicherung harret der Lösung, der Arbeiterschutz ist bis auf wenige schüchterne Versuche gänzlich vernachlässigt worden. Ein eigentliches Arbeitsrecht ist nicht vorhanden; ein Eingreifen der Gesetzgebung in das Verhältnis zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen erscheint nach den Erfahrungen von 1909 nicht zu umgehen. Die wahnsinnige Praxis der schwedischen Unternehmerverbände, ohne Rücksicht auf geltende Tarifverträge Sympathieaussperrungen von hunderten Arbeiter vorzunehmen, müßte unterbunden werden. Eine weitere Demokratisierung des Wahlrechts, insbesondere in den Gemeinden, ist im Interesse der Staatspolitik unerlässlich. Die Handelspolitik muß auf eine andere Grundlage gestellt werden, soll nicht die Masse der arbeitenden Bevölkerung der gleichen Hungersnot entgegengehen, wie in anderen Ländern. Ein Grund für die Aufrechterhaltung der hohen Lebensmittelpreise liegt nicht mehr vor, nachdem die schwedische Landwirtschaft trotz hoher Preise im eigenen Lande den Export planmäßig organisiert.

Alle diese Fragen, und noch mehr dazu, hatten der Lösung, können aber nur im Einverständnis mit der Ersten Kammer erledigt werden. Das bedeutet, daß die liberale Regierung entweder den Aufbruch mit den Konservativen sofort beginnen oder aber ihnen den Kampf auf der ganzen Linie ansagen muß. Der erste Weg führt zur Verschärfung und wahrscheinlich auch zur einstweiligen Ausschaltung des sozialdemokratischen Einflusses. Der zweite Weg würde

der weit vorteilhaftere sein für die Liberalen selbst, die damit ihre Position draußen bei den Wählermassen festigen würden. Ob aber die liberale Partei diesen Weg einschlagen wird, ist mehr als fraglich. Denn sie ist alles andere als eine gleichartige Einheit. Sie umfaßt zwar große Massen „kleiner Leute“, Kleinbürger, Kleinbauern, Beamte des Staates, der Gemeinden und der Industrie, aber sie hat auch einen weit rechtsstehenden Flügel, der dort auftritt, wo die Konservativen beginnen. Und die Personen die Staaff in die Regierung berief, nachdem die Sozialdemokratie die Beteiligung abgelehnt hat, entsprechen durchaus der Gliederung der liberalen Partei. Neben ehrlichen Demokraten sehen wir verschämte „Fortschrittler“, wie die Kopisch und Wiemer in Deutschland, und der neue Ackerbauminister war noch vor kurzem führendes Mitglied bei den Konservativen, bis er von Herrn Lindmann ausgeschickt wurde. Das ist keine Gewähr für einen Entscheidungskampf zwischen Fortschritt und Reaktion. Vielmehr drängt sich einem die Befürchtung auf, daß der Krähwinfler Landsturm auch fortan sein Gebrähe der schwedischen Politik aufzwingen wird; in den neuen Uniformen stecken vielleicht noch die alten Mumien.

Diese Erwägungen mögen einige durchaus ernst zu nehmende schwedische Parteigenossen — die selbst für die Ministerportefeuilles nicht in Frage kamen, bei denen also jegliches Strebertum ausgeschlossen erscheint — dazu veranlassen haben, die Akzeptierung des liberalen Angebots auf Eintritt einiger Sozialdemokraten in das Ministerium zu befürworten. Freilich dachten sie dabei nicht an Sozialdemokraten auf Urlaub, sondern an sozialdemokratische Regierungsmitglieder, die unter voller Verantwortung der Partei (und daher der Partei für ihr Tun verantwortlich) in die Regierung eintreten sollten, nachdem eine Verständigung mit dem Regierungschef über die zu befolgende Politik vorausgegangen wäre. Diese sollten in der Regierung den Sauerreig bilden und die Garantie gegen eine Abschwächung nach rechts bieten, wie sie gleichzeitig die zögernden Liberalen vorwärts treiben sollten. Es ist hier nicht der Platz, das Für und Wider dieser Frage zu erörtern. Die Parteileitung und die Reichstagsfraktion, die nach dem Beschluß des letzten Parteitagess zu entscheiden hatten, haben das liberale Angebot mit großer Majorität abgelehnt. **Pranting**, der für das Ministerium in erster Linie in Frage kam, hat rundweg vor Jahr und Tag bereits erklärt, daß der kommende Systemwechsel ein liberaler sein müsse, die Zeit der Sozialdemokratie sei noch nicht gekommen. Diese Auffassung hat er auch jetzt, als die Frage aktuell wurde, mit aller Entschiedenheit vertreten und die überwiegende Parteimajorität hat sich ihm angeschlossen. Es ist dabei jedoch zu bemerken, daß prinzipielle Gründe für die Ablehnung des liberalen Angebots nicht geltend gemacht wurden. Selbst die sogenannten radikalen Elemente haben während der jetzigen Debatte weniger das Prinzip als die Zweckmäßigkeit betont. Die Partei ist noch zu schwach, um eine sozialdemokratische Politik durchsetzen zu können und die Politik des Liberalismus möge dieser selbst besorgen, wobei er der parlamentarischen Unterstützung der Sozialdemokratie sicher sei, solange er auf liberalen Wegen wandelt. **Mausfert** er sich aber nach rechts, so treibt er die Wählermassen, die nun einmal unzweifelhaft nach **Linke** marschieren, in die Arme der Sozialdemokratie. Die Dypositionsstellung hat die liberale Partei zu der stärksten gemacht, vermag sie jetzt, wo sie ihre Versprechungen einlösen soll, so ist das zwar auch vom Standpunkte der Arbeiterschaft zu bedauern, aber es wird doch dazu beitragen, daß die Liberalen schnell abwirtschaften.

Die Entwicklung der drei Parteien seit 1908 ist aus folgenden Zahlen zu ersehen. Es erhielten bei den Wahlen zur Zweiten Kammer Stimmen:

	1908	1911
Liberaler	121 308	242 127
Konservative	190 037	188 247
Sozialdemokraten	63 744	172 780

Infolge des Steuerzensus stimmten unsere Genossen für die Liberalen in solchen Kreisen, wo sie selbst keinerlei Aussicht auf das Mandat hatten, wodurch verhindert wurde, daß solche Mandate in die Hände der Konservativen kamen. Daher sind etwa 20 000 sozialdemokratische Stimmen unter den Liberalen gezählt. Dieses Jahr kam nach dem neuen Proportionalwahlrecht eine solche Lücke nicht in Frage. Die Zahl der Wahlberechtigten ist von einer halben auf eine Million gestiegen, die der Wähler von 300 000 auf 600 000. Die Liberalen haben davon in beiden Jahren etwa 40 Proz. unter ihrer Fahne vereinigt, während der Prozentjah sozialdemokratischer Wähler von 24 auf 29 Prozent und der Prozentjah der konservativen Wähler auf 31 Proz. gefallen ist. Die Steigerung der Sozialdemokratie wäre eine noch größere geworden, wenn nicht so viele Arbeiterwähler der reaktionären Bestimmung zum Opfer gefallen wären, wonach die Steuerquittung für die letzten drei Jahre vorgelegt werden muß. Da während dieser drei Jahre die wirtschaftliche Krise im Lande wütete, konnten Tausende von Arbeitslosen ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nachkommen und gingen so ihres Wahlrechts verlustig. Dagegen hat unsere Partei einen glänzenden Erfolg in den reinen Landdistrikten aufzuweisen, ebenso wie die Liberalen, während die Konservativen vielfach aus ihren besten Hochburgen herausgeworfen wurden.

Jedenfalls zeigen die Ziffern die unverfälschte Stimmung der Wähler, die von der konservativen Politik langsam genug bekommen haben. Die Liberalen sind die stärkste Partei geworden, sie haben einen ziemlichen Vorsprung sowohl vor unserer Partei als der konservativen. Daß sie diese Position nur halten können, wenn sie zu einer konsequenten Fortschrittspolitik entschlossen sind, werden sie hoffentlich selbst einsehen. Unsere Partei hat, der Mandatszahl nach, bei dieser Wahl den früheren verhältnismäßigen Zuwachs nicht ganz aufrecht erhalten können. Die Entwicklung ihrer Stärke in der zweiten Kammer hat sich folgendermaßen vollzogen:

Zwei Legislaturperioden	1897—1902	1 Mandat
	1903—1905	4 Mandate
	1906—1908	18—17 Mandate
	1909—1911	33—35
	1911	64

Nach dem Maßstab von 1906/09 hätte unsere Partei auf 70 Mandate bei der Wahl 1911 kommen müssen. Aber je größer die Partei wird, je unmöglicher wird es naturgemäß, die Zahl der Mandate zu verdoppeln. Man muß ohne weiteres anerkennen, daß der Fortschritt, der in obigen Zahlen seinen Ausdruck findet, ein enormer ist und daß er zu den besten Hoffnungen berechtigt. Dieser Fortschritt ist aber nur möglich, so lange die Partei eine einige und einheitliche organische Masse ist. Eine Teilnahme an der Regierung jetzt hätte die Einheit der Partei in Gefahr bringen können, auf alle Fälle wäre eine schwere Parteikrise zu befürchten gewesen. Eine solche würde aber die fortschrittliche Politik aufs schwerste gefährdet haben, weil sie eine Schwächung der Kräfte zur Folge haben müßte. Den Konservativen wäre damit das Geschäft leicht gemacht worden. Jetzt steht die Sozialdemokratie geschlossen und bereit, eine demokratisch-fortschrittliche Politik der Liberalen parlamentarisch zu unterstützen. Die Früchte einer solchen Politik werden sich bei den nächsten Wahlen zeigen. Sie können nur in einer erheblichen Schwächung der zurzeit immer noch starken konservativen Partei bestehen, die das wesentlichste Hindernis für die demokratische Entwicklung des Landes sowohl als für eine zielbewusste Sozialpolitik bildet. Sind sich die Liberalen dessen bewußt, und schlagen sie eine entsprechende Taktik ein, so wird die diesmalige liberale Ära eine größere Bedeutung erlangen, als 1905/06. Einstweilen freilich liegen nur liberale Worte vor; Herr Staaff wird zu zeigen haben, ob er sich auch auf liberale Taten versteht.

Die chinesische Revolution.

Alle verlässlichen Nachrichten stimmen darin überein, daß die Revolutionäre siegreich geblieben, die kaiserlichen Truppen zurückgetrieben und ihre Lager besetzt haben. Die Angabe freilich, daß die Kaiserlichen 1000 Mann, die Revolutionäre 100 Mann verloren, erscheint stark übertrieben. Die Aufständischen bestanden sich bereits auf dem Vormarsch nach Norden. Ihr nächstes Ziel ist **Kwangshui**, hundert Kilometer nördlich von Hankau. Im Besitze dieses Punktes werden sie den Kaiserlichen die Benutzung der Bahn von Peking nach Hankau streitig machen können.

Die Nachricht vom Siege der Rebellen wird der Revolution zweifellos neue Scharen zuführen. Schon wird der Ausbruch der Revolution in der Gegend von Peking angekündigt und die Regierung ist offenbar von großer Furcht erfüllt. Denn während sonst die äußerste Grausamkeit das Regierungsprinzip der Mandschus ist, wird jetzt allen, die sich von der Revolution lösen, volle Amnestie zugesichert. Auch das Zaudern **Huanfukais** spräche dafür, daß er an einem erfolgreichen Widerstand nicht glaubt. **China Republik** — was vor einer Woche unglücklich schien, heute ist es in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt.

Ausbruch der Revolution in Peking?

Peking, 21. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Hier ist ein Telegramm eingelaufen mit der Nachricht, daß der **Jamen des Vizekönigs in Tsinanfu**, ungefähr 160 Meilen südlich von Peking, abgebrannt ist.

Amerikanische Missionäre in der Provinz Tschili sind von Studenten warnend darauf hingewiesen worden, daß morgen in der Nähe von Peking eine Revolution ausbrechen werde. Es ist bemerkenswert, daß ähnliche Warnungen den Missionären in **Wutschang** zugegangen sind, bevor der Ausbruch dort ausbrach. Konsularberichte aus Tschang, das mehrere Tage isoliert war, bestätigen die Nachricht, daß die Stadt in den Händen der Aufständischen ist.

Das Gescheh von Hankau.

London, 21. Oktober. Der Korrespondent der „Daily Mail“ telegraphiert seinem Blatte aus Kiang, daß das Gescheh bei Hankau, dem er beizohnte, ein äußerst erbittertes gewesen sei. Eines der chinesischen Kanonenboote wurde durch Granaten der Rebellen vollständig vernichtet und zum Sinken gebracht. Die Besatzung ist zu den Rebellen übergegangen. Die anderen chinesischen Kanonenboote haben sich 14 Kilometer vor Hankau verankert. Es heißt, daß die Besatzung ebenfalls beabsichtigt, zu den Rebellen überzugehen. Weiter berichtet der Korrespondent zu dem Gescheh, daß die Verluste auf beiden Seiten sehr gering seien, dagegen sei der Materialschaden sehr erheblich, weil die Granaten glühten und eine ganze Anzahl von Gebäuden in Flammen aufging.

Die Interflons-Gebühr

Betragt für die sechsgehaltene Annoncenliste oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Briefe- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das istgedruckte Wort 20 Pfg. (zweifach 2 geteiltgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr nachmittags in der Expedition eingereicht werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Einberufung der Nationalversammlung.

Befug, 21. Oktober. Die Nationalversammlung soll morgen eröffnet werden.

Der „Retter“ zaudert.

Befug, 21. Oktober. Hier beginnt man Zweifel zu hegen, ob Juanschik die hohen Ämter annehmen wird, die ihm übertragen worden sind.

Ein Edikt spricht die Teilnahme für die Bevölkerung der Provinzen aus, die durch die Dürre und durch den Aufstand heimgeführt worden sind, und weist 200000 Taelen von den Ersparnissen der verstorbenen Kaiserin-Witwe an, die an Juanschik ausgezahlt werden, dem die Verantwortung für die Verteilung des Geldes an die notleidende Bevölkerung obliegen soll.

Finanzielle Sorgen.

Befug, 21. Oktober. Gestern fand hier eine Zusammenkunft ausländischer Diplomaten statt, um über die finanziellen Verpflichtungen Chinas an das Ausland zu beraten. China hat gebeten, daß ihm gestattet werde, die Ratenzahlungen der Kriegsschuldigung aufzuschieben. Es ist eifrig bemüht, eine Anleihe aufzunehmen.

Befug, 21. Oktober. Eine Proklamation der Regierung weist die Kaufleute an, Papiergeld als Zahlung anzunehmen und trifft noch weitere Anordnungen, um die Zirkulation des Papiergeldes zu fördern.

Die Gesandtschaften ergreifen hier und in Tientsin die notwendigen Vorkehrungen, um ihren militärischen Schutz und ihre Verpflegung sicherzustellen.

Kein Straßenkampf in Hankau.

Befug, 21. Oktober. (Telegramm der deutschen Kabelgesellschaft.) Die Nachricht, daß das deutsche Landungskorps in Hankau in den Straßenkampf mit dem chinesischen Pöbel eingegriffen habe, wird hier angezweifelt. Jedenfalls liegt keine Bestätigung vor.

Der Krieg.

Die Besetzung von Bengasi.

Rom, 21. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Meldung des Viceadmirals Aubry: Gestern haben die Truppen die Stadt Bengasi besetzt. Abgesehen von einem unbedeutenden Angriff aus der Nordseite, den die Italiener abschlugen, ist alles ruhig. Die Landungskompagnien kehrten auf die Schiffe zurück und ließen die ausgeschifften Artillerie am Lande zurück. Ein Offizier und fünf Matrosen sind tot, zwei Offiziere, ein Unteroffizier und dreizehn Matrosen verwundet.

Ein türkischer Angriff.

Konstantinopel, 21. Oktober. „Jeni Gazetta“ meldet, daß ungefähr 300 Italiener die türkischen Truppen bei Siantan im Sandhschal Dschebel-Gharbi südlich von Tripolis anzugreifen versuchten, aber zurückgeschlagen wurden. Die Türken wurden durch Giftkugeln von etwa 1500 Eingeborenen unterstützt. Auf Seite der Türken wurden drei Feldwebel getötet und sieben Soldaten verwundet. Die Giftkugeln hatten acht Tote und drei Verwundete.

Italienische Verluste.

Konstantinopel, 21. Oktober. Zu dem gemeldeten Nachtangriff vom 16. d. M. bei Tripolis erzählt „Tanin“, daß die Türken infolge des nachlässigen Wachdienstes der Italiener ihre Kanonen bis auf 2000 Meter an das italienische Lager vorbringen konnten, worauf sie das Lager beschossen. Die Verluste der Italiener sollen auch der infolge des plötzlichen Angriffs entstandenen Verwirrung zugeschrieben sein.

Ein Bündnis mit England?

Konstantinopel, 21. Oktober. Die öffentliche Meinung beschäftigt sich ausschließlich mit der Frage einer Allianz. Die gestrige Ankündigung des leitenden Blattes „Tanin“ wird so gedeutet, als wenn England diejenige Macht wäre, welche der türkische Großvezir im Auge habe. „Jeune Turc“ ist der Ansicht, nur England könne in der Lage zu sein, die Tripolisfrage zur Befriedigung der Türkei zu arrangieren.

Die Handelskrise.

Konstantinopel, 21. Oktober. Auf Anregung der hiesigen Handelskammer unterbreitete der Handelsminister dem Ministerrat ein Projekt über die angelegten der hier herrschenden kommerziellen Krise erforderlichen Maßnahmen. Die Bankdirektoren wurden zu morgen zu einer Beratung beim Finanzminister eingeladen, um ihre Meinung auszusprechen. Wenn die Krisis fortbesteht, werden die Kaufleute voraussichtlich ein Memorandum verlangen.

Der Protest der Sozialisten.

Konstantinopel, 21. Oktober. Die Blätter melden, daß von italienischen Sozialisten an die türkischen sozialistischen Deputierten Depeschen gerichtet worden seien, worin sie die Politik der italienischen Regierung als abenteuerlich bezeichnen.

Die Doppelgängigkeit des Vatikans.

Man weiß, daß die italienischen Klerikalen an der Spitze der Kriegsbegier marschieren. Diese Tatsache hat aber für die kirchlichen Interessen in der Türkei und in der ganzen islamitischen Welt ihre bedenkliche Seite. Deshalb betont der Vatikan neuerdings wieder seine offizielle Neutralität, und das päpstliche Organ, der „Osservatore Romano“ schreibt: „Mehrere Blätter, die sich zu den katholischen rechnen, sowie mehrere Redner, Geistliche wie Laien, äußern sich in Besprechung des italienisch-türkischen Konflikts auf eine Art und Weise, die fast an einen heiligen Krieg glauben läßt, der im Namen und mit Unterstützung der Religion und der Kirche unternommen wäre. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß der Heilige Stuhl nicht nur keine Verantwortlichkeit für diese Auslegungen übernimmt, sondern sie nicht billigen kann und sie bedauert, da er außerhalb des gegenwärtigen Konflikts bleiben muß.“

Das wird natürlich die kirchliche Seite in Italien selbst nicht im geringsten vermindern.

Die Konsumvereinsmitglieder und die Reichstagswahlen.

Anfangs Oktober tagte in Frankfurt a. M. eine Konferenz des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die sich unter anderem auch mit der Stellungnahme der Konsumvereine zu den politischen Wahlen befahte. Zu diesem Punkt referierte Feuerstein-Stuttgart. Nach der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Bei Handelskammern und händlerischen Organisationen Deutschlands machen sich seit Jahren Bestrebungen geltend, den bei politi-

schen Wahlen aufstrebenden Verbänden sogenannte Mittelstandsforderungen zur Anerkennung zu unterbreiten, welche sich in erster Linie auf die gesetzgeberische Bekämpfung der bestehenden Konsumvereine durch Ausnahmesteuerung und Beschränkung des Geschäftsbetriebes beziehen. Neben dieser beabsichtigten künstlichen Entwicklungshemmung ist es außerdem auf die Verhinderung der Gründung neuer Konsumvereine abgesehen, wozu insbesondere die Aufhebung der sogenannten Bedürfnisfrage dienen soll.

Da nun diese Bestrebungen seitens der bezeichneten Korporationen wie auch innerhalb des Hansabundes ganz besonders für die bevorstehenden Reichstagswahlen hervorgetreten sind, sieht sich die heutige Konferenz von Vertretern des Konsumvereinswesens veranlaßt, die Mitglieder der Konsumvereine ohne Unterschied der Parteirichtung zur energischen Abwehr aufzurufen und dieselben zu ersuchen, überall die erforderlichen Maßnahmen gegen die bezeichneten Bestrebungen rechtzeitig einzuleiten.

Für diese Abwehrmaßnahmen sind folgende Gesichtspunkte streng zu beachten:

1. In jedem Wahlkreis, in dem Konsumvereine vorhanden sind, sind durch eine für die verschiedenen Bezirke zuständige Abwehrkommission sämtlichen Kandidaten der Parteien schriftlich formulierte Fragen vorzulegen, die sich lediglich auf die Stellungnahme des Kandidaten zu den Konsumvereinen im Falle seiner Wahl als Abgeordneter beziehen.

2. Die Antworten der Kandidaten sind von der Kommission in entsprechender Weise zur Kenntnis der Mitglieder zu bringen.

3. Die Kommission darf eine auf die eingegangenen Antworten sich stützende Parole nur insofern ausgeben, als sie zu treffendenfalls die Konsumvereinsmitglieder — und zwar mit dem gehörigen Nachdruck — auffordert, erklärten Gegnern keine Stimme zu geben.

Ausweichende Antworten sollen als ungenügend bezeichnet und die Verweigerung der Antwort als gleichbedeutend mit Segnerschaft gegen die Konsumvereine behandelt werden.

Die Konferenz erwartet von den politischen Parteien eine gebührende Berücksichtigung dieses lediglich der Abwehr dienenden Standpunktes. Die hervorragende volkswirtschaftliche Bedeutung und die Leistungen der deutschen Konsumvereine ganz besonders im Hinblick auf die seit Jahren andauernde und neuerdings bedeutend verschärfte Teuerung dürfte den Parteien einen nicht zu übersehenden Fingerzeig für die ganze Frage geben.

Die 1 1/2 Millionen deutscher Konsumvereinsmitglieder aber werden angesichts der Bestrebungen ihrer Gegner in dringlichster Weise zur nachdrücklichsten Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen im bezeichneten Sinne aufgefordert.

Der Fragebogen lautet:

„Ist der Herr Kandidat bereit:

1. Zur Falle seiner Wahl als Abgeordneter gegen jede Veranschlagung der Konsumvereine auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu stimmen?

2. Bei einer eventuellen Änderung des Genossenschaftsgesetzes jede Verschlechterung desselben überhaupt, wie auch jede gegen die Konsumvereine gerichtete Änderung und insbesondere die Einführung der sogenannten Bedürfnisfrage für die Gründung neuer Konsumvereine oder Filialen solcher abzulehnen?

3. Jede Ausnahmesteuerung der Konsumvereine abzulehnen?“ Mit dieser Resolution setzen sich also die Konsumvereinsmitglieder endlich gedrängt, im wirtschaftlichen Interesse auch politische Stellung zu nehmen und zu unterscheiden. An sich ist nun aber materiell gar kein Unterschied, ob die Konsumenten allgemein oder speziell als Mitglieder der Konsumgenossenschaften ungerecht und ungebührlich behandelt werden. Liehe man z. B. die Konsumvereine völlig ungeschoren und beulte dafür die Konsumenten um so mehr und berart aus, daß auch die Konsumvereine durch die Vereinnahmung kein Geld aus dem Nichts schaffen könnten, so könnte doch auch ein solches „Recht“ die Konsumentenorganisationen keineswegs unberührt lassen. Doch — die Dinge entwickeln ja mit der Zeit schon immer ihre eigene Logik, mit dem vorstehend geschilderten Vorgehen ist der erste Schritt auf einer Bahn getan, die zu gehen sich früher-führende Personen der Konsumgenossenschaften behorlich und ostentativ geweigert haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Oktober 1911.

Der Kolonial- und Konsulargerichtshof.

Aus dem Reichstag, 21. Oktober. Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes wurde auf Grund der Kommissionsfassung in zweiter Lesung beraten. Sein Zweck ist, für die Rechtsprechung in solchen Rechtsstreitigkeiten, die jetzt den Kolonialgerichtshöfen einerseits, den Konsulargerichten andererseits unterstellt sind, eine gemeinsame höchste Instanz zu schaffen.

Ueber das Prinzip des Gesetzes waren Regierung und Parteien sich einig. Zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten gab aber die Zusammenfassung des geplanten Gerichtshofes Anlaß. Die Regierung und mit ihr die Kommission wollte es ermöglichen, daß außer den ständigen ordentlichen Richtern auch einige Beamte des Auswärtigen Amtes, Kolonialamtes oder Marineamtes richterliche Funktionen innerhalb des Gerichtshofes ausüben sollen.

In der ersten Lesung hatte nur Genosse Stadthagen namens der Sozialdemokratie gegen diese Bestimmung entschieden Verwahrung eingelegt. Die Gefahr für eine geordnete Rechtsprechung, die in der Zulassung abhängiger und absehbarer Beamter liegt, war aber auch mittlerweile den Mitgliedern anderer Parteien zum Bewußtsein gekommen. Der freisinnige Abg. Müller-Meinungen hatte deshalb einen Antrag eingebracht, der darauf abzielte, sämtlichen Mitgliedern des Gerichtshofes die Stellung unabhängiger Richter zu sichern. Ein Antrag Stadthagen bezweckte außerdem noch die Zulassung von Schöffen.

Da die Stimmung unter den Parteien von Anfang an gegen die Zulassung der Beamten zu scheitern schien, machte der konservative Abg. Wagner-Sachsen wiederholt kampflose Anstrengungen, durch allerhand Geschäftsordnungsmandate die Abstimmung hinauszuschieben, um Zeit für Kompromißverhandlungen hinter den Kulissen zu gewinnen. Er fiel damit aber völlig ab.

In der Debatte versuchten die Staatssekretäre v. Riederlen-Waechter und v. Siedequitz, den Regierungsantrag zu retten. Hauptsächlich arbeiteten sie mit dem Argument, daß das Gericht jederzeit in seiner Mitte Leute haben müsse, die fortlaufend im Kontakt stehen mit den Kolonialgeschäften; als ob sich das nicht ebenso gut und besser erreichen ließe durch die Zuziehung von Sachverständigen und Vertretern der Regierung zu den Verhandlungen.

Gegen die Einziehung von Beamten in das Richterkollegium sprachen für die Freisinnigen Müller-Meinungen, für die Sozialdemokraten Genosse Stadthagen, für die Mehrheit der Nationalliberalen Jund und für einen Teil

des Zentrums Gräber. Die Abstimmung ergab dann eine knappe Mehrheit für die Einziehung der Beamten aus dem Richterkollegium. Somit waren Herrn v. Riederlen-Waechter diesmal auf dem parlamentarischen Kampfplatz ebenso wenig Vorbeeren beschieden wie auf dem diplomatischen Marokkokauplag.

Eine zweite Frage wurde dann noch umstritten, ob nämlich der Gerichtshof nach Berlin, wie die Regierung wollte, oder nach Hamburg verlegt werden sollte. Der freisinnige Abg. Hecker begründete den Antrag, Hamburg zum Sitz des Gerichtshofes zu machen, höchst ungeschickt, indem er nämlich immer wieder betonte, die Regierung habe Hamburg für „unannehmbar“ erklärt, auf ihr Unannehmbar sei aber wenig zu geben, wie ihr nachgiebiges Verhalten in der Richterfrage bewiesen habe. Man hatte schließlich den Eindruck, er wolle die Regierung zum Widerstand scharf machen.

Ein ungewöhnliches Ereignis war es, daß ein Mitglied des Bundesrats es einmal wagte, gegen den Regierungsvorschlag zu lösen. Der Vertreter der Hansastädte, Herr Klüggemann legte sich nämlich warm und mit guten Gründen dafür ins Zeug, daß Hamburg als Hauptstadt des deutschen Welthandels Sitz des Kolonial- und Konsulargerichtshofes werde.

Für die Sozialdemokratie, die gleichfalls einen Antrag auf Verlegung nach Hamburg gestellt hatte, sprach Genosse Vebel, der das Hauptgewicht darauf legte, daß Hamburg deshalb vorzuziehen sei, weil dort größere Bürgerschaften für die Unabhängigkeit des Richterkollegiums gegeben seien, wie ja genau aus den nämlichen Gründen derzeit Leipzig zum Sitz des Reichsgerichts auserkoren wurde.

Bei der Abstimmung entschied sich die Mehrheit für Berlin. Außer der Sozialdemokratie stimmten nur vereinzelte Mitglieder der anderen Parteien für Hamburg.

Ausnahmeverweigerung.

Zur Marokko-Interpellation gab Sonnabendvormittag der bayerische Ministerpräsident folgende Erklärung ab: Ich bin an sich bereit, die Interpellation zu beantworten. Jetzt muß ich mir dies jedoch mit Rücksicht auf die noch schwebenden Verhandlungen versagen. Wenn sich auch die hier gestellte Anfrage auf den Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten beschränkt, so ist doch eine Beantwortung der Interpellation nicht wohl möglich ohne einiges Eingehen auf die bisherige Geschichte der marokkanischen Angelegenheiten. Und auch bei der Begründung und eventueller Besprechung der Interpellation würde ein Hinübergreifen auf dieses Gebiet kaum gänzlich zu vermeiden sein. Ich glaube, für die bayerische Regierung und den bayerischen Landtag besteht alle Veranlassung, die gleiche Zurückhaltung zu üben, die sich die Reichsregierung für die parlamentarische Behandlung des Gegenstandes bis auf weiteres auferlegt hat. Ich bitte daher, mir die Bestimmung des Zeitpunktes für die Beantwortung der Interpellation der Herren Kuer und Genossen vorbehalten zu dürfen.

Darauf gab Genosse v. Sillmar folgende Erklärung ab: Mit Rücksicht auf die vom Herrn Staatsminister angebotene, momentan gegebene politische Lage erklären wir uns mit der Verabschiedung einverstanden. Damit ist die Marokko-Interpellation vorläufig erledigt.

Die Abgabe dieser Erklärung wird nicht verfehlen, Verwunderung hervorzurufen. Wenn sich die bayerische Landtagsfraktion durch die Redensarten des Ministerpräsidenten veranlaßt sieht, ihre Zustimmung zur Verschiebung der Interpellation zu geben, so hätte sie sich die Einbringung ersparen können. Denn diese Redensarten waren ja vorauszusetzen. Die Sozialdemokratie aber sieht auf dem Standpunkt, daß auch die Angelegenheiten der auswärtigen Politik nicht absolutistisch von einer noch dazu außerparlamentarischen Regierung zu erledigen sind, sondern von der Volksvertretung, die nicht geduldi zu warten hat, bis sie vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Deshalb hatten die sozialdemokratischen Vertreter gar keinen Grund zur Abgabe einer Zustimmungserklärung und sie hätten den bürgerlichen Parteien die Verantwortung dafür überlassen müssen, wenn sie ihren Regierungen jenes Vertrauen gewähren wollen, zu dem die deutsche Arbeiterschaft wahrlich nicht den geringsten Grund hat.

Es gibt keine Lebensmittelteuerung!

Das ist die Meinung der Königsberger „freisinnigen“ Stadtverwaltung. Am 20. September hatte sich die Königsberger Stadtverordnetenversammlung für die Aufrechterhaltung des Systems der Einfuhrzölle und der Nahrungsmittelzölle erklärt, danach aber beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe an die zuständigen Stellen des Reichs und des Staates wegen Aufhebung der Futtermittelzölle und Öffnung der Grenzen für Einfuhr von Vieh und Fleisch zu richten. Am Mittwoch, den 18. Oktober, teilte der Magistrat den Stadtverordneten mit, daß er diesem Beschlusse nicht beigetreten sei. In gleicher Angelegenheit habe schon der Deutsche Städtetag eine Petition an den Reichsausschuß und an die zuständigen Dienststellen gerichtet. Es erhebe daher dem Magistrat nicht angebracht, eine Vorstellung gleichen Inhalts zu erheben und zwar um so weniger, als in Königsberg die Entwicklung der Fleischpreise seit der letzten Fleischsteuerungseingabe vom 28. September 1910 eine Steigerung nicht erkennen lasse; es seien vielmehr bis auf Rindfleisch die Preise für Fleisch fast durchweg gesunken! Andererseits bestche auch bei dem Magistrat ein Zweifel nicht darüber, daß demnach die Viehpreise, namentlich für Rinder, ganz erheblich steigen müßten, Schweinefleischungen in Preußen wiesen eine erfreuliche Steigerung auf. Ob diese Steigerung auch fernherhin anhalten werde, ersehe man mindestens höchst zweifelhaft, weil ja die Futtermittel für Schweine, vornehmlich Kartoffeln — abgesehen von den übrigen Provinzen — knapp und teuer seien. Oberbürgermeister Körte meinte noch, man solle das Petitionsrecht nicht unnötig dadurch abtun, daß man ganz unzulässige Eingaben lasse! Ein alter Notstand beche zarzeit nicht. Und nacheinander standen die bürgerlichen Stadtverordneten auf und versuchten nachzuweisen, daß die Preise für Fleisch und Gemüse niedrig seien. Dem Genossen Haase wurde nachgefragt, von der angeblichen Lebensmittelteuerung versuche er nichts; höchstens theoretisch. Darauf wurde beschlossen, die Mitteilung des Magistrats „zur Kenntnis“ zu nehmen.

Obwohl es in Königsberg, in der Stadt der gräßlichen Wohnungsnot und der unerhörlichen Mieten genau so eine Teuerung gibt, wie anderwärts, hat es der Kommunalfreisinn also nicht für nötig gehalten, auch nur die Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr sowie die Beseitigung der Futtermittelzölle zu verlangen. Er sagt genau so wie die Junter: Es gibt keine Teuerung. Wohl muß der Magistrat eingestehen, daß die Viehpreise steigen müssen, und daß es höchst zweifelhaft sei, ob die Steigerung der Schweinefleischungen anhalten werde, doch Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischteuerung, die nach der Ansicht des Magistrats doch wenigstens bevorzucht, wünscht zurzeit der Kommunalfreisinn nicht! Dabei schrieb dieser Tage die freisinnige „Hartung'sche Zeitung“ zur Lebensmittelteuerung: Es wurden Preise gezahlt, die kaum noch für den Mittelstand erschwinglich seien!

Arbeiterhaushalt, Lebensmittelsteuer und Staatsprofil.

Der „Vorwärts“ brachte gestern eine genaue Berechnung der Preissteigerung des durchschnittlichen Nahrungsmittelaufwandes der Arbeiterfamilie. Es ergab sich, daß die wöchentliche Ausgabe für Nahrungsmittel bei zwei Erwachsenen und drei Kindern — die Wochenration des deutschen Marinesoldaten als Einheit zugrunde gelegt — von 22,20 Mark im Jahre 1900 auf 26,60 Mark im Jahre 1910 und auf 30,34 Mark im September 1911 gestiegen ist! Bei solcher Ausgabenhöhe sieht ohne weiteres fest, daß der deutsche Arbeiter im allgemeinen schlechter lebt, seine Familie ungünstiger zu ernähren gezwungen ist, als der Marinesoldat vom Staate — und sicher nicht im goldenen Ueberflusse — versorgt wird. Aber nicht nur, daß die Methode systematischer Grenzsperrung, das Prinzip der höchsten Zollmauer, den Arbeiter zur Verelendung zwingt, nicht nur, daß das jetzt zur Welt kommende Geschlecht diese Sünden der Herrschenden für sein ganzes Leben als Last mit sich herum schleppen muß, der Staat verdient ja bekanntlich auch an der geringsten Ausgabe des hungernden Arbeiters!

Bei einem wöchentlichen Normalnahrungsaufwand einer fünf-köpfigen Familie, der für September 1911 30,34 Mark ausmacht, sind an den Staat durch indirekte Besteuerung resp. durch die Zölle 1,80 Mark abzuleisten. Für das ganze Jahr sind dies vom Ernährungsaufwand von 1577,68 M. insgesamt 93,76 M. oder 5,9 Proz., die der „Vater“ Staat für sich in die Tasche steckt.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß unserer Berechnung die Normalration des deutschen Marinesoldaten untergelegt ist und ihr fehlen völlig Gewürze, Obst, Nüsse, Schokolade, Margarine, Käse, Eier, Kaffee, Milch, Serringe, Petroleum, auch Bier, Zigarren, Zigaretten und Streichhölzer, die alle im Arbeiterhaushalt konsumiert werden und selbstverständlich ebenfalls Zoll bringen!

Die Talonsteuer.

Bei der Beratung über die Talonsteuer hatten die Sozialdemokraten und Liberalen darauf hingewiesen, daß diese vom blauschwarzen Bloch als Besitzsteuer aufgeschriebene Steuer nicht von den Eigentümern der Papiere, sondern von dem Schuldner, also z. B. der notleidenden Gemeinde, die Anleihen aufnimmt, zu tragen sei. Wie uns ein Telegramm mitteilt, hat heute das Reichsgericht diese Auffassung nicht gegeben. Das Reichsgericht entschied in Uebereinstimmung mit dem Landgericht und dem Oberlandesgericht zu Rostock in einem Prozeß der Schwediner medienburgischen Hypotheken- und Wechselbank mit dem medienburgischen ritterschaftlichen Kreditverein, daß der ritterschaftliche Kreditverein rüchlichlich der von ihm ausgegebenen Pfandbriefe die Talonsteuer selbst zu tragen habe. Damit ist vom höchsten deutschen Gericht entschieden, daß die Talonsteuer nicht vom Besitzer, sondern vom Käufer der Wertpapiere getragen werden muß, daß also auch die Talonsteuer durch den schwarzblochen Bloch nicht den wohlhabenden Papierbesitzern, sondern den Gemeinden, Pfandbriefinstituten, Kreditvereinen usw. aufgebürdet ist.

Ein verkrachter Staatsbetrieb.

München, 19. Oktober 1911. Der bayerische Landtag beschäftigte sich in den letzten Tagen mit dem Reinsatz der bayerischen Staatsregierung beim Anlauf des Stockheimer Kohlenbergwerkes. Es mußte nach noch nicht dreijährigem Betriebe mit einem Verlust von 2—3 Millionen plötzlich aufgegeben und an den früheren Besitzer eine bedeutende Entschädigung bezahlt werden.

Die Verpachtung wurde herbeigeführt durch Interpellationen der Liberalen und des Zentrums und durch einen Antrag der Sozialdemokraten, der auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses hinstellt.

Unser Antrag wurde begründet vom Genossen Dr. Säßheim. Er sprach in recht scharfer Weise gegen die Staatsregierung und besonders die Bergverwaltung, der er Fahrlässigkeit, Unfähigkeit vorwarf; die Sachverständigengutachten bezeichnete er als recht zweifelhaft und in ihren Folgen bedauerliche Leistungen unserer wissenschaftlichen Autoritäten. Er meinte, dieser Vorgang müsse jedem Parlament als Warnung für ähnliche Fälle dienen und die Vollvertreter recht mißtrauisch gegen Sachverständigengutachten der Regierung machen. Dr. Säßheim trat dann noch energisch für die Verpachtung der brotlos gewordenen und schwer geschädigten Arbeiter ein. Auch die Redner des Zentrums und der Liberalen taten das. Der Zentrumredner Dr. Held meinte in seiner Rede, die Sozialdemokratie werde sich hoffentlich jetzt von ihrem Staatssozialismus bekehren und nicht mehr verlangen, daß der Staat gewerbliche Unternehmungen selbst betreibt.

Ihm trat Genosse Müller-München in längeren Ausführungen entgegen, indem er betonte, daß unsere Vorstöße für Staatsbetriebe durch diesen Fall bürokratischer Unfähigkeit sich nicht gemindert habe. Im übrigen sei er für die sofortige Hilfsaktion und für eine recht gründliche Tätigkeit der Untersuchungskommission.

Handwerkerfragen in der bayerischen Kammer.

München, 20. Oktober. (Fig. Ber.) Bayern hat vor einigen Jahren Bestimmungen erlassen für Vergütung öffentlicher Arbeiten und darin bestimmt, daß den Innungen ein Vorzug bei der Vergütung der Staatsarbeiten eingeräumt werden soll unter der Voraussetzung, daß die Preisforderungen der organisierten Handwerker angemessen sind.

Nun haben in der Praxis der letzten Zeit nach Auffassung der staatlichen Behörden die Innungen und Innungsmeister in zahlreichen Fällen ganz horrend Preise gefordert, weshalb die Regierung einen Teil der Arbeiten an Nichtinnungsmeister übertrag. Zugleich gab sie einen Erlaß an die ausführenden Behörden hinaus, daß die Preisforderungen der Innungen einer genaueren Prüfung zu unterziehen seien. Darauf erhob sich in den Kreisen der Innungsmeister ein gewaltiger Sturm gegen die Regierung, die nach ihrer Auffassung durch eine solche Praxis das Handwerk ruinieren.

Dieser Vorgang war die Veranlassung zu Interpellationen und Anfragen in der Kammer, die jetzt besprochen werden. Von unserer Seite nahm Genosse Säßler Stellung hierzu. Er ist nicht der Auffassung, daß die früheren Bestimmungen zugunsten der Innungen aufgehoben werden sollen. Spricht sich aber auch entschieden gegen eine Monopolstellung der Handwerksorganisationen aus, weil dadurch, wie zahlreiche Beispiele beweisen, große Hindernisse für die Ausbildung und eine übermäßige Verelendung der Arbeiter herbeigeführt wird. Bei einer Revision der alten Bestimmungen will Säßler auch die Interessen der Arbeiter besser berücksichtigen wissen.

Die rebellischen Wirte.

Der Rhein-Wein- und Bierverband, der heute 140 Vereine umfaßt, hielt am Donnerstag dieser Woche in Ohligs (Kreis Solingen) seine Herbstversammlung ab, die von 290 Abgeordneten besucht war. Unter anderem nahm der Verbandstag auch Stellung zur bevorstehenden Reichstagswahl. Der Vorsitzende, Stadtverordneter Schwarz-Solingen führte aus, daß nach dem Verbandsstatut der Verband sich zwar nicht mit Politik beschäftigen wolle; angesichts der Erfahrungen, die der Wirtverband bei der letzten Reichsfinanzreform mit ihrer Sonderbesteuerung des Biergewerbes machen mußte, könne der Verband aber nicht mehr

stillschweigend an den politischen Tagesfragen vorbeigehen. Der Vorschlag, sich der Entschließung des Reichsverbandes deutscher Gastwirte in der Frage der Reichstagswahl, gefaßt in der Versammlung in Dresden, anzuschließen, wurde angenommen und dementsprechend beschlossen, die Verbandsmitglieder aufzufordern, keinem Kandidaten die Stimme zu geben, der für die Reichsfinanzreform gestimmt hat, auch dem nicht, der sich nicht entschieden gegen jede weitere Sonderbesteuerung des Biergewerbes erklärt.

Spät kommt Ihr!

Wir erhalten folgende Verächtigung:

III. Armeekorps. Berlin W. 35, den 18. Oktober 1911.
Generalkommando Genthiner Str. 2.
Sekt. III. Nr. 81730.

„Von den Kompagnien des Infanterie-Regiments Nr. 64 sind nicht 80—100, sondern durchschnittlich nur je 18 Mann für einen Tag zur diesjährigen Erntearbeit beurlaubt gewesen. Alle Mannschaften hatten sich freiwillig dazu gemeldet; sie unterstützten zum größten Teil ihre Angehörigen, zum geringeren kleinerer Vorgesetzter.“
Der kommandierende General (gez.) v. Wilke.

Die Verächtigung bezieht sich auf eine Notiz des „Vorwärts“ über militärische Erntearbeiter am 10. August. Die Mobilmachung hat also in diesem Falle nicht sonderlich geklappt.

Frankreich.

Verhaftungen von Beamten in Marokko.

Oran, 21. Oktober. General Loutée, der gegenwärtig in Udscha weilte, hat dort den französischen Regierungskommissar Destailleur, den französischen Vizekonsul Lorgeau und den Jollevalter Pandori verhaften lassen, die Veruntreuungen begangen haben sollen. Es heißt, daß die Maßnahmen mit Waffenschmuggel und Grundstückspekulationen zusammenhängen. Im Ministerium des Innern, dem Destailleur und Lorgeau angehören, machte die Nachricht von der Verhaftung den peinlichsten Eindruck. Der Minister des Innern und der Kriegsminister haben General Loutée telegraphisch um Aufklärung über den Vorfall. Destailleur ist aus der Kongolaisbahn hervorgegangen; er nahm an der Kongopedition Brazza im Jahre 1898 teil, verbrachte mehrere Jahre in Tunis und wurde zur Zeit der Besetzung Udschas daselbst zum Kommissar der französischen Regierung ernannt. Dem „Petit Parisien“ zufolge ist auch der Kadi von Udscha verhaftet worden, der gleichfalls des Amtsmißbrauchs beim Grundstücksverkauf beschuldigt wird. Das Blatt berichtet, der Skandal habe die größte Verblüffung verursacht. In manchen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Verhafteten Opfer eines Racheaktes seien.

Die Gründe der Verhaftung.

Paris, 21. Oktober. Kriegsminister Messimy teilte ein Telegramm des Generals Loutée mit, worin dieser meldet, er habe Destailleur verhaften lassen, weil er sich geweigert habe, seine Kasse prüfen zu lassen, und da Kollisionsgefahr bestand. Dieselben Gründe hätten auch die Verhaftung Lorgeaus, Pandoris und des Kadi von Udscha veranlaßt. Nach Prüfung der Rechtsbefugnisse, die sich General Loutée in diesem Falle beigegeben hat, ordnete Caillaux im Einverständnis mit seinen Kollegen eine dringliche Untersuchung an. Eine Depesche aus Algier behauptet, alle in Udscha verhafteten Personen würden unverzüglich freigelassen werden.

Eine vernünftige Steuer.

Paris, 21. Oktober. In Betreff der vom Finanzminister dem Budgetausschuß vorgelegenen Steuer auf Güter der toten Hand wird offiziell erklärt, die Maßnahme erühme im Hinblick auf die in den letzten Jahren erfolgte Erhöhung der Erbschaftsteuer durchaus gerechtfertigt. Es handle sich dabei übrigens nicht bloß um Güter löstlicher Genossenschaften, sondern auch um Güter bürgerlicher Körperschaften, wie beispielsweise das dem Institut de France gehörige Schloß Chantilly.

England.

„B. M. G.“

London, 19. Oktober. (Fig. Ber.) „B. M. G.“, das sind die geheimnisvollen Buchstaben, die sich die Jungunionisten augenblicklich bei jeder Begegnung zuflüstern. Sie wollen damit sagen: „Balfour muß gehen“ (Balfour must go). Aber Herr Balfour verspürt nicht die geringste Lust, seine führende Rolle in der konservativen Partei aufzugeben und dem Sohne Chamberlains Platz zu machen. In den letzten Tagen sind die Gegenläufe, die in den konservativen Reihen bestehen, scharf zum Ausdruck gekommen. Die Jungunionisten, die sich durch ihre ausgesprochene schauzöllnerische Färbung auszeichnen, haben einen Klub gegründet, dessen Wesen und Zweck allein schon durch seinen Namen gekennzeichnet worden. Der Klub, der ohne Beratung mit dem Führer der Partei ins Leben gerufen wurde, trägt den Namen „Halsbury-Klub“. Lord Halsbury war jener alte Tory, der vor einigen Monaten den verlorenen Posten gegen die Parlamentsvorlage führte. Unter den adeligen Mitgliedern der neuen politischen Vereinigung befinden sich beziehungsweise nur solche Lords, die damals gegen die Parlamentsvorlage stimmten, und die sonstigen Gründer sind durchweg stromme Anhänger Chamberlains. Was übrigens auch auf die Freunde Lord Halsburys im Oberhaus zutrifft. Der Hauptzweck des Klubs scheint zu sein, Herrn Balfour aus der führenden Stellung in der konservativen Partei zu verdrängen, was natürlich öffentlich mit Entrüstung zurückgewiesen wird. Man sagt ihn an, die konservative Partei von Niederlage zu Niederlage geführt und seine Partei mit philosophischen Floskeln abgepeist zu haben, anstatt ihr eine gerade und allgemein verständliche Marschroute vorzuzeichnen. Gewiß haben die Jungunionisten Anlaß zur Klage; der Eklektizismus des Herrn Balfour bildet eine recht dünne Sauce zu dem fetten Braten der Tarifreformer. Und ist denn Herr Balfour überhaupt ein Tarifreformer? Ganz sicher ist man sich dessen nicht. Seine Reden klingen sehr schön; wenn man sie aber bei Nacht liest, so wird man stuhlig. Sollte aber Herr Balfour ein Tarifreformer sein, so ist er einer von der Sorte Freunde, die einem unangenehmer werden können, als der Feind selbst. Schon seit langer Zeit wird in einem der ersten konservativen Morgenblätter und in einer bekannten Zeitschrift ein unaufhörlicher Kampf gegen Balfour geführt, der aber bisher wenig erfolgreich gewesen ist. Das Walheur der Jungunionisten ist, daß sie niemand haben, der Balfour ersehen könnte. Die führende Rolle kann man ererben, nicht aber das Zeug dazu, sonst wäre der junge Chamberlain ein Genie. Immerhin ist dieser entschiedene Vorstoß der ausgesprochenen Schauzöllner ein beachtenswertes Ereignis. Die vertikale Parteiseidung, die Betrachtern des englischen Parteiwesens viel zu denken gegeben hat, verschwindet immer mehr auf der Rechten wie auf der Linken. Die Schauzöllner scheinen entschlossen zu sein, die lauwarmen Balfouriten aus der konservativen Partei zu treiben, wie sie die konservativen Freihändler hinausgetrieben haben.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Förderer sächsischer Interessen.

Genosse Scheidemann, der Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Kassel war, hat infolge seiner Wahl zum Mitglied des Parteivorstandes nach Berlin übersiedeln und infolge dessen sein Stadtverordnetenmandat niederlegen müssen. An die Bekanntgabe dieser Tatsache knüpfte der Stadtverordnetenvorsitzer Geheimrat Pfeiffer die Bemerkung, daß unser Genosse an den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung nicht nur stets das größte Interesse genommen und die größte Objektivität bekundet habe; er habe auch stets, wie anerkannt werden müsse, die sächsischen Angelegenheiten auf Grund seines Standpunktes zu fördern gesucht. Diese Worte sind um deswillen bemerkenswert, weil nicht nur der Stadtverordnetenvorsitzer, sondern neun Zehntel der gesamten Stadtverordneten Mitglieder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokraten sind. Als Organisation behauptet der Reichsverband bekanntlich, daß die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen nur Unheil anrichte.

Und immer wieder Versammlungsskandalen.

Im Wahlkreis Bieg verbot der Amtsvorsitzer von Stoberau eine für Sonntag, den 22. Oktober, unter freiem Himmel angemeldete Versammlung mit folgender „Begründung“:

Auf Ihre Eingabe vom 18. d. M. teile ich ergebnis mit, daß ich Ihren Anträge auf Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel am Sonntag, den 22. Oktober dieses Jahres, nicht statthaben kann.

Ich habe die begründete Befürchtung, daß es bei derartigen Versammlungen inmitten hiesiger Landbevölkerung, welche den Bestrebungen Ihrer Partei in der überwiegenden Mehrzahl feindlich gegenübersteht, zu ersten Reibereien und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommen werde. Sei es vor, bei, oder nach der Versammlung. Diese Befürchtung wird noch durch den Umstand erhöht, daß die Versammlung an einem Sonntage stattfinden soll. Auch ist der Zuspruch zum Alkohol, welcher leider hier kein geringer ist, ein Anreiz zur Erhöhung der Gemüter und weiß ich aus Erfahrung bei anderen Gelegenheiten (Terminen), daß mancher der Teilnehmer nicht nüchtern sein wird. Ich sehe mich aber verpflichtet, vorbeugend einzutreten und nicht erst zu warten, bis die Aufregerungen tatsächlich erfolgen werden. Dies sind meine Gründe, welche ich in jeder Beziehung für meinen Amtsbezirk auch bei späteren Versuchen aufrecht erhalte und werde ich nur meine Genehmigung auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörden erteilen.

Der Amtsvorsitzer. Braubach.

Also für Stoberau gibt es überhaupt keine Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, trotzdem unsere Genossen von der Landbevölkerung geradezu zur Abhaltung von Versammlungen aufgefordert werden. Aber der Herr Amtsvorsitzer hat Befürchtungen, daß es zu Reibereien kommt, und damit basta.

Selbstverständlich wird gegen den Einspruch des Amtsvorstizers Beschwerde eingelegt werden. Bis diese aber entschieden ist, ist der Winter eingezogen und dann gibt es keine Versammlungen unter freiem Himmel mehr. Der Zweck ist erreicht. Und dieses Aufhebens des Reichsvereinsgesetzes geschieht wenige Stunden nach der Rede des Staatsministers über die mißbräuchliche Anwendung desselben.

Soziales.

Die Ärzte können nicht heilen.

Dies Wunderbare Diktum ist gestern einmütig von der Ärztekammer der Provinz Brandenburg gutgeheißen. Das lam so. In der Kommission zur Vorberatung des sogenannten Kurpfuschereigesetzes war dem Entwurf entsprechend beschlossen, die Behandlung einer Reihe Krankheiten — die im Gesetz zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten aufgeführt sind, ferner Krebs und Geschlechtskrankheiten im weitesten Sinne — allen Personen zu verbieten, die nicht in Deutschland approbiert sind. In der Kommission wurde aber fast allseitig anerkannt, daß die von den vorgenannten Krankheiten Leidenden unter keinen Umständen sachverständiger Hilfe entbehren dürften. Da nun 1800 ein Behandlungszwang der Ärzte aufgehoben ist, so kann es kommen, daß das Verbot der Behandlung durch Nichtapprobierte dazu führt, die schwer, teilweise ansteckend Kranke hilflos stellt. In der Kommission wurden eine Reihe Fälle angeführt, in denen Ärzte die Hilfeleistung selbst gegenüber in Lebensgefahr schwebenden verweigert haben. Exemplifiziert wurde u. a. auf den bekannten Trierer Fall und auf die häufige Verweigerung ärztlicher Hilfe gegenüber Unfallverletzten und Krankenangehörigen. Entweder muß man also, wie es die österreichische Gesetzgebung vorschreibt und die meisten deutschen Gesetze vor 1800 taten, einen allgemeinen Kurierzwang einführen oder wenigstens für die Krankheiten, in denen Nichtärzten und ausländischen Ärzten eine Behandlung verboten werden soll, eine ärztliche Behandlung fordern. Unsere Genossen in der Kommission verlangten deshalb, für diese Fälle den Kurierzwang vorzuschreiben und dem Staat die Kosten für die Heilung sowie die Verantwortung für Kunstfehler aufzulegen. Die Kommission hatte im Mai den Wunsch ausgesprochen, daß die Verbündeten Regierungen bei den Ärztekammern eine Rundfrage darüber veranstalten sollen, wie die Ärztekammern sich zu diesem Behandlungszwang stellen. Die Ärztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin hat ihren Standpunkt dahin zum Ausdruck gebracht, daß jeder Kurierzwang als überflüssig, undurchführbar und gefährlich abzulehnen sei. Die Kammer erklärte sich in der gestrigen Sitzung mit diesem Beschluß der Kammervorstände einverstanden und nahm folgenden Antrag des Vorstandes des Vereins zur Einführung der freien Kurierwahl einstimmig an: Die Ärztekammer drückt ihrem Vorstand die Zustimmung dazu aus, daß er die in Erwägung gezogene Einführung eines Behandlungszwanges für Ärzte mit Entschiedenheit zurückgewiesen hat. Die Kammer vermag in dem Verbot der Behandlung gewisser Krankheiten durch die Kurpfuscher ohne gleichzeitigen gesetzlichen Behandlungszwang der Ärzte in diesem Fall eine widersprüchvolle Lage vorzuliegen, so bestände sie bereits heute in weitem Umfang. Auch unter dem heutigen gesetzlichen Zustand, der keinerlei gesetzliche Verpflichtung zur Krankenbehandlung seitens der Ärzte kennt, ist gerade das Verordnen der wichtigsten Medikamente ausschließlich in die Hand des approbierten Arztes gelegt. Auch die Ausführung der Impfung, die Austellung eines Totenscheines sind schon heute der Tätigkeit des approbierten Arztes vorbehalten. Diese Berechtigung hat bisher nie zu Schwierigkeiten oder zu einem Widerspruch geführt. Das Aufwerfen dieser Frage wird mit Recht behauptet als ein vollkommen unberechtigtes Mißtrauen in die ärztliche Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit bezeichnet.

Enthalten die Voten der übrigen Ärztekammern gleiches Artumszeugnisse der Ärzte, so wird schwerlich das Verbot der Behandlung bestimmter Krankheiten durch Nichtapprobierte, das ohne Kurierzwang für approbierte Ärzte ein in der Welt einzig dastehendes Übel wäre, durchgehen. Das sog. Kurpfuschergesetz dürfte in der nächsten Kommissionssitzung am Mittwoch zu Grabe getragen werden und eine Wiederauferstehung ohne gleichzeitige reichsgesetzliche Regelung der ärztlichen Berufsausübung und ohne Durchführung des Kurierzwanges nicht erleben.
(Siehe auch 1. Seite).

Gewerkchaftliches.

Achtung, Partei- und Gewerkschaftsgeoffenen und -Genoffinnen!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladen- und Zuckerverwarendindustrie Dresdens stehen seit Montag im Streik. Die schwerreichen „Schokoladenfürsten“, deren Arbeitsfälle durch schamlose Hungerlöhne und ein raffiniertes Trudsystem geradezu Geburtsstätten des Lasters werden müssen (Sittlichkeitspostel könnten dort dankbare Studien machen), wollen nicht einmal Minimalstundenlöhne für Arbeiterinnen von 18 Pf., für Arbeiter von 23 Pf. gewähren, sondern wollen das bisherige anarchische System der Entlohnung mit der menschenunwürdigen Behandlung, bei dem der Schifane, der Ausbeutung und Unterdrückung Tür und Tor geöffnet ist, das Wochenlohn düten mit 287 M. Zuhalt ermöglicht, in alle Ewigkeit erhalten wissen.

Auch in Berlin sind ähnliche Zustände vorhanden. Die Dresdener Schokoladenfabrikanten, unter Führung der Firma Hartwig u. Vogel, suchen jetzt durch ihre Agenten in allen Städten Streikbrecher zu ergattern, wobei ihnen die großen Berliner Firmen, die das gleiche Scharfmacherinteresse mit den Dresdnern verbindet, ihre Unterstützung in weitgehendstem Maße leisten. Wie der Organisation gemeldet wird, sollen die noblen Firmen die Absicht haben, Inhaber kleiner Konfitürengeschäfte, die meist aus der Branche hervorgegangen sind, durch „gelinden Druck“ als Streikbrecher anzuwerben. Einige dieser Kleinhändler sollen sogar schon nach Dresden verschickt worden sein.

Wir bitten alle Genoffen und Genoffinnen, auf diese Inhaber von Konfitürengeschäften sowie auf alle branchenverwandten Arbeiter und Arbeiterinnen ein wachsames Auge zu haben und etwaige ihnen bekannt werdende Fälle, wo die Betreffenden nach Dresden „verreisen“, der unterzeichneten Organisation zu melden. Helft uns, einer der unterdrücktesten Arbeiterkategorien menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erringen, in dem Ihr Euer Teil beibringt, doch für alle Schokoladen- und Zuckerverwarendarbeiter und Arbeiterinnen der Zug nach Dresden ferngehalten wird.

Verband der Bäcker und Konditoren.

Bureau: Engelauer 14, III (Tel. Amt IV 2396).

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Berliner Eisenkonstruktoren.

Seit dem 1. Oktober sehen die technisch-industriellen Angehörten der Berliner Eisenkonstruktoren im Streik; die Zahl der Streikenden beträgt zurzeit 247. Der Kampf ist entbrannt um die Forderung eines besseren Dienstvertrages, der die gänzlich veralteten Anstellungsbedingungen zeitgemäß umändern soll. Die Streikenden haben die Sympathien aller Privatangestellten von Groß-Berlin auf ihrer Seite, wie eine Massenversammlung, die am Freitagabend im großen Saale der Brauerei Friedrichshain stattfand, demonstriert dem Bund der technisch-industriellen Beamten, bewies. Der Ingenieur Lüdemann hielt einen Vortrag über die Vorgänge, die zum Streik geführt haben, und er fand den lebhaftesten Beifall der Versammelten, als er die Haltung der Unternehmer scharf kritisierte. Er behauptete es, daß ein großer Teil der Privatangestellten zu dem Erkenntnis gekommen sei, daß zwischen ihnen und den Unternehmern scharfe Interessengegensätze bestehen und daß sie andererseits mit der Arbeiterklasse große Interessengemeinschaften besitzen. Zum ersten Male sehen die Privatangestellten sich vor die Tatsache gestellt, daß sie im Kampfe mit den Unternehmern dieselben Mittel anwenden müssen wie die Arbeiter, nämlich den Streik, und mit dem Streik lernen sie die den Arbeitern wohlbekanntesten Begleiterscheinungen dieses Mittels sowie auch die ganze Rücksichtslosigkeit der Unternehmer kennen. Die Unternehmer hätten für die Forderungen der Angestellten ein weit geringeres Verständnis gezeigt, als diese „geschätzten Mitarbeiter“ ihnen bisher zutauten; sie beantworteten die Forderungen nach einer Verbesserung der Lage mit dem Angebote von verschlechterten Arbeitsbedingungen; sie weigerten sich, mit der Organisation der Angestellten überhaupt zu verhandeln und wollten nur mit „ihren“ Leuten Abmachungen treffen. Und als die Angestellten hierin nachgaben, da wollten die Unternehmer nicht einmal einen unparteiischen Vorsitzenden für die Verhandlungen zugeben. Ueberall leiteten sie einen brutalen Herrenstandpunkt her, der die Erbitterung und Empörung unter den Angestellten aller Kreise immer mehr anwachsen ließ. Die Streikleitung hat einen Aufmarsch an alle Berufscollegen gerichtet, an alle technischen Angestellten, „die nur ein Häufchen Ehrgefühl im Leibe haben, deren Rückgrat noch nicht gebrochen ist und deren Freiheitsdrang noch nicht erstickt ist“, daß sie nicht um einen Judaslohn zu Verrätern an den Streikenden werden, daß sie sich weder durch Drohungen einschüchtern, noch durch Versprechungen verlocken lassen. Ueber alle Pläne der Unternehmer ist die Streikleitung informiert, von jedem Protokoll einer Sitzung fliegen ihr Abschriften zu. Man hat schwarze Listen aufgestellt und über ganz Deutschland verbreitet; diese Listen sollen aber sehr fehlerhaft sein und Namen von Leuten enthalten, die gar nichts mit der Bewegung bei den Eisenbauern zu tun haben und dann sogar Namen von einigen Leuten, die die freigewordenen Plätze eingenommen haben, denn leider haben sich solche Leute gefunden (Lebhaftes Pfläufchen in der Versammlung), wenn auch nur in geringer Zahl. Man hat Ausländer vielfach herangezogen, die in Unkenntnis der Verhältnisse sich engagieren ließen. Viele Beispiele schöner Solidarität zeigten, daß die Streikenden fest zusammenhalten. Einem Beamten von Steffen u. Kölle wurden statt der bisher bezogenen 160 M. Monatsgehalt 250 M. von jetzt ab geboten; er lehnte ab. Einem anderen, der bisher 220 M. bezog, bot dieselbe Firma 250 M. Er forderte 300 M., auch das wurde ihm sofort bewilligt; aber er lehnte überhaupt ab. Für einzelne Firmen, die großen Schaden erlitten haben, werden schon Unterführungen gesammelt. fast alle Firmen sind in großer Verlegenheit. In einer Sitzung der Unternehmer, die am 12. Oktober stattfand, war eine Mehrheit bereit, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, aber die Direktion der Lauchhammerwerke trat so scharf dagegen auf, daß man den Gedanken wieder fallen ließ. Man kann sich nicht denken, daß die Angestellten lange aushalten werden.

In der Diskussion wurden den Streikenden von allen Seiten der größten Sympathien versichert. Von den anwesenden Vertretern der Podritanien mochte es nicht einer, obgleich offen dazu herausforderte, die Sache der Unternehmer zu verteidigen und der vernichtenden Kritik, besonders den Verband Berliner Metallindustrieller betreffend, etwas entgegenzusetzen. In einer widerstandslos angenommenen Resolution ermunterten die Versammelten alle Streikenden, energisch den Kampf fortzuführen; der Unterstützung und der Sympathie der Versammelten dürften sie gewiß sein.

An die Arbeiterschaft!

Eine große Anzahl von Jugendlichen männlichen und weiblichen Geschlechts sind in Bureaubetrieben, insbesondere bei Rechtsanwältinnen und Notaren beschäftigt. Bei ungenügender Ausbildung, überlanger Arbeitszeit, schlechter Behandlung und miserabler Entlohnung sind die Verhältnisse der Rechtsanwältinnen dringend einer Verbesserung bedürftig.

Es ist Pflicht der Eltern, auf ihre Kinder einzuwirken, daß diese sich ihrer Berufsorganisation, dem Verband der Bureauangestellten, Linienstr. 8, anschließen, um gemeinsam mit den älteren Berufsangehörigen endlich menschenwürdige Zustände herbeizuführen.

Die Tarifbewegung in den Berliner Schokoladen- und Kakaofabriken scheint sich außerordentlich zuzuspitzen. Bei einer der größten Firmen mit 1600 Beschäftigten sind die Forderungen vor acht Tagen eingereicht worden und Antwort bis vorigen Mittwoch, den 18., erbeten. Die Firma hat borgezogen, gar nicht zu antworten, dafür aber die Arbeiter zu brüskieren und durch allerlei Schauernachrichten ängstlich zu machen. Sie suchte das Gerücht auszuwehren, daß der Kampf in Dresden völlig erfolglos beendet sei, und daß die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen hätten. In der gestrigen Versammlung wurde das Märchen gründlich zerlegt und nachgewiesen, daß dort bereits 1202 zu neuen Bedingungen arbeiten, während noch 2886 im Streik stehen, und daß die Fabriken der Hauptkakaomacher völlig still stehen. Die Versammlung war über die herausfordernde Art, wie die Firma sich zu den eingereichten Forderungen stellt, außerordentlich empört und nur mit vieler Mühe gelang es den Organisationsvertretern, die Massen von unbefonnenen, unüberlegten Schritten zurückzuhalten und zu bestimmen, das Eingangsamt des Berliner Gewerbegerichts um Vermittelung zu ersuchen. Am nächsten Freitag soll dann eine weitere Versammlung beschließen, was nach Lage der Haltung der Firma dem Einigungsamt gegenüber weiter zu geschehen hat. — Auch in den übrigen Fabriken gärt es gewaltig. Doch sind dort die Vorbereitungen nicht weit genug gediehen. Nächsten Mittwoch soll auch für diese übrigen Fabriken in einer Versammlung bei Valschmieder die Lage und die einzuleitenden Schritte eingehend besprochen und event. Beschlüsse gefaßt werden. Auf jeden Fall muß sowohl bei der Firma Sarotti, wie auch in der gesamten Schokoladen- und Kakaaindustrie sowohl in Dresden wie auch in Berlin dringend vor Zugzwang gewarnt werden, da die Streikbrecheragenturen schon Kampfschaft bemüht sind, Streikbrecher heranzuziehen.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Forderungen und Wirrungen.

In der Nummer des „Vorwärts“ vom 21. Oktober findet sich eine kritische Darstellung der Wirksamkeit der Christlichen und Kirch-Dunderschen Gewerbevereine innerhalb der Gesellschaft für soziale Reform, gefolgt auf einen Artikel von Dr. med. Alfons Fischer im „Berliner Tageblatt“ vom 14. Oktober über die Nacharbeit der Jugendlichen. Der Artikel des Herrn Dr. med. Fischer baute sich aber, schreibt uns die Gesellschaft für soziale Reform, auf irrigen Voraussetzungen auf, so wie auch auf die irigen Folgerungen. Dasselbe trifft naturgemäß auch auf die sich nun wieder auf die irigen Ausführungen im „Berl. Tageblatt“ stützende Notiz im „Vorwärts“ zu.

Das „Berliner Tageblatt“ vom 19. Oktober hat inzwischen auf Grund einer Zuschrift der Gesellschaft für soziale Reform die Sache berichtet. Die Tatsache ist die, daß die Gesellschaft für soziale Reform nicht nur das Verbot der Nacharbeit der Jugendlichen für die Bäck- und Konditorei anstrebt, sondern in einer zweiten Eingabe auch dies Verbot für die Glasindustrie gefordert hat. Die Eingaben sind an den Bundesrat gerichtet, weil er für Erneuerung oder Veränderung von Bundesratsbeschlüssen die zuständige Instanz ist. Eine Beeinflussung des Reichstages in dieser Sache wird selbstverständlich auch von den der Gesellschaft für soziale Reform nahestehenden Kreisen verurteilt werden, doch ist es nach der Geschäftsfrage zweifelhaft, ob vom Reichstage zurzeit in dieser Frage eine Beschlussfassung zu erzielen sein wird.

Für die irigen Voraussetzungen und irigen Schlussfolgerungen des Herrn Dr. Fischer im „Berliner Tageblatt“ kann natürlich der „Vorwärts“ nicht verantwortlich gemacht werden.

Deutsches Reich.

Neue ultramontane Keiltreiberei gegen die Bergarbeitervereine.

Kaum haben sich die vier Bergarbeitergewerkschaften erneut zu einer Aussprache über die miserablen Lohnverhältnisse zusammgefunden, da geht auch schon wieder die ultramontane Keiltreiberei los. Diesmal führt der „Christliche Textilarbeiter“, Organ des Zentralverbands der Bergarbeiter und Gewerbevereinsvorsitzenden Schiffer den Reigen an. Wie dieses „Arbeiterblatt“ vorgeht, ist sehr charakteristisch für diese Sorte Arbeitervertretung. Das Blatt des Herrn Schiffer schreibt:

„Eine neue Bewegung unter den Ruhrberg-Leuten? Nach einem Berichte der politischen Tagespresse soll der Gewerbeverein der Bergarbeiter Kirch-Dunder in drei Bezirksversammlungen in Banne, Dortmund und Oberhausen beschlossen haben, in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise an die übrigen Bergarbeiterorganisationen heranzutreten zum Zwecke einer allgemeinen Lohnbewegung. Der „alte“ sozialdemokratische Bergarbeiterverband habe seine Genehmigung bereits zu erkennen gegeben, die Bewegung mitzumachen. Also der Kirch-Dundersche Gewerbeverein leitet eine allgemeine Bewegung ein, und der sozialdemokratische „Lut mit“. Wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre, sollte man darüber lachen, lachen über das ganze gemeine Spiel mit Arbeiterinteressen, das in dieser Mitteilung zum Ausdruck kommt. Der Kirch-Dundersche Gewerbeverein der Bergleute hat im ganzen Ruhrkohlenbecken höchstens 400 Mitglieder, der leitet für die Hunderttausende von Bergleuten eine Bewegung ein, und der große sozialdemokratische Bergarbeiterverband läßt sich drängen von diesem Organisationsklotz „mitzumachen“. Darin liegt das Lächerliche für den, der die Arbeiterbewegung dieses Reviers nur etwas kennt. Rein die Dinge liegen anders. Der rote Bergarbeiterverband braucht aus wahlpolitischen Gründen eine neue Aufpeitschung der Massen, und der Kirch-Dundersche Verband läßt sich zu diesem Zwecke vorziehen und mißbrauchen, hat sich überdies zu lassen von den sozialdemokratischen Drohtzickern, um den rot-politischen Charakter der Bewegung nach außen hin zu verdecken. Hinter dem „alten“ Bergarbeiterverband steht überhaupt keine gewerkschaftliche Idee, sondern nur eine politische Idee und zwar eine radikal-sozialistisch-revolutionäre Idee. Sein eigentliches Verbandsgebiet ist es, die Massen aufzupeitschen, sie in Bewegung und Erregung zu halten und so im ganzen Ruhrrevier den Boden für den Sozialismus zu ebnet. Nun stehen die Reichstagswahlen vor der Tür, und da muß denn die Stimmung gemacht werden, die Gne und Konjordaner wieder in den Reichstag bringen. Unerfahrener Ueberzeugung nach steckt hinter der ganzen Bewegung einzig und allein dieser Gedanke. Es ist einfach eine abgrundtiefe Gewissenslosigkeit, mit der Not der Bergleute in einer derartigen Weise zu handeln und zu schandeln. Natürlich kommt dann als zweiter Hauptgedanke noch hinzu, den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, der natürlich solches Spiel mit Arbeiterinteressen nicht mitspielen kann, der die Vertretung der Bergleute der Reichstagswahl namentlich angeht, die Erneuerung mit besonderer Sorge befolgt, bei der Arbeiterschaft in Verwirrung zu bringen, ihm „das schmerzliche Hofschand unzulassen“. Von den Führern des Kirch-Dunderschen Bergarbeiterverbandes kann man nur annehmen, daß sie entweder die Sache nicht zu durchschauen vermögen, oder aber willentlich das ganze Treiben mitmachen. Von nationaler Gesinnung, die zu pflegen die Kirch-Dunderschen Gewerbevereine doch stets angaben, tragt das wahrhaftig nicht, aber auch nicht von Selbstständigkeit, Selbstachtung und eigener hoher Vertretung. Der Kirch-Dundersche Verband spielt da einfach mit seiner eigenen Existenz. Die Stellung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter ist, soweit wir die Sache übersehen, uninteressant klar gegeben. Mit dem roten Verbände eine Bewegung zusammenzumachen, kann er unseres Erachtens nicht, wenn er nicht seine Ehre, die Ehre und die Berufsinteressen seiner Mitglieder preisgeben will. Mögen die Dinge eine Wendung nehmen, wie sie wollen, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter wird die Interessen der Bergleute, seiner Mitglieder, seines Verbandes, sein Ansehen und seine Ehre zu wahren wissen, und hinter ihm steht die gesamte christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung.“

Es genügt, dazu zu bemerken, daß diese widerliche Scharfmacherei und Keiltreiberei des „christlichen Textilarbeiters“ Schiffer in dem Augenblick geschieht, wo die Not in der Bergarbeiterschaft so groß geworden ist, daß selbst der unbedingt ultramontane geleitete „Gewerbeverein christlicher Bergleute“ sich genötigt sieht, in einer Eingabe an den Reichsminister um Maßregeln gegen die Teuerung zu bitten. Die erwünschten Maßregeln werden natürlich nicht ergriffen werden, das leiden die Junker nicht. Dann bleibt nur eine entsprechende Lohnerhöhung übrig, und nun kommt das Organ des Zentralverbands der Bergarbeiter Schiffer her und will die kaum zusammengekommenen Bergarbeiterverbände wieder auseinanderhegen. Beschämend für die Arbeiterschaft, aber eine natürliche Folge der ultramontanen Arbeitererziehung.

Auf dem fünften Bundeskongress der gelben Bäcker-Gewerkschaften wurde berichtet, es seien in 18 Zweigverbänden und 210 Ortsgruppen 12 070 Mitglieder vorhanden. Legt man jedoch diesen Angaben die Kasernenverhältnisse zugrunde, die eine Einnahme von 3188 M. bei einem Jahresbeitrag von 1,50 M. aufweisen, dann kommt eine tatsächliche Mitgliederzahl heraus, die weit von den Angaben der gelben Bundesleitung entfernt ist. Den Untersuchern im Bäcker-Gewerbe scheint nun diese „Entwickelung“ ihrer Kampfbereitschaft selbst zu langsam zu gehen, in ihren Zeitungen berichten sie schon vor Monaten von 13 000 Mitgliedern. Die Mitgliederangaben der Gelben erwecken nicht nur bei den freien Gewerkschaften Zweifel, sondern auch in bürgerlichen Zeitschriften werden die Angaben nicht mehr unbesehen hingenommen. Die „Soziale Praxis“ bemerkt zu dieser Berichterstattung in Nr. 1 ihrer Ausgabe:

„Wenn der jährliche Mitgliederbeitrag, der demnächst sogar erhöht werden soll, 1,60 M. beträgt, so mühte mindestens eine Jahres-Einnahme von 15 000 M. vorhanden sein. . . . Die Angaben des „Statistischen Jahrbuches“ für das Deutsche Reich über die Einnahmen des Bundes, die von 12 656 M. im Jahre 1909 plötzlich auf 1842 M. im Jahre 1910 herabgestürzt sind, bestätigen überdies, daß es mit der Kassengebarung oder mit den Mitgliederzahlen beim Bunde einen Haken hat. Doch auch die Bäckermeister in ihrer finanziellen Unterstützung des Bundes sehr lässig geworden sind, wurde in den Danziger Verhandlungen beanagt.“

Es ist erklärlich, daß die Unternehmern von ihrer zu Streikbruchwegen gegründeten Organisation nichts mehr wissen wollen und die Taschen zuhalten, wenn sie sehen müssen, daß trotz aller ihrer Bemühungen die gewerkschaftliche Organisation bei den Bäcker-Gewerkschaften vorwärts schreitet. Innerhalb eines Jahres hat der Zentralverband 5000 Mitglieder gewonnen, obwohl vom Unternehmertum mit ihren allezeit getreuen Kreaturen kein Mittel unversucht gelassen wurde, den Eingang des Organisationsgedankens unter den Gesellen zu vereiteln. Weil nun die Führer der Bäckermeisterorganisationen einsehen, daß sie mit den Gelben nicht ihren Zweck erreichen, so wird die Hilfe der Regierung angereuert und Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen, nach welchen der Streik und Boykott verboten werden sollen. Das kaiserliche statistische Amt wird sich hoffentlich in Zukunft die Angaben des gelben Bundes über den Mitgliederbestand genauer ansehen, wenn es verhindern will, daß ihre statistischen Arbeiten entwertet werden.

Letzte Nachrichten.

Die Besetzung von Bengasi.

Rom, 21. Oktober. (P. d. der „Agenzia Stefani“.) Ein Radiotelegramm, das heute abend vom General Dirocco, dem Kommandanten des Expeditionskorps in Cyrenaika eingelaufen ist, meldet: In der Nacht vom 19. auf den 20. d. M. wurden die italienischen Truppen in Bengasi von den Beduinen mehrmals angegriffen, die Stadt wurde am Morgen des 20. besetzt. Am Nachmittag machten die Beduinen einen Angriff auf das Dorf Labri, wurden aber zurückgeschlagen. Die an Land gelandeten Truppen sind jetzt um Bengasi gesammelt. Sie haben den Strand bei Giuliana, wo die Ausschiffung der Truppen stattgefunden hatte, verlassen. Das Kriegsmaterial war im Hafen von Bengasi ausgeladet worden. Die feindlichen Streitkräfte bestanden am 19. und 20. d. M. außer den türkischen Truppen aus wenigstens 2000 Beduinen.

Man glaubt, daß sich die türkischen Truppen mit 12 Kanonen auf die Hochebene zurückgezogen haben. Die Verluste der Türken werden auf wenigstens 200 Tote und eine große Anzahl Verletzte geschätzt. Von den italienischen Landungsgruppen wurden sieben Offiziere und 34 Mann verwundet; ein Unteroffizier, zwei Korporale und 13 Soldaten wurden getötet. Die Verluste der Marine sind bereits gemeldet.

Die Lage in Hankau.

Hankau, 21. Oktober. (Weld. d. Neut. Bur.) Gegenwärtig herrscht in Hankau Ruhe. Unter den Streitkräften der Aufständischen sind Anzeichen großer Tätigkeit vorhanden. Es haben bereits letzte Scharfmittel stattgefunden. Für Montag wird ein ernstes Treffen erwartet.

Zur Verhaftung der französischen Beamten in Marokko.

Paris, 21. Oktober. (W. T. W.) Eine anscheinend offizielle Note bestätigt, daß die Regierung dem General Toule den Auftrag erteilt hat, Destailleur und die gleichzeitig mit ihm verhafteten Persönlichkeiten unverzüglich freizulassen. Als Grund der Verhaftungen werden verschiedene Ursachen angegeben. So heißt es, daß Destailleur gemeinsam mit Vergara und Pandori unerlaubte Agiospekulationen unternommen habe, durch welche marokkanische Handelskreise schwer geschädigt sein sollen. Fast allgemein wird die Vermutung ausgesprochen, daß bei dem Verkauf von Grundstücken in der Gegend von Adschda Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien und daß die Zivilbehörden diese Unregelmäßigkeiten zum mindesten durch Mangel an Ueberwachung miltversehen hätten. Die Behauptung, daß Destailleur auch durch Waffenschmuggel Geld verdienen wolle, wird dagegen als wenig glaubwürdig bezeichnet. Destailleur hätte sich leichter und gefahrloser aus dem bedeutenden Fonds für die politische Durchbringung Marokkos bereichern können. Zwischen Toule und Destailleur habe schon längerer Zeit ein sehr feindseliges Verhältnis bestanden. Den Verdacht, daß Unregelmäßigkeiten begangen seien, habe hauptsächlich der Hauptmann der Zollwache Pandori durch übertriebene Angaben hervorgerufen.

Gheimnisvoller Nord!

Stendal, 21. Oktober. (W. T. W.) Gestern früh wurde der Schmiedemeister Wichter in Dohlsdorf erschossen im Bett aufgefunden. Er schien ermorbet zu sein; seine Frau ist verschwunden. Wie der „Altmarker“ mitteilt, verlautet gerüchtheise, daß die Frau ermorbet sei und Wichter Selbstmord begangen habe. Doch fehlen bisher die Unterlagen hierfür.

Tödlischer Absturz eines Fliegers.

Schneverbirgen, 21. Oktober. (W. T. W.) Heute nachmittags ist der Flieger Tack, nachdem er mit seinem Eindecker zwei Runden ausgeführt hatte, abgestürzt und tödlich verletzt worden.

Reichstag.

194. Sitzung. Sonnabend, den 21. Oktober, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Lindequist.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Besetzungsurteils über die

Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes.

§ 1, der den Namen des neu zu errichtenden Gerichts nach dem Vorschlag der Kommission als „Oberstes Kolonial- und Konsulargericht“ festlegt, wird in dieser Fassung debattelos angenommen.

Die Debatte über die §§ 3-7, welche die Zusammensetzung des Gerichts behandeln, werden gemeinsam diskutiert.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.) wendet sich dagegen, daß auch Verwaltungsbeamte zu Mitgliedern dieses höchsten Gerichtshofes ernannt werden können. Zum Schluß empfiehlt Redner einen Antrag, wonach der fünfte Richter nicht Verwaltungsbeamter sein darf, aber statt dessen die allen Fragen, in welchem es das Interesse des Reichs oder eines Bundesstaates erfordert, bei der Verhandlung als Anwalt des Staates ein Beamter des Auswärtigen Amtes, des Reichskolonial- oder Reichsmarineamtes zugezogen werden soll, der das Wort zur Aeußerung verlanget kann.

Staatssekretär des Reichskolonialamtes v. Lindequist legt eingehend die Verhältnisse der Rechtsprechung in den Kolonien dar. Der Wunsch nach einer obersten Instanz zur Nachprüfung der Rechtsprechung ist aus der Bevölkerung in den Kolonien selbst hervorgegangen. Mit der Annahme des Antrages Müller-Meiningen würde die Vorlage für die Regierung unannehmbar werden.

Staatssekretär v. Aderken-Waechter bittet im Interesse der im Auslande lebenden Deutschen den Entwurf in einer der Regierung genehmen Form anzunehmen.

Abg. Wagner (L.) beantragt, die §§ 3-7 an die Kommission zur Rücküberweisung.

Die Abgg. Junck (natl.) und Müller-Meiningen (Sp.) wenden sich dagegen, weil die strittigen Fragen in der Kommission genügend geklärt seien.

Der Antrag Wagner wird gegen die Stimmen der Rechten und des schlecht besetzten Zentrums abgelehnt.

Abg. Gröber (Z.) wendet sich ebenfalls dagegen, daß ein Verwaltungsbeamter als fünfter Richter zugezogen werden kann; ein Verwaltungsbeamter gehört nicht als Richter in einen Gerichtshof.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Auch ich bitte gleich den Vorrednern, diesen Teil der Vorlage abzulehnen und nicht Verwaltungsbeamte, sondern nur unabhängige Richter — soweit sie unabhängig sein können — zu Mitgliedern des neuen höchsten Gerichtshofes zu machen. Eine nähere Begründung hierfür kann ich mir nach den Ausführungen der Vorredner wohl sparen. Der Verwaltungsbeamte soll ja doch nur letzten Endes der Meinung der Regierung zum Siege verhelfen, und daß diese nicht immer die richtige ist, hat deutlich die Besprechung, die wir vor wenigen Tagen hatten, ergeben.

Weiter beantrage ich, dem § 7 den Satz anzufügen: „Die Entscheidung in Strafsachen erfolgt in der Besetzung von drei ernannten Richtern und zwei Schöffen“. Unseren Anschauungen würde es mehr entsprechen, daß die Laien die Mehrheit hätten, wie es auch bei dem Reichsmilitärgericht ist, wo vier Offiziere und nur ein Jurist entscheiden. Ich habe mich aber begnügt, den Anschauungen der Mehrheit Rechnung tragend, neben drei Richtern nur zwei Schöffen vorzuschlagen. Was es aber beliebt, drei Schöffen und zwei gelehrte Richter zu setzen, so haben wir nichts dagegen. Die Schöffen auszulösen wie Geschworene, empfiehlt sich nicht und deshalb habe ich in dem Antrage noch den Satz eingefügt: die Schöffen sind aus der Vorschlagsliste für Schöffen auszulösen. In der Kommission fand der Gedanke des Antrages Zustimmung, dann aber wurde der Antrag mit allen gegen meine Stimme abgelehnt. Hier, hoffe ich, wird das Gegenteil eintreten. Besonders notwendig ist in Sachen, welche die Konsulargerichte beschäftigen, die Mitwirkung von Laien; wo es sich um die Seeleute

handelt, müssen auch Seeleute und nicht nur gelehrte Richter in der obersten Instanz sitzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Sp.): Ich kann nicht finden, daß die beiden Staatssekretäre hinreichend die vorgeschlagene Abweichung von der Norm in der Besetzung des Kolonialgerichtshofes begründet haben. Gerade die Deutschen im Auslande legen das höchste Gewicht auf die volle Garantie richterlicher Unabhängigkeit der obersten Instanz. Nehmen wir den Antrag Müller-Meiningen an und überlassen wir es den Verbündeten Regierungen, wie sie sich zu dem Beschluß stellen werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Junck (natl.): Ich gebe zu, daß man geteilter Meinung über diese Frage sein kann. Auch in unserer Fraktion ist man gegenüber dem Kommissionsbeschluß geteilter Meinung. Die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion wünscht allerdings ebenfalls die völlige Unabhängigkeit der obersten Kolonialinstanz und ist somit gegen die Zuziehung von Verwaltungsbeamten.

Abg. Dr. Höffel (Sp.): Selbstredend sind auch wir für die möglichst große Unabhängigkeit der Justizinstanzen. Hier aber handelt es sich um die Notwendigkeit, Leute hinzuzuziehen, die über ein Maß von kolonialer Sachkenntnis verfügen, das den Richtern im allgemeinen nicht zur Verfügung steht. Man darf sich nicht zu sehr von bloßen Theorien leiten lassen. Aus diesen Erwägungen heraus sind wir für den Kommissionsbeschluß und gegen den Antrag Müller-Meiningen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Selbstredend wünschen auch wir, daß Kolonialfachverständige im obersten Kolonialgerichtshof sitzen; wir sind aber der Meinung, daß sich genügend Sachverständige unter dem Richterpersonal finden werden. — Die Gründe, die der Staatssekretär angeführt hat, sind geradezu fadenscheinig. Wenn die Rechte nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch für die Trennung von Verwaltung und Justiz ist, muß sie für mehrere Anträge stimmen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Arnim (natl.) wendet sich ebenfalls gegen die Zuziehung von Verwaltungsbeamten. Wollen wir Vertrauen in die koloniale Rechtsprechung schaffen, müssen wir den Antrag Müller-Meiningen annehmen. (Bravo! links.)

Staatssekretär v. Lindequist: Das Vertrauen, das der oberste Kolonialgerichtshof in den Kolonien genießen wird, wird von seinen Urteilen abhängen (Heiterkeit links), nicht von seiner Zusammensetzung. — Ich lenne leider keine Mitglieder einheimischer hoher Gerichtshöfe, die in den Kolonien tätig gewesen sind. Nehmen Sie, bitte die Kommissionsbeschlüsse an. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wagner (L.): Ich für meine Person bin keineswegs besonders begeistert für den sogenannten „fünften Mann“. Ich erkenne das Gewicht der Gegengründe durchaus an. Aber wenn wir etwas Positives schaffen wollen, müssen wir den Kommissionsbeschluß annehmen. — In der Vorlage, wie sie Herr Dernburg einbrachte, war die Zuziehung von zwei Verwaltungsbeamten vorgesehen (Abg. Erzberger: Hört! hört!) und kein nationalliberaler oder freisinniger Redner hat damals prinzipielle Einwände dagegen erhoben. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Jetzt sagen die Herren von der Linken: man darf nicht besondere Kenntnisse halber große Prinzipien opfern. Ja, wenn auf besondere Verhältnisse keine Rücksicht genommen werden braucht, warum führen die Herren denn nicht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Berlin, Hamburg, Bremen ein? (Sehr gut! rechts und bei den Sozialdemokraten.) Die Debatte schließt.

Abg. Dr. Wagner (L.) bittet die Abstimmung über diesen Paragraphen auszusuchen und stellt im anderen Falle Anweisung der Beschlussfähigkeit in Aussicht.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf stellt Abg. Dr. Wagner (L.) einen Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Müller-Meiningen, zieht aber diesen Antrag alsbald unter großer Heiterkeit des Hauses zurück.

Unter Ablehnung der Anträge Stadthagen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten werden die Anträge Müller-Meiningen gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Sodann werden die durch diese Anträge ungedänderten §§ 3-7 angenommen.

Es folgt § 2 der bestimmt, daß der Sitz des Gerichts in Berlin sein soll.

Abg. Dr. Heßler (Sp.) befürwortet einen Antrag, wonach der Sitz in Hamburg sein soll. Die Regierung hat in der Kommission eine bei dieser Gelegenheit ganz unangebrachte Energie bewiesen, indem sie die Vorlage für unannehmbar erklärte, wenn für den Sitz Hamburg beschloffen würde. Wie der Reichstag Unannehmbarkeitsklärungen der Regierung einschickt, hat ja die eben erfolgte Abstimmung bewiesen. Materielle Gründe liegen für den Wunsch Hamburg nicht vor; im Gegenteil die Verlegung des Gerichtshofes nach Hamburg würde eine Belastung für Hamburg bedeuten. Hamburg ist für jeden Deutschen und auch für die Ausländer das Zentrum maritimer und kolonialer Bestrebungen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Es läßt ein Antrag Bebel (Soz.) und Genossen ein, der ebenfalls die Sitzverlegung nach Hamburg wünscht.

Abg. Frohme (Soz.):

Ich kann den Ausführungen des Abg. Heßler nur zustimmen. Auch mir ist es völlig unverständlich, weshalb die Vertreter der Regierung in der Kommission erklärt haben, sie könnten Hamburg nicht annehmen. Zureichende sachhaltige Gründe sind dafür nicht angeführt worden. Als es sich um die Errichtung des Kolonialinstituts in Hamburg handelte, hat dieselbe Regierung erklärt, daß Hamburg als Haupthandelsplatz ganz besonders geeignet dafür erweise. In der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft hat sich auch der hanseatische Gesandte sehr lebhaft und eingehend für Hamburg als Sitz des Kolonialgerichtshofes ausgesprochen. Ich bin überzeugt, daß das Institut in Hamburg viel erfolgreicher wird wirken können, als in Berlin, wo doch immerhin gewisse Einflüsse, die unerwünscht sind, sich geltend machen können. Ich erinnere daran, von welchen Erwägungen aus man zur Zeit das Reichsgericht nicht nach Berlin, sondern nach Leipzig verlegt hat. Dieselben Erwägungen kommen auch hier in Betracht. Ich bitte daher dringend, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Becker-Köln (Z.): Aus Zweckmäßigkeitsgründen, die für mich hier allein in Betracht kommen, möchte ich für Berlin sprechen. Vor allem sprechen auch Sparmaßregeln dafür. Einen Einfluß auf die Selbständigkeit der Richter befürchte ich davon nicht; dazu habe ich eine zu große Achtung vor den Richtern.

Abg. Dr. Höffel (Sp.) spricht für Berlin als den Mittelpunkt der kolonialen Bestrebungen und Sitz der Zentralinstanz.

Abg. Dove (Sp.) erklärt, daß auch ein großer Teil seiner Freunde für Berlin stimmen werde.

Hamburgischer Bundesratsbevollmächtigter Senator Dr. Angmann: Im Ausland denkt man, wenn man von Deutschland spricht, in erster Reihe an Hamburg, und die Deutschen in unseren Kolonien werden es gar nicht verstehen, warum denn das oberste Kolonialgericht nicht in Hamburg, sondern in Berlin sein soll.

Abg. Bebel (Soz.):

Herr Becker-Köln hat angedeutet, daß die Ursache, weswegen ich und verschiedene meiner Freunde beantragen, daß der Sitz des Gerichts Hamburg statt Berlin zu wählen, in wahlkreispolitischen Gründen zu suchen sei. Ich muß diese Auffassung zurückweisen. Wir stimmen ungefähr aus denselben Gründen jetzt für Hamburg, aus denen wir früher für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts gestimmt haben. Wenn Herr Becker das Bedenkt, so will ich ihn an die Rede seines Parteigenossen Windt-horst erinnern. Damals war freilich das ganze Zentrum für Leipzig, heute scheint es ja anders geworden zu sein. Wir haben auch den Antrag nicht nur für unsere Personen gestellt, sondern wie damals bei der Abstimmung über das Reichsgericht die ganze Fraktion für Leipzig stimmte, so wird sie auch heute geschlossen für Hamburg stimmen, auch die Berliner Abgeordneten werden das tun, wahlkreispolitische Gründe haben und also nicht beeinflussen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Sache ist doch sehr einfach. Jeder Gerichtshof muß in einem Wirkungsbereich tätig sein, der die besten Bedingungen für ihn schafft, und da kann gar kein Zweifel sein, daß dies für den Kolonialgerichtshof Hamburg ist. In der ersten Lesung in der Kommission hat auch die große Mehrheit für Hamburg gestimmt, und erst auf das „Unannehmbar“ der Regierung hin hat die Kommission sich veranlaßt gesehen, Berlin statt Ham-

Kleines feuilleton.

Der Vizt-Kummel in Berlin. „Die Thalberg — die Vizt!“, hieß es in jenen Wintertagen des Jahres 1842, als diese beiden Künstler ihre Fertigkeit in der Technik des Klavierspiels in geradezu faszinierender Weise bekundeten. — Thalberg spielte eigentlich feinstenwilliger, während Vizt, der Wundermann, mit seiner verblüffenden Technik alle seine Rivalen in den Hintergrund drängte. Die Berliner, Männlein und Weiblein, von dazumal, denen das Theater- und sonstige Kunstleben in der trostlosen Dürre jener Tage kaum Entschädigung bot, waren wie verhezt. Die Konzerte in der Singakademie und im Jagorischen Saale waren stets zu fabelhaften Preisen ausverkauft, nach jedem Schluß drängte man sich vor dem Flügel, um dem Wundermann Ovationen zu bringen. Vizt, lang, dünn, mit feiner Warzennase, den herabfallenden, grau gepunkteten Haaren, nahm alle diese Huldigungen gern entgegen. Der Meister liebte so etwas, und die ergötlichsten Szenen spielten sich dabei ab. Man ritz sich um Handküsse, Fracktröpfe, Handschuhe von ihm. Wenn Vizt in besonders genialischer Stimmung war, verteilte er aus einem Sad Bonbons an seine Verehrerinnen. Was für einen Anblick mag es wohl gewahrt haben, wenn die damaligen Berlinerinnen der Wiederkehr-Epoche, in ihren Halbeskünden und mächtigen Apopthschulen auf der Erde umherkrambellen, um etliche dieser Süßigkeiten zu ergattern. Da gab es Vizt-Handschußkissen, Vizt-Krawatten, sogenannte Vizt-Kimonos, lange Radmantel, wie sie Vizt trug. Alle Hüte floßen vor Vizt ab, dieser Fürst der Kunst schick alle Potentaten aus. Die Hoffschranzen buhlt in eigenartiger Weise um des Meisters Gunst. Eine polnische Gräfin empfing ihn jedesmal in einem Vouduir, das dicht mit entblätterten Rosen besetzt war, mit denen sie ihre dornenlose Liebe symbolisieren wollte. Vier bekannte hübsche Frauen des preußischen Hofes liehen sich als Karabiden zeichnen, die die Hüte Vizts trugen, Alumnationen fanden statt. Mit Geschenken von Frauenhänden überhäuft, ward er in Privatkreisen gleichfalls außerordentlich gefeiert.

Armer Heros Beethoven, wie existierst Du dagegen in Deinem jämmerlichen Zimmer im Wiener Schwarzenbühlhaus! Krank, schwerhörig, schleppst Du Deine Tage dahin, wilst und verkommen sah es bei Dir aus, während das Gländind Vizt eigentlich sein ganzes Leben hindurch auf Rosen wandelte!

Werkwürdig, wie verschiedenartig sich diese beiden Genies in individueller Art gaben. Beethoven ermit, melancholisch — Vizt heiter, witzig, lebhaft. Seine glänzende Unterhaltung, sein splendides Haus, das schwebeliche Leben, das er führt, machen ihn doch darin zu einem Ausnahmehenschen. Aber mit eiserner Zähigkeit hat er an dem Grundsatz fest: „Arbeit ist das Höchste, was der Mensch in sich aufnimmt.“ Er hat Ungeheures geschaffen und überwältigt, wie man sagt, spielend den Stoff. — Fein und geistreich wußte er die Besühenden zu strafen, wenn sie im Gefühl ihres Autokratismus ihm gegenüber den Brachigen, wie man sagt, heraus-

bliden, die er Zeit hatte, spielte er dann irgendeine reizende Kleinigkeit, man sammelte dann für das Bahnhofspersonal oder für Arme, und unser Meister fuhr weiter, unter dem drausenden Hurra der Anwesenden. Vizt selbst hatte sich fabelhaft abgehärtet; sein Körper schien allen Anstrengungen zu trotzen, er behandelte ihn geringigshig, sagt seine Sekretärin, Janka Wohl. Wenn man ihn fragte, wie er sich befände, antwortete er leichtsin: „Immer gut, ich beschäffige mich nicht mit Franz Vizt.“ Von Vizt kommt jenes Wort her gelegentlich einer Whistpartie, bei der sein Partner einen, wie man sagt, schlecht liegenden König riskierte, jemand fragt den Meister: „Was machen wir mit diesem König? — Nichts. Die Könige genießen heutzutage nicht mehr.“ — Ein prophetisches Wort.

Waeterlind über das Recht, zu sterben. In einem neuen Werke, das unter dem Titel „Tod“ joesben in London erschienen ist, spricht Waeterlind, der gerade in diesen Tagen als künstiger Träger des Nobelpreises genannt wird, über das Recht des Menschen auf den Tod. Der Dichterphilosoph wendet sich dabei gegen die menschlichen Bemühungen, das Leben über seine „natürliche Grenze“ hinaus zu verlängern. Er führt dabei aus: „In dem Maße als die Wissenschaft fortschreitet, verlängert sie das Sterben, das der fürchterlichste Augenblick und der feinste Gipfel menschlichen Schmerzes und menschlichen Grauens ist. Alle Aerzte betrachten es als ihre erste Pflicht, selbst die qualvollsten Zustände so lange als möglich zu verlängern. Wer hat nicht an einem Sterebette zwangsgewiss den Drang verspürt, sich ihnen zu fügen zu werfen und sie anzuflehen, Gnade zu üben?“ Waeterlind glaubt fest daran, daß eines Tages diese Bourgeoisie als barbarisch betrachtet werden, als ein Ueberrest der Zeiten, in denen die Menschheit glaubte, daß jede bekannte Waeter dem Unbekannten, das uns im Jenseits erwartet, vorzuziehen sei. Die Aerzte verteidigen sich mit der Behauptung, daß niemals, ob sie niemals eine wirklich absolute Sicherheit besteht, ob ein Fall hoffnungslos ist, aber was kann in solchen verzweifelten Umständen eine Verlängerung des Lebens für uns bedeuten? Die Verzögerung des natürlichen Todes, so antwortet Waeterlind, „gibt uns nur wenige Tage oder höchstens wenige Monate eines Lebens, das in Wirklichkeit kein Leben ist, sondern mehr ein ausgebreitetes Sterben.“ Auch unter den Ärzten gewinnt langsam diese Erkenntnis heimliche Parteigänger, und man weicht allmählich vor dem bisher behaupteten Standpunkte zurück. „Sie beginnen einzuzuwillingen, in völlig hoffnungslosen Fällen wenigstens die letzten Zustände zu dämpfen und einzulösen.“ Aber noch zögern viele von ihnen und wägen gleich dem Geizigen jeden Tropfen Schmerzlichkeit und Frieden ab, die sie mit vollen Händen austheilen sollten.“ So hilft uns all unser Wissen nur dazu, mit größeren Schmerzen zu sterben als die unwissenden Tiere. — Aber der Tag wird kommen, so hofft Waeterlind, „da die Wissenschaft nicht mehr zögert vor dem Gedanken zurückzukehren wird, unsere Leiden zu verkürzen, dann, wenn das Leben weiter gemorden, will zu seiner Stunde scheiden wird in dem Bewußtsein, daß seine Grenze erreicht ist.“

Ein blutige Statistik. Die Ziffern, die während eines Krieges über die Verluste veröffentlicht werden, sind stets sehr ungenügend, selbst in einem gut disciplinierten Heere. So ist die japanische Regierung auch erst jetzt in der Lage, eine ganz genaue Uebersicht über die Verluste ihrer Armee während des Krieges gegen Rußland zu veröffentlichen. Die Belagerung von Port Arthur hat den

Japanern alles in allem 474 Offiziere und 10 968 Soldaten gekostet. Verwundet wurden außerdem 1152 Offiziere und 31 461 Mann. Die mörderischste Schlacht in diesem Kriege war die von Ruden, die auch auf japanischer Seite rund um die Hälfte mehr Leuten das Leben geraubt hat als alle Ereignisse vor Port Arthur, nämlich 554 Offiziere und 15 850 Mann. An nächster Stelle steht der japanische Sieg bei Liaojung mit 222 Toten an Offizieren und 5335 an Mannschaften. Nicht viel geringer waren die Verluste am Sandfluß (Schaho) mit 179 Offizieren und 3917 Mann. Von weiteren Schlachten und Besetzen kommen dann noch in Betracht die bei Sandpu mit 80 Offizieren und 1754 Mann, bei Kinschow mit 35 Offizieren und 663 Mann. In diesen Schlachten wurden außerdem 141 108 Soldaten verwundet. Von besonderem Interesse sind die Nachweise über die Verluste bei den einzelnen Waffen. Am größten waren sie selbstverständlich bei der Infanterie, wo die Zahl der Toten fast 35 auf 1000, die der Verwundeten 113 auf 1000 betrug. Es wurde also jeder 30. Mann getötet und jeder 9. Mann verletzt. Demnächst sind die Pioniere am härtesten betroffen worden. An dritter Stelle folgt die Feldartillerie, dann die Kavallerie und die Fuhrartillerie. Auffallend groß waren dann ferner die Verluste im Sanitätscorps. Außerdem ist die Tatsache von Bedeutung, daß mehr als drei Viertel der Verluste durch Gewerkschüsse herbeigeführt wurden, etwa der sechste Teil durch die Artillerie und nur ein ganz geringer Betrag durch Minen und Granaten, noch weniger durch die blanke Waffe.

Der neue Hamburger Luftschiffhafen. Aus Hamburg wird uns geschrieben: Die Hamburger Luftschiffhalle, die bestimmt ist, eine der wichtigsten deutschen Luftschiffhäfen zu werden, geht ihrer Vollendung entgegen. Schon im Oktober 1909 wurde der Bau der Halle geplant, aber die Ausführung des Projektes, das erst nach dem Besuch des Grafen Zeppelin in Hamburg im März 1910 und nach Begründung der Hamburger Luftschiff-Gesellschaft festere Form annahm, verzögerte sich, bis der Hamburger Senat einen 450 Hektar großen Platz hinter der bekannten Vorsteier Rennbahn auf dreißig Jahre zur Verfügung gestellt und zur Planierung ca. 120 000 M. bewilligt hatte. Unvorhergesehene Schwierigkeiten bei der Fundamentierung erschwerten die Arbeit ungemein, so daß man erst vor etwa zwei Monaten mit der Konstruierung der Halle beginnen konnte.

In wenigen Wochen werden die zehn riesigen Bogenbinder der Halle aufgestellt sein, die eine Spannweite von fünfzig Metern erhalten. Zur Montage benutzt man Hiebskräne von 45 Metern Höhe. Die Halle, die im Februar in Benutzung genommen werden kann, wird eine Länge von 100, eine Breite von 50 und eine Höhe von 26 Metern erhalten und gewährt zwei Zeppelinkreuzern modernster Konstruktion bequemen Raum, übertrifft als in ihren Dimensionen alle bisher errichteten Luftschiffhallen.

Notizen.

Die Leistungsfähigkeit der Schreibmaschine ist in der Unterhaltungsbeilage Nr. 204 durch einen Gradmesser übertrieben worden. Die beste Rekordleistung betrug 5700 Worte in der Stunde (natürlich nicht 57 000). Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß es sich um ganz kurze englische Worte handelte, die etwa deutschen Silben entsprechen würden, und daß ein kurzer Satz ständig wiederholt wurde.

Burg zu setzen. Dieses „Unannehmbar“ bekommen wir alle Augenblicke zu hören. Es wäre interessant, einmal eine Periode von 20 Jahren des parlamentarischen Lebens durchzugehen, um festzustellen, wieviel Zeit der Reichstag unnütz verbraucht hat, um Gesetzentwürfe durchzubringen, die dann durch dieses „Unannehmbar“ in den Papierkorb wanderten. Ich bin überzeugt, es kommt reichlich die volle Hälfte der Zeit heraus. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) So ist es auch hier. Was für Gründe gibt es denn, die für Berlin sprechen. Doch nur das Verlangen, alles mögliche in Berlin zu konzentrieren; sonst gibt es keinen vernünftigen Grund. Daß alle objektiven Bedingungen für ein günstiges Wirken des Kolonialgerichtshofes in Hamburg mehr vorhanden sind, in dieser ersten Seehandelsstadt, wo das koloniale Leben in stets steigendem Maße pulsiert, daran ist doch kein Zweifel. In der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft am 1. Dezember vorigen Jahres führte sein anderer als der Präsident den Oberverwaltungsgerichts, Geheimrat v. Bitter, aus: „Man muß den Gerichtshof in ein Milieu setzen, in dem er der Welt fremdheit entzogen wird. Der Richter wird in Hamburg im täglichen Verkehr vom überseelischen Leben viel mehr lernen, als in Berlin. Hamburg ist auf dem Wege, ein Hauptort für die kolonialen Bestrebungen zu werden. Von höchster Bedeutung ist es auch, daß Berlin nicht alles aufsaugt. Es ist daher zu begrüßen, daß Hamburg sich zur geistigen Zentrale für das koloniale Leben ausbildet und hierin muß es unterstützt und gefördert werden.“ Diese Ausführungen waren von lebhafter Zustimmung der Versammlung begleitet. Auch auf der Generalversammlung des wirtschaftlichen Landesverbandes von Deutsch-Ostafrika in Langen im Frühjahr dieses Jahres hat man sich einstimmig für Hamburg ausgesprochen. In der ganzen kolonialen Welt ist diese Stimmung vorhanden. Sie lassen einen sehr vernünftigen Beschluß, wenn Sie für unseren Antrag stimmen. (Wohlfall bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Barenhorst (Rp.) erklärt, daß er mit einem Teil seiner Fraktionsgenossen für die Verlegung nach Hamburg stimmen werde. Staatssekretär v. Lindemann bittet um Ablehnung der Anträge. Die Gründe, die für Hamburg und gegen Berlin angeführt werden, können in keiner Weise als stichhaltig angesehen werden. Die Regierung steht unbedingt auf dem Standpunkt, daß der Sitz des obersten Kolonialgerichtshofes in Berlin sein muß.

Die Debatte schließt. Die Anträge des Herrscher-Webel werden gegen eine aus dem gesamten Sozialdemokraten, einem Teil der Fortschrittlichen, einigen Nationalliberalen (darunter Prinz Carolath), ein paar meist sächsischen Zentrumsmitgliedern und einigen Reichsparteilern bestehende Minderheit abgelehnt. Die Kommissionssatzung, wonach der Sitz des Gerichtshofes in Berlin sich befindet, ist somit angenommen.

Der Rest des Tages wird debattelos erledigt. Hierauf verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Tenerungsinterpellationen.) Schluß 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Das Hilfskassengesetz in der Kommission.

Gestern wurde zunächst die Debatte darüber zu Ende geführt, ob das jetzige Hilfskassengesetz aufgehoben oder nur in einzelnen Punkten abgeändert werden soll. Aus der Aussprache ist ganz besonders hervorzuheben die Erklärung des Ministerialdirektors Caspar über die Frage der Unterstellung der Gewerkschaften unter das Aufsichtsamts der Privatversicherung. Nach dem Gesetze sollen solche Vereine dem Aufsichtsamts nicht unterstellt werden, die keinen Rechtsanspruch auf die den Mitgliedern zugesagten Unterstreichungen gewähren. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß die Reichspraxis auch solche Vereine dem Aufsichtsamts unterstellt hat, welche zwar faktuell einen solchen Rechtsanspruch nicht gewähren, aber in der Regel die Leistungen ihren Mitgliedern zugute kommen lassen. Sie sprachen die Befürchtung aus, daß auch die Gewerkschaften unter diesen Umständen unter das Aufsichtsamts gestellt werden können. Hierauf erwiderte der Ministerialdirektor, daß eine solche Auslegung des Gesetzes ganz ausgeschlossen ist. Es steht fest, daß die Gewerkschaften es ernst damit meinen, wenn sie einen Rechtsanspruch auf ihre Unterstreichungsleistungen ausschließen. Die Gewerkschaften müßten damit rechnen, daß sie zu einer Zeit all ihre Mittel zu irgendeinem Streit aufwenden müßten. Jene Auslegung des Gesetzes, von denen die Sozialdemokraten gesprochen haben, könne sich nur gegen Edwinderlassen richten. Außerdem wiesen die Sozialdemokraten darauf hin, daß keine lokale Kassen seit langem eine gegenseitige Tätigkeit enthalten haben, obgleich die versicherungstechnische Grundlage dieser Kassen sehr schwach ist. Wenn das Aufsichtsamts diese Kassen auf die Sicherheit der von ihnen versprochenen Leistungen gewissenhaft prüfte, würden die meisten Kassen nicht zugelassen werden, und das sei ein großer Nachteil für die Kassenmitglieder. Der Ministerialdirektor erklärte hierauf, daß in solchen Fällen das Aufsichtsamts nicht so scharf urteilen dürfe und solche Kassen, sofern sie reell geleitet sind, auch nicht beanstandet werden könnten. Diese Erklärung wurde protokolliert. Dann lehnten sämtliche bürgerlichen Parteien den Antrag der Sozialdemokraten, der die Beibehaltung des Hilfskassengesetzes mit den notwendigen Änderungen erstrebte, ab und stimmten dann dem Entwurf der Regierung im Prinzip zu, daß also das Hilfskassengesetz aufgehoben und die Hilfskassen dem Aufsichtsamts für Privatversicherung unterstellt werden. Im weiteren Verlauf der Beratungen brachten die Sozialdemokraten zwei Anträge ein, die sich auf die Geltung und Handhabung des Vereinsgesetzes beziehen, soweit dasselbe im engeren Zusammenhang mit dem Hilfskassenwesen steht. Sie beantragten, daß von dem neuen Gesetz die Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes unberührt bleiben und ferner das Recht der Reichsangehörigen gelte, sich auch über die Polizeistunde hinaus zu versammeln und ohne Genehmigung oder Überwachung der Behörde nicht öffentlich, also nicht jedermann zugängliche Versammlungen abzuhalten. Die Sozialdemokraten erinnerten an die letzten Debatten im Reichstage, in denen von fast allen Parteien Beschwerden über die Handhabung des Vereinsgesetzes und über die Schikanierung der Arbeiter mittels Verkündigung der Polizeistunde erhoben wurde. Jetzt sei die Gelegenheit geboten, das geltende Vereinsrecht dahin zu interpretieren, wie es die überwiegende Mehrheit des Reichstages als einzig zulässig erklärt hatte. Notwendig sei aber auch ein solcher Antrag mit Rücksicht auf das im Privataufsichtsgesetz der Behörde uneingeschränkt eingeräumte Aufsichts- und Überwachungsrecht. Tragend stimmten die bürgerlichen Parteien gegen diese beiden Anträge.

An der Aussprache über das Verhältnis der Hilfskassen zu dem Vereinsgesetz antwortete der Zentrumsdirektor v. Becker auf die Darlegung der Sozialdemokraten mit der Erklärung, auch sie würden zu einem späteren Paragraphen einen Antrag stellen, durch welchen die Möglichkeit, die Gewerkschaften nach diesem neuen Gesetz zu schikanieren, ausgeschlossen werde. Das solle das Zentrum mit Rücksicht auf die spätere Entwicklung unserer politischen Verhältnisse tun, um zu verhindern, — daß die Sozialdemokraten, wenn sie zur Regierung gelangt sind, die christlichen Gewerkschaften schikanieren könnten. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie gern jeder Maßnahme zustimmen, die eine Schikanierung der Gewerkschaften unmöglich machen würde, gleichgültig, welche Partei einen solchen Antrag gerichtet hat. Die Sozialdemokraten haben selbst einen daselbe Ziel anstrebenden Antrag im Jahre 1907 eingebracht und jetzt wiederholt.

Nach dem Regierungsentwurf müssen die Versicherungvereine eine Hälfte mindestens im Betrage der Jahresausgabe nach dem Durchschnitt der fünf letzten Jahre haben und sie auf dieser Höhe erhalten. Solange die Rücklage den vorgeschriebenen Betrag nicht erreicht, ist ihr mindestens ein Teil des Jahresbeitrags der Mitgliederbeiträge zuzuführen. Auf Antrag des Abgeordneten

Behrens wurde die Zuführung auf ein Zwanzigstel von der Kommission einstimmig herabgesetzt.

Die nächste Sitzung der Kommission findet am Montagvormittag statt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Kommission zunächst das Versicherungsrecht für Angehörige beraten sollte; da die Zeit, die dem Reichstage überhaupt noch zur Verfügung stehe, sehr kurz sei, so erscheine es dringend notwendig, erst die wichtigste Arbeit zu leisten und die Beratung des Hilfskassengesetzes auf später zu verschieben. Die bürgerlichen Parteien lehnten jedoch den Antrag der Sozialdemokraten ab und beschloßen, am Montag in der Beratung des Hilfskassengesetzes fortzufahren.

Der Parteitag von Modena.

Dritter Tag.

Modena, den 17. Oktober.

Der Morgen des dritten Verhandlungstages bringt infolge einer Klärung, als man sich dahin einigt, für jede der vier Richtungen designierte Redner zu Wort kommen zu lassen. Der Tag, der durch eine bis 3 Uhr früh dauernde Nachsitzung besonders anstrengend war, hat in dem Votum auch die Entscheidung des Kongresses gebracht und stellt infolge dessen Höhepunkt dar. Charakteristisch für die Stimmung der Kongressmehrheit war die fast beispiellose Begeisterung, mit der die Delegierten das folgende Telegramm des deutschen Parteivorstandes ausnahmen:

„Dem in Modena versammelten Kongress der italienischen Sozialdemokratie senden wir herzliche Grüsse und wünschen seinen Arbeiten den besten Erfolg. Im Kampfe gegen den die Völker vernichtenden Imperialismus lauter der Schloßtruf des Klassenbewußten Proletariats: es lebe der internationale Sozialismus.“

Ein ganz spontaner Kundgebung erhob sich der Kongress von den Sitzen und spendete dem Kampftruf der deutschen Bruderpartei einen nicht endenwollenden Beifall.

Für die revolutionäre Fraktion der Partei sprachen die Genossen Della Seta, Francesco Ciccotti und Costantino Pazzari. Della Seta wies auf die Anstrengungen hin, die die gemäßigten Reformisten machen, um einen möglichst großen Teil der Delegierten unter den Mantel ihrer Tagesordnung zu bringen. Er betonte, daß die Bissolattianer nur mit den Turanianern sich verschmelzen können, wenn sie sich damit abfinden, ihre Prämissen in Widerspruch zu ihren Schlußfolgerungen zu setzen. Der Fall Bissolati sei heute auf einmal in einer Verzweiflung verfaßt worden. Es sei aber durchaus nicht eine persönliche Frage; in ihm läge die ganze Tragödie des Reformismus. Während Bissolati noch in seinem Possibilismus Idealist und Konsequenzerler sei, gründeten sich die gemäßigten Reformisten auf den platten Opportunismus. Der Redner legte dann dar, daß zwischen Ministerialismus und Antimilitarismus eine unüberbrückbare Kluft bestehe. Die Militärausgaben seien ein für allemal antimilitaristisch; man könnte sich nicht vorstellen, daß unsere Parlamentsfraktion ministeriell sei und gleichzeitig die Militärausgaben bekämpfe. Der Tiefstand der antimilitaristischen Bewegung sei nicht zuletzt den Reformisten und ihrer Taktik zu legen.

Mit scharfem Spott wendete sich Gen. Ciccotti gegen die Reformisten. Er sagte, daß sie den Rat eines indischen Philosophen befolgten: wenn ein Volk dir fremd ist, so nimm du seine Sitten an. Sie fühlten sich heute in der Partei fremd und machen sich daher die Sitten der Mehrheit zu eigen. Im übrigen könnten die Revolutionäre auf diesem Kongress die Reformisten ruhig durch ihre Glaubensgenossen aufreizen lassen. Im Grunde hätte sich die scharfe Kritik der echten Reformisten gerade gegen die gemäßigten gerichtet und umgekehrt. Was die Turanianer heute sagen, das haben sie bisher immer bekämpft. Die Revolutionäre sind viel ebemütiger zu den Reformisten, als diese zu sich selbst: die Reformisten schuldigen sich des Betrugs an, während wir in ihrem Tun nur die notwendigen Folgen ihrer Auffassung, in ihnen nur die Opfer der reformistischen Illusion sehen. Zur Tripolisfrage übergehend meinte dann Ciccotti, daß viele Reformisten die Expedition verteilten, weil das Land eine Wüste sei. Ja, wenn es ein fruchtbarer Landstrich wäre, wäret Ihr dann für die Expedition gewesen? Was man von friedlicher Penetration sage, sei nicht ernst zu nehmen. Wer anderen ins Haus fällt, um ihm das Seine zu nehmen, der dürfe nicht erwarten, daß so etwas friedlich abginge. Das ist eben das alte Rezept, die Däsen zu fangen, indem man ihnen Salz auf den Schwanz streut! Es sei unrecht, Bissolati Vorwürfe zu machen. Man könne unmöglich verlangen, daß dieser durch die 34 Stimmen unserer Fraktion zum Sozialisten wird. Die Reformisten nehmen jetzt dem Ministerialismus gegenüber die Stellung ein, die die Jubaliter ihren Dirnen gegenüber einnehmen: bringen die nicht genug Geld heim, so sind ihre Beschäfer unzufrieden. Ciccotti's Rede schloß mit der Erwähnung einer Parteilspaltung, falls Unklarheit und Konfusion noch einmal den Sieg davontragen sollten.

Als vorletzter Redner des Tages betrat gegen 10 Uhr abends Genosse Pazzari die Rednertribüne. Mit großem und feierlichem Ernst, der die Rednertribüne und die übermüdeten Versammlung meisterte, legte der Redner an die reformistische Taktik den prinzipiellen Vorwurf des Parteiprogramms an, daß, wie er sagte, Turati mit seiner üblichen Liebenswürdigkeit die „heilige Schrift Pazzari's“ zu nennen pflegt. Pazzari führte aus, daß die Voraussetzungen unseres Programms, die nachdrückliche Veranschärfung der Klassengegnerschaft, keineswegs durch die Tatsachen widerlegt seien. Heute sei die Fraktion so weit gekommen, daß sie den Uebergang zur Opposition schon als eine revolutionäre Erfindung verherbeilicht. Wenn Bissolati die Leitlinie unserer Partei vor Augen gebat hätte, so hätte er dem, der ihn ins Quirinal berufen hat, geantwortet: die Angebeutenen in Italien haben ihren Ausdeutenden seinen Rat zu geben. Pazzari unterzog dann die inzwischen von den Reformisten der Fraktion Turati eingebrachte Tagesordnung einer Kritik und wendete sich unter anderem gegen die darin angewandte Form: „Der Parteitag gibt der Meinung Ausdruck, daß die Fraktion das heutige Kabinett nicht weiter unterstützen könne.“ Das sei eine merkwürdige Form, in der die höchste Instanz der Partei ihren Willen zum Ausdruck bringt. Des weitern wendete sich Pazzari gegen die Auffassung, die tripolitanische Expedition sei der Ausdruck einer bürgerlichen Verzerrung; sie sei vielmehr ein langer Hand vorbereiteter und berechneter Geschäft. Zum Schluß bekämpfte er die Ansicht Bonomis, daß die Partei auch Wege gehen dürfe, auf denen ihr das Klassenbewußtsein der Massen nicht folgen kann.

Die Integralisten stellten sich in kurzen Erklärungen des Genossen Colajanti und des Abgeordneten Pescetti auf den Standpunkt, daß der Kongress vor allem über den Fall Bissolati zu entscheiden habe und vertrat eine Tagesordnung, die die Unterstreichung eines Kabinetts nur unter Ausnahmeverhältnissen und nur im Einvernehmen mit dem Parteivorstand autorisiert, die Teilnahme an der Regierung ausschließt und die Genossen zur Disziplin gegenüber den Kongressbeschlüssen auffordert.

Die gemäßigten Reformisten sind endlich am dritten Tage mit ihrer Tagesordnung herausgerückt, in die sie alle ihre früheren Anhänger, mit Ausnahme der eigentlichen Bissolattianer, einzufangen hofften. Dem Bedürfnis, ein möglichst weites Gebiet zu umspannen, entsprechend, ist die Tagesordnung endlos lang und würde eine reichliche Spalte des „Normals“ ausfüllen. Sie betont zunächst die Notwendigkeit der Erziehungsarbeit und Agitation unter den Massen, erklärt dann, das normaler Weise die Reformen durch energische Opposition erzwingen werden müssen und nur ausnahmeweise durch Transaktionen erzielt werden können. Deshalb und auf Grund der praktischen Erfahrungen der letzten Jahre wird der Ministerialismus der Partei als der Entwicklung unserer Kräfte nicht weiter nützlich bezeichnet, die Teilnahme an der Regierung in der heutigen Geschichtslage verworfen und die Unterstreichung eines Kabinetts, die als Ausnahmeakt bezeichnet wird, von der Zustimmung des Parteivorstandes abhängig gemacht. Mit Rücksicht auf die tripolitanische Expedition heißt es dann: „daß es politisch absurd und moralisch unmöglich wäre, wirksam gegen den neuen Kolonialwahnsinn zu protestieren und gleichzeitig die Re-

gierung zu unterstützen, die für ihn verantwortlich ist.“ Die Tagesordnung schließt dann mit den folgenden Worten: „Der Parteitag gibt der Meinung Ausdruck, daß die sozialistische Parlamentsfraktion nicht weiter systematisch das Kabinett mit ihren Stimmen unterstützen kann.“

Vertreten wurde sie von Rigola und Turati. Rigola kritisierte die Fraktion so scharf, wie sie überhaupt niemand kritisiert hatte und warf der Partei vor, durch ihre heutige Taktik ihre spezifische Funktion einzubüßen. Turati gab in seiner merkwürdig sprunghaften Rede zu, daß ein gewisser Bankrott des Reformismus vorläge. Das sei, weil die Partei noch schwach ist, und schwach ist sie vor allem, weil die Reformisten noch den Revolutionären zu ähnlich sind. Der Reformismus sei infolgedessen, weshalb vielgestaltig, weil er wahr ist. Wenn wir heute anders denken als gestern, so ist es, weil heute nicht gestern ist. Er und seine Freunde wollen von der Teilnahme an der Regierung nichts wissen. Wer bleibt beim Proletariat, wenn wir alle auf das andere Ufer zur Bourgeoisie übergehen? (Zwischenruf von den Revolutionären: Wir bleiben!) Turati fortfahrend: „Ja, Euch rufen sie nicht ins Quirinal! Offen gestanden, wenn Ihr bleibt, so halten wir das für das schlimmste Uebel.“ Schließlich setzte Redner auseinander, was er unter nichtsystematischer Unterstreichung verstände: die Fraktion sollte nicht immer für das Ministerium sein, aber doch bereit, es eventuell in allen Gesehen gegen den Angriff der Reaktion und gegen die Verkündigung durch ein schlechteres Kabinett zu unterstützen. Die Rede endete, wie alle Kongressreden Turatis in den letzten Jahren, mit einer Verherrlichung der Arbeit unter den Massen.

Die Ansichten der echten Reformisten wurden von Cabrini, Reina und Bissolati illustriert, wobei zu bemerken ist, daß diese Fraktion keine eigene Tagesordnung vorgelegt hatte.

Von Interesse sind besonders die Ausführungen Bissolatis. Dieser, der um 11 Uhr nachts das Wort ergriff, legte zunächst dar, daß er von dem Parteitag zu richten sei, als

ob er das Ministerportefeuille angenommen hätte.

Sein nachträgliches Verzicht ändere nichts. Er sei vom Staats- oberhaupt eingeladen worden und habe der Einladung Folge geleistet, und zwar hätte er dies nicht als Ueberläufer, sondern als Parteimann getan. Als solcher hätte er dem König Giolitti als Kabinettschef bezeichnet und die Wahlreform als Programm. Er glaube, ein Recht zu haben, sich der Einladung als einer Anerkennung des politischen Einflusses des Proletariats zu freuen. Wenn er schließlich zurückgetreten sei, so sei es einmal aus Gründen seines Temperaments gewesen. Weiter, weil sich in ihm die Ueberzeugung gebildet hätte, daß das Ministerium der Wahlreform nur durch die Unterstreichung der Sozialisten sich behaupten konnte, während er fürchten mußte, daß diese Unterstreichung ausbleiben würde, falls er, Bissolati, dem Ministerium angedei hätte. Bissolati hat dann jede Ministerantwortung der Fraktion für sein Tun abgelehnt. Er hätte allein gehandelt, wie ein Alpinist, der einen gefährlichen Weg versuchen will und sich von den Gefährten losreißt, um sie nicht im Falle nachzugehen. Er habe die Frage nur für sich, nicht für die Partei entschieden: die Partei müsse ihre Entscheidung noch treffen. Das Tripolis betrifft, so sei er aus verschiedenen Gründen gegen die Expedition gewesen, vor allem weil sie unsere Aufmerksamkeit und unsere Kräfte vom Balkan abzieht. Uebrigens wisse man nicht, ob der heutige Krieg nicht einen anderen größeren Krieg verhüten habe, der unausbleiblich gewesen wäre, wenn Deutschland oder England Tripolis besetzt hätten. Wenn sich die Fraktion jetzt ohne Rücksicht auf das Wahlrecht gegen das Ministerium wendet, so würde dadurch das Wahlrecht entwertet, weil es nicht mehr als die Frucht der parlamentarischen Aktion der Partei erschiene. Er, Redner, habe es für Pflicht der Fraktion, zum Ministerium zu stehen, solange dieses sein Wort hält: für ihn würde der Uebergang zur Opposition einen politischen Selbstmord bedeuten, den er nicht zu begehen bereit sei.

Mit der Rede Bissolatis ist man am Schluß der dreitägigen Diskussion angelangt. Während dieser Diskussion ist beständig hinter den Kulissen verhandelt worden. Die gemäßigten Reformisten haben sich bestrebt, den rechten Flügel nicht zu verlieren und haben darum in ihrer Tagesordnung nicht die Unterstreichung des Kabinetts, sondern nur dessen systematische Unterstreichung widertreten. Damit kam man der Rechten entgegen, entfremdete sich aber die am weitesten nach links gerückten Reformisten. Gleichzeitig zeigte sich, daß das Werden um die äußerste Rechte auch nicht ganz erfolgreich war, denn am Abend des dritten Tages wurde auch eine Tagesordnung der äußersten Rechten vorgelegt, die mit Rücksicht auf die Wahlreform die weitere Unterstreichung des Kabinetts verlangte. Andererseits rücken die Reformisten der Linken in zweifelter Stunde mit einem Amendement Modigliani heraus, das das Wort „systematisch“ aus der konföderierten Tagesordnung der Turanianer streichen wollte. Allerdings sahen die Reformisten sofort die Gefahr und schämten sich nicht, ihre Tagesordnung der äußersten Rechten zurückzugeben, aber diese wurde von einem Delegierten, dem Genossen Basile, aufrechterhalten. So spalteten sich trotz aller Korridorarbeit und aller Schlaubei die Reformisten im letzten Moment in drei Gruppen: die Tagesordnung Basile forderte die weitere unbedingte Unterstreichung des Kabinetts; die konföderierte Tagesordnung wollte nur von der Fortdauer der systematischen Unterstreichung nichts wissen, während die Tagesordnung Modigliani nicht nur die systematische, sondern überhaupt die Unterstreichung des Kabinetts mit Rücksicht auf das tripolitanische Abenteuer ablehnte. Daneben übte die bedingt antiministerielle Tagesordnung der Integralisten und die unbedingt antiministerielle Tagesordnung Verda.

Die Abstimmung.

Am 12 Uhr nachts begann die Abstimmung, die manche Ueber-raschungen brachte. Sie ergab für die Tagesordnung Verda, wie bereits telegraphisch gemeldet, 6034 Stimmen, 2000 mehr als auf dem vorigen Parteitag. Für Verda stimmten Turin, Rom, Toskana bis auf wenige Ausnahmen, die Mehrheit der Romagna sowie viele Parteiabteilungen von Ligurien und Venetien. Die konföderierte Tagesordnung Treves brachte es auf 7818 Stimmen; für sie stimmte die ganze Emilia bis auf 2 Sektionen, weiter Genua, einige Städte der Toskana und ein Teil der Romagna. Modigliani erhielt 1736 Stimmen, darunter die der ganzen Stadt Mailand, Basile brachte es auf 1954 Stimmen, vorwiegend solche kleiner Sektionen, während die Tagesordnung der Integralisten 1074 Stimmen erzielte.

Das Resultat der Abstimmung ist, daß die drei Fraktionen der Reformisten die Mehrheit in der Partei haben, daß aber gleichzeitig die Antimilitaristen (Verda plus Modigliani plus Pescetti) zahlreicher sind, als die bedingten und unbedingten Befürworter des Ministerialismus. Die Reformisten haben gestimmt: der Reformismus ist unterlegen.

Stier und letzter Tag.

Der letzte Verhandlungstag begann mit einer Fraktionsitzung der Revolutionären, die sich über ihre Stellung zu dem Votum klar werden mußten. Zunächst wurde hier die Frage des Austritts aus der Partei in Erwägung gezogen, da viele Genossen dieser Fraktion mit der Absicht gekommen waren, im Falle eines Sieges der Reformisten aus der Partei auszuscheiden. Mit Recht wurde von der Mehrheit der Fraktion geltend gemacht, daß der Austritt nur berechtigt wäre, falls sich die Reformisten durch ein Votum, das die Teilnahme an der Regierung erlaubte, außerhalb der sozialistischen Internationale gestellt hätten. Da dies nicht geschehen ist, wurde jede Berechtigung des Austritts von der Mehrheit — gegen 6 Stimmen — verneint. Gleichzeitig beschloß die revolutionäre Fraktion, auf eine Stichwahl zu verzichten, da von dieser keinerlei Klärung zu erwarten sei. Ihren zurzeit außerhalb der Fraktion stehenden Abgeordneten, den Genossen Agnini und Rusati, gab sie den Auftrag, der sozialistischen Parlamentsfraktion wieder beizutreten und in dieser für die Aufrechterhaltung der Kongressbeschlüsse zu wirken.

Erklärungen in diesem Sinne wurden vom Genossen Rusati dem Parteitag gegeben. Daraufhin erklärten die bisshinteren Reformisten, daß sie im Falle der Stichwahl für die konföderierte

Tageordnung gestimmt hätten, während die Integralisten sich teils in demselben Sinne, teils für Stimmhaltung erklärten. Schließlich gab Genosse Calda im Namen des Parteivorstandes die Erklärung ab, daß der Parteivorstand nach dem Votum vorläufig im Amt bleibe, in Erwartung weiterer Beschlüsse. Es wird festgesetzt, daß der nächste Parteitag im folgenden Jahre stattfindet.

Der Kongreß geht dann zur Diskussion der Ueberführung des „Avanti“ nach Mailand über. Diese wird von den Revolutionären scharf kritisiert, während die Reformisten die Notwendigkeit der Wohnnahme vertreteten. Die Diskussion fand während einer Sektionsführung der revolutionären Fraktion statt, was der Reformist Genosse Ricciardi benutzte, um diese anzulammeln. In einem Votum kam es nicht.

Ueber das Frauenstimrecht referierte die Genossin Klobelli, deren Forderungen, die in einer Tagesordnung aufgeschrieben waren, einstimmig zur Annahme gelangten. Es wird hierin der Parlementsfraktion zur Pflicht gemacht, die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Frauen in der Kammer zu betreiben.

Die Frage der Beziehungen zwischen Parlamentsfraktion und Parteivorstand wird zum nächsten Kongreß vertagt, und nach Annahme einer geringfügigen Modifikation des Parteistatuts schließt der Kongreß seine Arbeiten nach einigen Schlussworten des Abgeordneten Agnini.

Eine Würdigung der durch die Verhandlungen geschaffenen politischen Situation soll in der Folge gegeben werden. Es ist nicht ganz leicht, die Folgen eines Votums zu übersehen, das eine ministerielle Mehrheit beauftragt, eine antiministerielle Politik zu entfalten.

Jugendbewegung.

Das Kesseltreiben gegen die Arbeiterjugend.

Die preussische Polizei versucht weiter, im Kampfe gegen die Arbeiterjugend die Vorbeugen zu ernten, die ihr die Verfolgung der erwachsenen Proletariat nicht bringen will. Aus Essen wird berichtet, daß dort, nachdem kaum eine gerichtliche Aktion mit möglichem Erfolge für die Staatsanwalter zu Ende geführt worden, von neuem gegen die Arbeiterjugend vorgegangen wird. Es ist abermals ein Verfahren eingeleitet worden, um die Vertrauenspersonen der Jugend zu fassen, und zu dem Zwecke veranlaßt man jetzt Hausdurchsuchungen über Hausdurchsuchungen. So nahm man dem Kolporteur der „Arbeiter-Jugend“ seine Geschäftsbücher weg, ließ sogar Privatbesitzer von ihm mitgehen, ohne zur Beschlagnahme richterlichen Auftrags zu haben. Bei einer Familie wurde gehäusucht aus dem Grunde, weil sie auf einem Platz mit einem verdächtigen Jugendlichen wohnte! Der Vertrauensmann der Arbeiterjugend wurde in der Fabrik aufgesucht und visitiert! Dabei wurde ihm ein Notizbuch mit einigen Adressen abgenommen. Ebenso wurde das Parteisekretariat in Essen abgesehen, dann die Zentralbibliothek, worin ein Schrank mit Spielen und Büchern für die Jugend steht; dieser wurde gewaltsam geöffnet. Das ganze Parteigeschäft der „Arbeiterzeitung“ wurde sozusagen umgekehrt nach Material zu einer neuen Anklage, auch wurde, wo man sie fand, die Broschüre von Danneberg über die Arbeiterjugend beschlagnahmt. — Der Zweck dieser ganz ungewöhnlichen Tätigkeit der Polizei in Essen geht deutlich aus den Worten eines hausdurchsuchenden Polizisten hervor: es ist Befehl von oben gekommen, daß die Arbeiterjugendbewegung vernichtet werden soll! — Nun, das wird auch der beruflichen Polizei nicht gelingen. Sie wird im Gegenteile mit ihrem außerordentlichen Kampfe das Klassenbewußtsein der Proletariatjugend stärken und sie erst recht für das Ringen um eine bessere Zukunft erziehen.

Soziales.

Dienstbotenbehandlung.

I. Das Dienstmädchen L. hatte Anfang September bei der Pensionatsinhaberin Fischer Stellung genommen. Da es ihr aber in dieser Stellung nicht gefiel, kündigte sie am 15. wieder zum 1. Oktober ihren Dienst auf. Bereits am 22. September wurde sie jedoch entlassen. Ihre Arbeitgeberin sowie deren Geschäftsführer, ein Herr Kauerz, hatten nun während der Kündigungsfrist an ihren Dienstleistungen allerlei Aussetzungen zu machen. Frau L. klagte nun beim Gewerbeamt auf Zahlung des Restlohnes mit 14,50 M. und Entschädigung von 23,21 M. für entgangenen Lohn, Trinkgeldbesitz und Kost- und Logisentschädigung während der Kündigungsfrist. Die Beklagte wendete ein, daß sich die Klägerin sehr ungebührlich benommen und die Arbeit verweigert habe. Die Verhandlung ergab ein anderes Bild. Der Geschäftsführer Kauerz hatte wieder einmal Veranlassung genommen, die Klägerin wegen ihrer Arbeit zu tadeln. Die Klägerin verweigerte die Verechtigung des Tadelns nicht anzuerkennen und hatte sich deshalb erlaubt, zu widersprechen. Darüber war der Herr so gereizt, daß er die Klägerin „Sankt“ betitelte. Er drohte ihr noch schließlich, mit dem Hammer den Schädel zu zertrümmern. Auf die Beschwerde der Klägerin über die ihr widerfahrere Behandlung entließ sie die Beklagte.

Das Gericht empfahl unter Vorsitz des Magistratsassessors Dreuer der Beklagten, sich mit der Klägerin zu einigen; der Vorlesende wies darauf hin, daß wir nicht mehr im Mittelalter lebten, wo es erlaubt gewesen sein mag, den Arbeitnehmer mit Sankt zu beschimpfen und ihm Hammerschläge anzudrohen. Andererseits bezweifelte das Gericht, daß sich die Klägerin in der Kündigungszeit ernstlich um anderweitige Arbeit bemüht habe, weil im Gastwirt- und Pensionatgewerbe erfahrungsgemäß Dienstmädchen sehr knapp und schwer zu bekommen seien. Das Gericht riet deshalb zu einem Vergleich auf 25 M., auf den beide Parteien eingingen.

2. Der Köchin B. war während ihrer Tätigkeit von ihrer Arbeitgeberin, der Kauditorinbesitzerin Desshö, der nachgesuchte Urlaub zum Besuche ihrer auswärts wohnenden erkrankten Mutter verweigert worden, weil diese die Krankheit der Mutter bezweifelte. Das kränkte die Köchin und brachte sie in solche Erregung, daß sie sich sofort zur kräftigen Lösung des Arbeitsverhältnisses entschloß. Da ihr Lohn und Papiere verweigert wurden, reiste sie ohne diese ab. Jetzt hatte sich das Gewerbeamt mit der Sache zu befassen. Die Köchin klagte wegen des rückständigen Lohnes von 17,50 M., den sie beim Weggange nicht erhalten hat. Die Beklagte behauptete nun, die Klägerin habe ausdrücklich auf den Lohn verzichtet. Die Beweisaufnahme ergab: Die Beklagte hatte zur Klägerin, als diese ging, gesagt, Geld und Papiere bekäme sie nicht, weil das Arbeitsverhältnis nur freigestellt gelöst werden dürfe; darauf erhielt sie von der Klägerin zur Antwort: „Ich verzichte jetzt auf alles; meine Papiere und mein Geld werde ich schon bekommen.“ Das Gericht konnte sich selbstverständlich nicht der Auffassung der Beklagten anschließen, daß in diesen Worten der Klägerin ein Verzicht zu erblicken sei; in dem letzten Satze bringe vielmehr die Klägerin zum Ausdruck, daß sie, da die Weltendmachung ihrer Forderung zunächst erfolglos war, sich mit ihrem Anspruch an das Gericht wenden wolle. Die Beklagte wolle nun den ihr durch den Vertragsbruch der Klägerin entstandenen Schaden gegen die Lohnforderung aufrechnen. Darüber belehrt, daß das gesetzlich unzulässig sei, wolle sie Widerklage erheben. Es einigten sich schließlich die Parteien, einem Vorschlage des Gerichts entsprechend, auf 10 M.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Aus der Frauenbewegung.

Warum sollen die Arbeiterfrauen Vorträge besuchen?

Der beginnende Winter bringt in allen Städten und Dörfern, wo organisierte Arbeiter wohnen, wieder Versammlungen und Vorträge. In der großen Städte, wo auch bürgerliche Vereinstigungen, die die Volkshilfe fördern wollen, Vorträge veranstalten, ist die Auswahl noch reicher. Leider denken noch immer viele Frauen und Männer der Arbeiterklasse, es sei verschwendete Zeit, wenn sie solche Vorträge besuchen. „Wir haben andere Sorgen“, sagen die einen. „Wozu braucht denn eine Arbeiterin Jodel zu lernen?“ sagen die anderen. Die alten Frauen meinen, für sie sei es schon zu spät, die jungen Mädchen möchten lieber lachen und tanzen, als ernsten Gedanken nachhängen. So bleiben unter all den tausenden Arbeiterfrauen leider noch immer sehr viele, die jedem Unterricht und jedem Vortrage aus dem Wege gehen.

Und doch liegt in diesen Vorträgen ein so großer und reiner Segen für die arbeitenden Menschen! Früher, wenn die Sorgenlast unerträglich war, wenn die Menschen in stummer Verzweiflung, weil die Not des Daseins nie zu Ende war, alle Lebenskraft verloren hatten, dann gingen sie in die Kirche. Die Frauen noch viel zahlreicher und öfter, als die Männer. Ihr Geist verlag sich auf Stunden die Not, sie sahen neue Dinge und hörten andere Worte, die ihnen neue Lebenskraft einflößten, und mit neuem Mut gingen sie nach Hause in das alte Elend zurück. Heute aber wirken die Schaulustungen der Kirche nicht mehr, weil die Menschen einsehen muhnen, daß sie dort zwar momentanes Vergessen finden konnten, aber nicht erlösende Hilfe. Der Glaube an die helfende Kraft der Kirche ist mehr und mehr erloschen und die Menschen suchen nach neuen Möglichkeiten, die ihnen die Kraft geben sollen, das Elend des Alltags zu ertragen.

Dieser neuen Trost kann aber nicht ein neuer Glaube bringen, sondern nur die wissenschaftliche Erkenntnis. Die Menschen müssen sehen lernen, wie die Verhältnisse der Gesellschaft sind, wie alles, was wir sehen, in einer Jahrtausende währenden Entwicklung geworden ist, damit sie erkennen, daß die Welt nicht so bleibt wie sie heute ist. Darin liegt die neue Hoffnung, die den Menschen neue Lebenskraft gibt und ihnen den Weg weist, den sie gehen müssen.

Aber nicht nur Trost und Kraft sollen der Arbeiterfrau aus den Vorträgen und dieser neuen Erkenntnis kommen, sie sollen ihnen auch die Quellen neuer und reiner Freuden erschließen. Theater und Konzerte sind für viele Arbeiterinnen unerreichbare Dinge. In den kleinen Städten und Dörfern gibt es weder das eine noch das andere; diese Genüsse sind den Menschen verlag. Bücher aber und Bilder gibt es überall, und auch sie können denen, die zu lesen und zu schauen verstehen, ganz andere Freuden bereiten, als alle anderen Bereitungen. Auch Bücher kosten Geld, das ist sicher, aber heute gibt es in jeder Arbeiterorganisation gute Bibliotheken, die allen Mitgliedern zur Verfügung stehen und die nichts kosten. Außerdem können die Arbeiterinnen sich gegenseitig Bücher leihen, damit sie nicht jodel Geld ausgehen müssen.

Gute Bücher können den Menschen gute Freunde ersehen, die helfen ihm die trüben Stunden des Lebens vertreiben und geben ihm die Kraft, Enttäuschungen zu ertragen. Natürlich können das nur gute Bücher tun, und es können auch die besten Bücher nur Nutzen bringen, wenn die Leserinnen bereit sind, auch ernsthafte Dinge, deren Verständnis ihnen Schwierigkeiten machen, durchzunehmen. Es wird sich jeder Mensch aber freuen, wenn er sieht, welche geistigen Fortschritte er macht. Dinge, die unverständlich waren, werden klar und deutlich, und mit Freuden fühlt jeder, wie er immer mehr versteht und mehr lernt.

Dieses Mehr an Wissen, dieser Reichtum an Erkenntnis ist doch der einzige Besitz, der den Arbeiterinnen ungestört geblieben wird. Sie müssen alle Ersparnisse darangeben, wenn Krankheit oder Todesfall einfallen, sie können den liebgewordenen Arbeitsplatz verlieren, sie können krank und fleh und arbeitsunfähig werden, aber sie werden niemals das verlieren, was sie gelernt haben. Das ist ihr eigener Besitz.

Deshalb sollten die Arbeiterfrauen auch die Mühe nicht scheuen und doch versuchen, an den Vorträgen und Unterrichtstufen teilzunehmen. Es kann nicht genügen, wenn sie nur hier und da kommen, sie müssen trachten, soviel an Wissen zu erobern, wie ihnen möglich ist. Nicht alle Frauen haben kleine Kinder, nicht alle Frauen haben aber auch eine große Kinderchar, und dort, wo nur ein, zwei Kinder sind, ist es doch möglich, daß die Frau Zeit findet für ihre eigene Ausbildung. Auch die jungen Mädchen sollen weit mehr als bisher Zeit finden, damit sie die Freiheit der Jugend nützen, um Wissen und Erkenntnis zu erobern. Deshalb können sie auch noch tanzen und lustig sein; das wollen wir ihnen nicht verwehren. Aber der Ernst des Lebens tritt ja so früh an sie heran, daß sie doch erkennen müssen, auch für sie wird das Leben Arbeit und Kampf sein. Für sie wird aber auch Glück und Freude in dem Wissen liegen, das sie sich erwerben!

Lesende.

Erster Kreis. Bei Weihnachts, Grünstr. 21: Vortrag über Sänglings- und Mutterhaus. Referentin Genossin Kuben. — Hansviertel bei Rott, Hensburger Straße 24.
Zweiter Kreis. Die Frauenlesende finden statt: Wilmsstraße 58 bei Diemer, Kreuzbergstraße 2 bei Schmebler, Karlsgrafenstraße 88 bei Löhrich und Wäckerstraße 46 (Edle Fontane-Promenade) bei Fröblich.
Dritter Kreis. Montag, den 23. Oktober, 6 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus. Vortrag des Genossen Dr. Jaded: „Die Unterernährung in der Arbeiterklasse“.
Reinholdsdorf-Ch. Montag, den 23. Oktober, Restaurant „Sabau“, Residenzstr. 124. Vortrag des Genossen Ad. Domnid: „Die Frauen im Reichstagswahlkampf“.
Vorkingstraße. Der nächste Frauenlesende findet nicht am 23. Oktober, sondern am 30. Oktober im Lokale von Richter statt.
Pankow. Montag, den 23. Oktober, bei Arieneke, Berliner Str. 27: Vortrag.
Lichtenberg. Die Lesende fallen aus, dafür Frauenversammlung Montag, den 23. Oktober, bei Struer, Frankfurter Chaussee 129. Vortrag: „Verzicht von der Frauenkonferenz in Jena“.
Referentin Genossin Buchmann-Kaulsdorf.
Friedrichshagen. Montag, den 23. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Jugendheim, Wilhelmstr. 74. Hof parterre rechts.
Trepow-Sonnenhofweg. Montagabend 6 1/2 Uhr, Abteilung I, bei Ringel, Ernststraße (Edle Marienbaler Straße): Vortrag über Volksgesundheitsspflege. Genossin A. Mohs-Schöneberg. — Abteilung II, bei Schmidt, Riesholzstr. 22: Vortrag über „Die Weichbereichung der Frau“. Genossin Chret-Schöneberg. — Wahl einer Leiterin.
Johannishof. Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, bei Bieler, Friedrichstr. 6: „Religion und Sozialismus“. Referentin Frida Schulte-Kirchdorf.
Waldschlof. Montag, den 23. Oktober, im Jugendheim, Wilmersdorfstraße 11. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Klara Bohm-Schuch.
Adenick. Lesende diesmal bei Metzler, Rosenstraße 10 (Edle Kirchstraße).
Friedenau. Montag, den 23. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, bei Redelke, Handbergstraße 60/61. Vortrag der Genossin Klara Wehl über: „Die Frauen und die Reichsversicherungsordnung“.
Vottdam. Die Lesende finden in den Wintermonaten alle vierzehn Tage statt. Der nächste Lesende ist am Dienstag, den 24. Oktober, im Restaurant Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Aus aller Welt.

Endlich einmal ein Lichtblick.

Alle Welt schreit über Teuerung, die Arbeiterklasse erdreißt sich mangelndes sogar, gegen die geheiligte Ordnung zu rebellieren

und durch Lohnbewegungen und Ausstände einen größeren Anteil an den Kulturgütern zu erobern. Dem braven Speier wird ganz Angst, wohin das alles schließlich einmal führen soll. Noch ist er ja in dem Genuße seiner Renten geschützt durch Polizei und Gendarmen, die dafür zu sorgen haben, daß Eingriffe in die geheiligte Ordnung ihre richterliche Sühne finden. Aber wird es immer so bleiben, wird der Mob sich auch in aller Zukunft im Zaume halten lassen? Mit dieser bangen Frage auf den Lippen greift er zu seiner geistigen Erquickung, dem geliebten „Berliner Lokalanzeiger“. Bald erheitert sich sein sorgengefülltes Antlitz. Noch werden ja die Vorbereitungen zu den Winterfestlichkeiten der Berliner Gesellschaft getroffen, noch gerührt ja eine allergnädigste Prinzessin, in einigen Monaten einem Kinde das Leben zu geben. Ganz wie in regulären Beten. Und Freude strahlt unserm Speier aus den Augen, wenn er in prangenden Lettern liest: „Der TroussEAU einer künftigen Kaiserin“. Es ist die Ausstattung der Braut des Großneffen des österreichischen Kaisers, die den staunenden Lesern vorgeführt wird. Wenn die höchsten Kreise noch mit solcher Sorgfalt eine zukünftige Kaiserin ausstatten, dann ist Polen noch nicht verloren. Mit einem Teufel der Erleichterung genießt Speierchen die Schilderung all der Kleider, Hüte, Mäntel, Hemden, Söckchen und Strümpfe, die zu einer standesgemäßen Aussteuer einer zukünftigen Kaiserin gehören. Und wie schön ist alles:

„Das Brautkleid ist aus elfenbeinfarbenem Satin-Duchesse mit reicher Silberstickerei, wobei außer Marinen- und Orangeblau die Lilie der Bourbonen reiche Verwendung findet. Kostbare antike Spitzen aus dem Familienschatz, die zum Teil schon das Brautkleid der Großmutter schmückten, bilden das Vorderblatt und die Korsetts. Die Taille ist, der Mode entsprechend, scharfquartig arrangiert. Die Schleppe ist 3/4 Meter lang, von dem Myriantenkranz im Haar bis auf den Saum der Schleppe herab, gehalten von einem Brillantendiadem, dem Hochzeitsgeschenk des Kaisers. Das Diadem, mit mehr als tausend Brillanten, ist in Kronenform gehalten und besteht aus einem Bandeau und fünf Teilen, in deren Mitte sich je ein karomierter Brillant, den ein Wattarrangement umgibt befindet. ... Beim Hollarabend wird die Braut noch in einem Mädchenkleid erscheinen aus apfelblütenfarbigem Liberty und rosa Tunique aus Seidenmuffeln mit Duchesse-Spitze und transebeschten Silberborten garniert.“

Demer finden sich im TroussEAU der Prinzessin Jilta neben mehreren graziösen Kleiderchen für den intimen Zirkel zahlreiche schwere Frunkoben zur Repräsentation, neben duffigen Gebilden aus Gaze de Soie und Musselin de Soie mit Perlen und Goldfransen, prächtige Courroben aus Charmeuse und Paile de Cinc mit Seiden- und Wunststickerei, Points d'Alacon und Points de Venise. Die Kostüme, teils für den Wagen, teils für rein praktische Zwecke bestimmt, sind ebenso vornehm wie einfach gehalten. Zu den Wogensolimen gehören Kuchblusen aus Seide, Spitzen und Crêpe de Chine, zu den praktischen Kostümen englische Blusen aus Japhir, Flanel und Tuch.

Ueberaus reich ist die Ausstattung an Mänteln. Wir sehen Mäntel für Bälle und Visiten, Straße und Auto, Jagd und Sport, so einen Paletot aus Tivoire Rainé, einen Mantel aus blau-weißem Double-Bibeline, ein Mantel de Cour mit vier Meter langer Schleppe in rosa Satin-sequant, einen mit Fuchs verdrämten rubis Samtmantel, einen sadartigen Uster aus braunem Himalaja, Seltin, Stank, Jodel, Nitran, Chinchilla und Hermelin spielen als Mantel, als Kragen und Manschetten, Muffe wie auch als Hüthen und Fußsack eine große Rolle. Hm. usm.“

Ob den mit der Vorbereitung zur Hochzeit beschäftigten Fürstlichkeiten wohl der 17. September zum Bewußtsein gekommen ist? Der Tag, an dem das Wiener Proletariat seinem Groll über Teuerung und Hunger berechten Ausdruck gegeben hat?

Zwei Menschen in den Flammen umgekommen.

Bei dem Brande einer Villa in Sude (Schleswig-Volstein) fanden in der letzten Nacht die 43jährige Witwe Rohlf's und die dreijährige Tochter des Stadtmissonars Weidmann den Tod in den Flammen. Die Bewohner wurden im Schlafe vom Feuer überrascht. Weidmann vermochte nur seinen fünfjährigen Sohn zu retten; seine Frau sprang mit ihrem drei Wochen alten Säugling und einem anderen Kinde aus einem Fenster fünf Meter tief hinab. Das Dienstmädchen erlitt beim Sprung aus dem Fenster einen Knöchelbruch.

Furchtbare Katastrophe in einer Schwefelmine.

Durch eine Explosion in der Schwefelmine Trabonella auf Sizilien sind Arbeiterleben in großer Zahl vernichtet worden. Aus bisher unbekannter Ursache ist ein Pulverbottor, der zum Sprengen der Felsblöcke verwendet wurde, explodiert. Durch die Explosion wurde die Schwefelmine in Brand gesetzt. Den 44 in der Grube beschäftigten Arbeitern gelang es nicht mehr, den rettenden Ausgang zu erreichen. Obwohl sofort an die Rettung der Verunglückten gegangen wurde, konnte man nicht zu ihnen gelangen, da die Grube von allen Seiten von Flammen umgeben ist, die sich entwickelnden Schwefelgase haben offenbar den Tod aller in der Mine eingeschlossenen Arbeiter herbeigeführt. Auch von den Rettungsmannschaften bürten zwei ihr Leben ein, während zehn schwer verletzt wurden.

Sankt Bureokratismus und Notstand.

Ein nettes Stücklein wird unserem Ehrfurter Parteistatt aus dem Schwarzburg-Sondershäusern Orte Pennetow berichtet. Um die Notlage der kleinen Viehhirten zu mildern, war die Erlaubnis zur Entnahme von Streu aus den Staatsforsten erteilt worden. An einem Tage in voriger Woche machten 45 Gemeinwohner Entwohner, darunter auch der Bürgermeister, von dieser Erlaubnis Gebrauch. Als sie aber die in Säcke gefüllte und auf Wagen geladene Streu abends abfahren wollten, erteilte sie das Verhängnis. Der Waldläufer erstattete Anzeige, weil die Streu nicht auf mit Zugtieren bespannten Wagen, sondern nur auf Schiebkarren oder Handwagen oder als Traglast nach Hause geschafft werden durfte.

Und nun geschah das Unglaubliche. Das Forstamt Wehren beantragte die Bestrafung der Uebeltäter und wirklich erhielt jeder von ihnen ein Strafmandat über 18,00 M. oder fünf Tage Gefängnis wegen Forstdiebstahls!

Eine wirklich probate Kostlandsaktion!

Kleine Notizen.

Unglückliche Liebe. Der in Halle wohnhafte Riffograbh Kanocha war von Liebe zu der Tochter seiner Wirtin erfüllt. Als das junge Mädchen sein Verden zurückwies, drang er mit einem Messer auf die Hartbergische ein und brachte ihr einen Stich in die Wange bei. Dann sprang Kanocha aus dem Fenster und blieb tot auf der Straße liegen.

Schweres Grubenunglück in Amerika. In den Bergwerken der Whorton Steel Co. in Hibernia kam es am Samstag zu einer Explosion. Zwölf Arbeiter bühten dabei ihr Leben ein. Doppelfelstern durch Absturz vom Kirchturm. Ein den vornehmsten Kreisen Kamaniens angehörendes Liebespaar stürzte sich, weil sich der Heirat Schwierigkeiten in den Weg stellten, vom Kirchturm der Detschaf-Kraljavo in die Tiefe. Furchbar zerschmettert wurden die Unglücklichen tot aufgefunden.



Die Firma
A. Wertheim
hat zu ähnlich
lautenden Firmen
keine Beziehungen

A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung
Berlin W. 66
Leipz.-Str. 132/37
Bei Briefen
ist genaue Adresse
erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37 Oranien Strasse

Montag
Dienstag

Extra-Preise

Telzwaren

Wollene Kleiderstoffe

Seidenstoffe u. Sammete

Natté starkfädige Bindung, ca. 110 cm breit Mtr. **2.75**
Einfarb. Stoffe gestreift, gross. Farbensort., ca. 110 cm breit . . . Mtr. **2.50**
Popeline reine Wolle, mod. Farben, ca. 105 cm breit Mtr. **1.65**
Plaidstoffe reine Wolle, blau-grün . . . Mtr. **1.50**
Blusenstoffe reine Wolle, grosse Auswahl **1.15**
Hauskleiderstoffe doppeltbreit Mtr. **65, 95 Pf.**

Blaugrüne Taffet-Schotten mit Satin-Streifen Mtr. **2.25**
Crêpe de chine-Imitat. ca. 110 cm breit, Mtr. **3.40**
Taffet glacé neue changeant Farben . Mtr. **1.50**
Bedruckte Velvets in neuen Dessins Mtr. **3.00**
Seal-Plüsch für Mäntel, ca. 125 cm breit Mtr. **16.00**
Lindener Köper-Velvet gute Qual. Mtr. **2.70**

Rasé-Kanin-Krawatte ca. 1,35 Mtr. lang **7.75**
Langhaarige Kanin-Stola mit 4 Schweiß u. 2 Köpfen garn. ca. 2,10 lg. **11.00**
Zobel-Murmel-Stola mit 4 Schweiß und 2 Köpfen garniert, ca. 1,80 Mtr. lang . . . **25.00**
Zobel-Murmel-Stola mit 10 Schweiß ca. 2,30 Mtr. lang **44.50**
Feh-Wammen-Krawatte ca. 1,55 Mtr. lang **9.25**
Ganzfeh-Krawatte ca. 1,85 Mtr. lang **27.75**
Phantasie-Stola in Skunks 7 Schweiß, Kopf und Pfütschen **52.00**
Skunks-Stola mit 4 Schweiß, ca. 1,80 Mtr. lang **31.00**
Skunks-Opossum-Stola mit 3 Schweiß, Kopf u. Pfoten, ca. 1,90 lang **26.00**
Skunks-Opossum-Stola mit 4 Schweiß, ca. 2 Mtr. lang **40.00**

Damen-Hutformen Velvet, moderne Fassons **3.90, 5.75**

Verkauf nur Leipziger Strasse:
Persian.-Stücken-Paletot ca. 100 cm lang, auf reinseid. farbig. Futter **298.00**
Persianer-Paletot ca. 90 cm lang, auf reinseidenem farbigem Futter . . . **498.00**
Persianer-Paletot ca. 90 cm lang, mit Nerz-, Hermelin-, od. Skunks-Schaf **548.00**

In dieser Woche:

Grosser Schürzen-Verkauf

Ausserordentlich billige Preise!

Die reellsten und billigsten
Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen

und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in

Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten

der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabricieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.

Moderne Wohnungen mit bequemen Verbindungen am Königl. Schloßpark

Pankow-Nieder-Schönhausen per sofort und bis zum 1. 4. 12: 2 Zimmer 320-450 Mk.

Nur 10 Pf. direkt zu erreichen mit der Siemensbahn ab Mittelstraße, mit der Linie 49 und mit der Stettiner Vorortbahn, Station Pankow-Deinersdorf. Außerdem mit Zugang durch den Schloßpark mit den Linien 47, 47a und 57. Näheres im Sandreien Nieder-Schönhausen, Schloß-Allee 40, Amt Pankow Nr. 200. 141/10*

Alleinige Verkaufsstelle der Patent-Kinderwagen von Frauenarzt Dr. Heydemann

Metzner
Größtes Special-Haus
Kinderwagen
Metall-Bettstellen
Garten-Möbel etc.
Katalog gratis

Berlin, O. Andreasstr. 23.
Brunnenstr. 95 Leipzigerstr. 54.
Beusselstr. 67. Rixdorf, Bergstr. 133.

Endlich habe ich die richtige Bezugsquelle entdeckt, muss ein jeder bei der Beschichtigung unserer neuesten Kollektion sagen.

Herrenanzug-Stoffe

Paletotstoffe, Hosenstoffe, Westenstoffe, Damentuche. Nur beste Qualitäten jeder Preislage. Enorm grosse Auswahl aller Neuheiten. Unerreicht billige Preise direkt aus der Tuchfabrik von

Lehmann & Assmy
Spremberg, Postfach Nr. 230

Muster senden wir an jedermann auf Verlangen sofort franko ohne Kaufzwang

Zur Eröffnung der

Herbst- und Winter-Saison

empfiehlt das Spezialhaus

S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12, Ecke Schulstraße.

noch billiger wie bisher

Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß.

Fr. Siegels Feistfäde und Garten Theaterbühne. Gr. Frankfurter Str. 30. 2 Regelbahnen. Empfehle Säde, 30, 50, 80, 200, 300 Personen fassend, zu Sitzungen sowie Beflichkeiten aller Art zu den billigsten Bedingungen.

Bettfedern-Fabrik
BERLIN S 300
Prinzenstr. 46-47
Gustav Lustig
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands

Bettfedern | Daunen
zu 0.55, 1.00, 1.25, 1.50, 1.80, 2.00, 2.50, zu 2.85, 3.50, 5.00, 6.50
3.00, 3.50 bis 6.00 Mark per Pfund | bis 9.00 Mark per Pfund

Fertige grosse Betten
bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen
zu 12, 15, 20, 24, 28, 31.50, 38, 45, 54, 61, 75, 90 bis 120 Mark

Größtes Lager in Bettinletten, Metall-Bettstellen u. allen anderen Bettartikeln

Beste Bettenfüllung: (gesetlich geschützt) Monopol-Daunen 2.85 3-4 Pfund zum Oberbett.

dem Vorzeigen dieses Inserates 4 Gul. Rabatt.

Damen sparen Geld!

Im En gros-Lager von 10 Uhr v.m. ab Einzelverkauf

Engl. Ulster aus Flauch 8-25 M.
Hocheleg. Kostüme aus blauem Stoff 15-50 M.
Anschlied. Tuchpaletots in allen Längen 12-30 M.

Hochelegante Modelle Seel-Pilisch- u. Velours du Nord - Paletots bedeutend unter Herstellungspreis Spezial: Extraweiten für starke Damen.

Frauenpaletots mit eleganten Stückerelen 10-24 M.
Aparle Kimonos u. Abend-Mäntel 8-25 M.
Backfisch - Led. Mäntel, Led.-Pelerin 3-15 M.
Kinder- u. Kieler Paletots wie Abbildung 30 M.

18 M. Tuch-Mäntel wie Abbildung
En gros-Lager

Max Mosczyiz Berlin C, Landsberger Str. 59, Laden!
eine Treppe, am Alexanderplatz.
Achten Sie in Ihrem eigenen Interesse auf die Hausnummer.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 21. Oktober 1911. Falsche Rentabilitätsberechnung. — Eine interessante Fusion. — Gründerpraxis. — Kapitalistische Praktiken.

Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten, mit Zahlen ein System bereiten. ... Täglich wird in der Unternehmerrasse versucht, durch Zahlen und Zahlengruppierungen die Not des Kapitals und die beneidenswerte Lage der Arbeiter darzustellen.

Referenzen, Rückstellungen usw. darf man daher auch nicht als Anlagekapital betrachten. Es ist das ein Teil des Gewinnes, der nicht auszahlt worden ist, aber in den Dividenden auch noch nicht in die Erscheinung trat.

Zu welchen falschen Resultaten die Berücksichtigung der Reserven usw. als eingezahltes Kapital führen kann, das möge folgendes einfach konstruiertes Beispiel veranschaulichen: Angenommen, A. hat für die Aktie eines Unternehmens den Betrag von 100 000 M. eingezahlt.

Die Berechnung der prozentualen Dividende ergibt ein ganz falsches Bild von dem Anteil des Kapitals am Ertrage der Arbeit. Das wird sofort klar, wenn man weiter folgendes berücksichtigt: Die Rückzahlung eines Teiles des erzielten Gewinnes erhöht den Verkaufswert des Unternehmens, infolgedessen steigt auch der Preis der Aktie.

Die Ausschüttung aufgeschobener Gewinne und die Verzinsung des Kapitals zu dem Zwecke der Gewinnvermehrung ist bei einer in jüngster Zeit vollzogenen Fusion recht sinnfällig praktiziert worden.

Die kapitalistischen Praktiken erfahren eine recht scharfe Beleuchtung durch die Art, wie die beiden Gesellschaften vorgehen. Man gründet eine neue Aktiengesellschaft. An diese verpacken sie ihre Fabrikationsanlagen.

Der Zweck der ganzen Uebung ist offensichtlich der, die tatsächlichen Gewinne zu verschleiern, indem man sie auf zwei Gesellschaften verteilt.

Die Waggonfabriken zählen in der Hauptstadt die staatlichen Eisenbahnverwaltungen zu ihren Auftraggebern. Zweifelslos verfolgt man mit der Fusion auch den Zweck, sich den Strom der Gewinne aus staatlichen Aufträgen nicht einengen zu lassen.

Die Gründung der farnosen Fachgesellschaft zwingt den Bandenführer, sich einmal etwas näher mit den Preisen für Staatsaufträge zu beschäftigen.

Die Befruchtungsindustrie hat sich zu einem der lukrativsten Zweige kapitalistischer Profitmacherei entwickelt. Neue Erfindungen und Fabrikationsmethoden müssen in der Hauptsache als Hebel der Gewinnsteigerung dienen.

Ihre Metallfadenslampen eine Preisermäßigung von 25 Prozent einzuweisen zu lassen; ein verbessertes Verfahren habe die Fabrikationskosten verringert.

Was steht nun hinter den Anschein eines Wettkampfes erfindenden Mittelungen? Keine Konkurrenz unter den Geleuchtigkeitsfirmen, sondern eine Verständigung der drei den Markt beherrschenden Firmen: A. E. G., Auer-Gesellschaft und Siemens u. Halske.

Marktpreise von Berlin am 20. Oktober 1911, nach Ermittlung des königlichen Vollausschusses. Karthallenpreise (Riethandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 35,00—50,00.

Witterungsübersicht vom 21. Oktober 1911. Tabelle mit Spalten für Stationen, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur.

Wetterprognose für Sonntag, den 22. Oktober 1911. Mild und teilweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand am 20.10.1911 und 19.10.1911. Tabelle mit Spalten für Stationen, Wasserstand am 20.10., Wasserstand am 19.10., Differenz.

Advertisement for 'Berliner Stahlbrunnen' (Berlin Steel Springs). Includes text: 'Bequeme Hauskur ohne Diät', 'Garantiert unschädlich', 'Apotheker Kumbler's', 'Berliner Stahlbrunnen', 'Heilanzeigen', 'Fabrik gegründet 1885', 'Gesetzlich geschützt'.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volkshöhe:
Sonntag, 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr.
Neues Schauspielhaus, 4. Abteilung (Gruppe 14-18): Nathan der Weise.
Hermann Theater, 7.8. Abteilung (Gruppe 31-33): 2x2-5.
Thalia-Theater, 8.9. Abteil. (Gruppe 34-36): Der Zigeunerbaron.
Montag, 23. Oktober, abends 8 Uhr:
Neues Schauspielhaus, 14. (1. Abend) Abteilung: Casanova.

Neue Freie Volkshöhe.
Nachm. 2 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Judith.
Hammerspielhaus: Ranzelot.
Nachm. 3 Uhr:
Neues Volkstheater: Das Verhängnis.
Schiller-Theater G.: Das Bild des Tartar.

Schiller-Theater Charlottenburg: Maria Stuart.
Kleines Theater, Erster Klasse: Anselme.
Theater in der Königgrätzer Straße: Ein Fallmännchen.
Metropol-Theater: Mit Hellet.
Neues Operetten-Theater: Der Graf von Luxemburg.
Trianon-Theater: Jeanneton.
Abends 8 Uhr:
Neues Volkstheater: Jugend.
Montag bis Samstag: Das Vermächtnis.
Hochschule in Charlottenburg: Sonntag abend und Sonntag: In Behandlung.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Bürgeraal des Rathhauses: Nigler und Lumb.

Schiller-Theater O. Theater
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartar.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Schiller-Theater
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Antigone.
Montag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Antigone.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Dummelsstudenten.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Spielerien einer Kaiserin.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Ein Walderroman.
Neues Theater.
Abends-Vorstellung Hansi Niese:
Die Näherin.
Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstadt.
Schauspielhaus.
3 1/2 Uhr: Moral.
Abends 8 Uhr:
Die Hochzeit von Valen.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akt. v. Aron u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von
Sollen-Baeder.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Luise-Theater.
Deute und folgende Tage:
Die Macht der Liebe.
Sonntag 3 Uhr: Die Grille.
Reife-Alliance-Theater.
3 1/2 Uhr: Die Handentwerfer.
Kostüm: Der Sittenapostel.
8 Uhr. Stürmischer Lacherfolg!

ROSE-THEATER
Große Franzosen Str. 132.
Nachm. 3 Uhr:
Kaiserinnenluft.
Abends 8 Uhr:
Kean od.: Kean u. Leidenschaft.
Montag: Das Glück des Lebens.

Triana-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

Apollo Theater
Vorleser Sonntag:
Deute 2 Vorstellungen.
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Halbe Preise.
Die großen Spezialitäten.
Abends 8 Uhr:
Die gesamten Attraktionen mit
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr: Geheimnisse der belebten Natur.
Montag 9 Uhr: Geheimnisse der belebten Natur.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Dorath: Wechselstromgesetz.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag 50 Pf.
Eintritt ...
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Großes
Militär-Konzert.
Donnerstag: Joh. Strauß.

Pastans Panoptikum.
Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entree 50 Pf.

PASSAGE :: ::
ANOPTIKUM
Die wilden Lebend!
Heul-Derwische
aus Ceylon
mit ihren fanatisch. Produktions-
tionen. Merino, der lebende
Ambo. A.G.A., die schwebende
Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Heute: 2 Vorstellungen.
Nachm. 3-7 Uhr kleine Preise.
Abends 8-11 Uhr.
die japan. Mimi-
dramatikerin mit
ihrer Truppe i. ihr.
Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren
Putzi Cassani Parodien
und das
gr. Oktober-Progr.
14 Spezialitäten.

Metropol-Theater.
Nachmittags 3 Uhr:
Mit Helyett!
Abends 8 Uhr: Nauchen geflattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Akten von
Auf. Freund. Musik von B. Holländer.
Im Szene geleitet vom Dir. A. Schulz.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Zum
52. Male: No. 14.
Kobi Krach.

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener
Lacherfolg!
Das Kind
der Firma

mit Anton und Donat Herrnfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorverf. 11-2 Uhr (Theaterkaffe).

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Die Weber (Bombenerfolg).
In Spezialitäten Ia
Mit 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Familien-
vorstellung (Theater und Spezial-
itäten). - Entree 20 Pf.

Voigt-Theater.
Gefundbrunnen Badstraße 58.
Deute Sonntag, 22. Oktober 1911,
nachmittags 3 Uhr:
Die Kameliendame.
Abends 7 Uhr.
Die Himmelsleiter.
Vorgang in 4 Akt. v. H. Wagners.
Kasseneröffnung 10 Uhr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den
sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
Sonntag, den 22. Oktober, in den Pharus-Sälen (großer Saal), Müllerstr. 142:
Gr. Konzertabend
ausgeführt vom
Berliner Sinfonie-Orchester. Maximilian Fischer.
Konzertsängerin Elsa Burmester. Cello - Harmonium.
Nach dem **Großer Ball.** Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen
Konzert: 50 Pf. nach. 50 Pf. nach.
Anfang 6 Uhr :: Eintritt 50 Pf.
Kinder zahlen 25 Pfennig und werden Eintrittskarten für diese an der Kontrolle
verausgibt. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. Programm am Eingang gratis.
Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, 29. Oktober, bei Moerner, Koppenstr. 29;
Theater=Aufführung.
Zur Aufführung gelangt:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von A. M. Willner und Robert Bodansky.
Musik von Franz Lohar. - Leitung Alexander und Olfers.
Nach der Vorstellung: **Ball.** Herren, die daran teilnehmen,
zahlen 30 Pf. nach ::
Billetts sind zu haben auf dem Bureau, im Zigarrengeschäft von Schwamke,
Schöneleinstr. 24, und im Restaurant Welzer, Koppenstr. 62. 90/20
Regen Besuch erwartet **Das Komitee.**

SPORT PALAST
Potsdamer Str. 72
Winzerfest
in den feenhaft ausgeschmückten Gesamträumen.
200 Mitwirkende Original-Revue mit Gesang und Tanz
„Winzerträume“ 200 Mitwirkende
Bunter Teil - Sport und Humor. Im Saal der Winzer: Die lustigen Dorfmusikanten. Café, Bar.
Im ganzen Hause: Frisch, Most, Stimmung, Humor, Behaglichkeit. Eintritt 1 M., Sperrsitz (1. Reihe) 2 M.
Sämtliche Freikarten sind während
des Winzerfestes aufgehoben.
Grösster Eispalast der Welt!

Gesang-Verein „Männerchor Ost“
Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes.
(Gau Berlin.) Chormeister Emil Thilo.
Sonntag, den 29. Oktober 1911:
Herbst-Konzert
im großen Konzertsaal der
Brauerei Friedrichshain (früher Lipps)
Am Königstor.
Unter Mitwirkung des
Berliner Tonkünstlerinnen-Orchesters
(Dirig. Fr. Elisabeth Kuyper, 45 Mitwirkende)
der Violinvirtuosin Fr. Olga Söhne und
des Konzertsängers Herrn Paul Bauer (Tenor).
Programm u. Liedertexte 50 Pf., an der Kasse 60 Pf.
Kinder unter 6 Jahren kein Zutritt. 61/18
Saalöffnung 5 Uhr. - Beginn des Konzerts präz. 6 Uhr.

Casino-Theater
Lottfänger Str. 37. Täglich 8 Uhr
Abendlich der neue
Berliner Pöffen-Schlager
Der selige Holschinsky.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Weib a. d. Volke.

Ansstellung Nordland
Kurfürstendamm 151
nahe Bahnhof Halensee und Char-
lottenburg.
Geöffnet ab 10 Uhr vorm.
125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Renntierherde, Polarbären.
Eintritt für Ausstellungen 50 Pf.
Vorführungen:
Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
Sonntags 12, 3, 4 1/2, 6, 7, 9 Uhr.
Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr
Eintrittspreis 30 Pf.
Roach's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Mit bedeutend verstärktem Personal:
Die Räuber.
Ein Trauerspiel in 5 Akten von
Fr. v. Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die
Räuber.

Zirkus Busch
Sonntag, den 22. Oktober:
2 Große Gala- 2
Vorstellungen
nachm. 3 1/2 Uhr und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 3 1/2 Uhr zahlen Kinder
unter 10 Jahren auf allen
Sitzplätzen halbe Preise.
Galerie volle Preise.
In beiden Vorstellungen:
Max u. Moritz.
Die beiden Affenmenschen
In beiden Vorstellungen!
Bärenkampf. Dress. M. Ganzer.
Vorführungen u. Reiten d. bestdressiert.
Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
Sämtl. Clowns mit neuen Witz.
Um 3 1/2 Uhr:
Ein Jagdfest
am Hofe Ludwigs XIV.
Um 7 1/2 Uhr:
U 20 Original-
Kunststücke
des Zirkus Busch
in 5 Akten.
In beide Vorst.: Gr. Gala-Programm

Zirkus Moulier
Rummelsburg.
Gryphusstraße, Ecke Wühlisch-
straße, Hochbahn-Haltestelle.
Heute Sonntag:
4 Uhr und 8 1/2 Uhr
Das große zirkusfische
Weltstadiprogramm.
Montag und folgende Tage:
Große brillante Vorstellung.
Abends 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Dienstag, 24. Oktober:
Erstes Robert-Steidl-
Gedächtnisfest.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena
Mittags von 12 Uhr bis 2 Uhr
Korso bei Musik.
Nachmittags:
Militärkonzert und
Produktionen v. Soloflutern.
Abends zum 218. Male:
Das grandiose Eishallett
Montreal.
Die kleine Charlotte
mit ihrer Novität:
Der Lichtertanz
und die übrig. erstklass.
Kunstausproduktionen,
Restaurant I. Ranges.
Bis 6 Uhr, nach 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Volks-Theater.
Niedorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 22. 10.: Der jüngste Leut-
nant. Gefangnisse in 4 Akten
von Jacobsohn.
Montag, 23. 10.: Um fremde Schuld.
Schauspiel in 4 Akten von Hans
Eiben.
Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. Karl Richter.
Jeden
Sonntag
Paul Manthey's
lustige Sängers
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Anschluß: Familienkränzchen.
Im weißen Saal - on 5 Uhr ab
Großer Ball.
Montag: Heiterer Künstlerabend.

Alhambra
Falter-Theaterstraße 15.
Jeden
Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr.
A. Zamelkat.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

CLOU
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppel-Konzert.
Musik. des 2. Gardo-Reg. z. F. Graf.
Oberm. Graf.
Musik. des Gardo-F.-Art.-Reg. Jolly.
Oberm. Jolly.
Anfang 4 1/2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Zirkus
A. Schumann
 Sonntag, 22. Oktober:
 2 gr. Vorstellungen
 nachm. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr abends.
 Nachm. hat jeder Erwachsene
 1 Kind unt. 10 Jahr. frei auf
 allen Plätzen außer Galerie,
 jedes weitere Kind halbe Preise.
 In beiden Vorstellungen:
 Auftreten sämtl. Kunstkräfte.
 Abends: Die große Foorie in
 5 Bildern:
1000 Jahre
 auf dem
Meeresgrunde.
 Nach Motiven aus 1001 Nacht.
 Vorher d. reichhaltige Programm.

Blüthnersaal.
 Heute Konzert des
Blüthnerorchesters
 Dirigent:
 Hofkapellm. **V. Strauß.**
 Solist: G. Zeelander (Cello).
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.

Neue Welt
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/14.
 Sonntag, 22. Oktober,
 abends 8 Uhr:
Polnische Wirtschaft.
 Entree 50 Pf.
 Kaffeeöffnung 6 Uhr.

Elysium
 Landsberger Allee 40-41.
 Jeden Sonntag im Parkettsaal:
Großer Ball. Damen-
Freitanz
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree frei.
 Mitwirkende: **Sänger - Freitanz**
 Vereinen u. Geseinschaften empfehle
 meinen gr. Saal, 1000 Pers. fassend,
 an Sonntagen von Dezember bis
 März zur freien Verfügung.

Konzert- u. Festsäle
Albert Moerner
Koppenstr. 29
 Sonntag, 22. Oktober
Erstes Konzert
 von
Johann Strauß
aus Wien
 mit seiner gesamten Kapelle.
 Anf. 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Markgrafen-Säle
84. Markgrafen-Damm 34.
 An der Stralauer Allee.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
 Im Restaurant täglich musikalische
 Unterhaltung. Vorzügliche Küche,
 ff. Biere u. Weine, Billard u. Angelbahn

Konkordia-Festsäle.
 Inh.: M. Wendt und A. Schütze.
Andreasstr. 64.
 Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert
 und die beliebten
Hoffmanns Sänger.
 Direktion Fr. Faerber.
 Heute: Letzte Rose
 Simalt. i. Biedermeierstil.
 Jede Woche neues
 Programm. Anfang des
 Konzerts 6 Uhr, der Vor-
 stellung 7 Uhr. Im oberen
 Saale von 3 Uhr
 an: **Großer Ball.**

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen
 11336 C. Nible.

Burgtheater-Kino und
Festsäle,
 Schönhauser
 Allee 129
 Säle für Hochzeiten u. Vereins-
 vergnügen. 4 hoheleg. Kegel-
 bahnen. **Rudolf Herz.**



Zeppelin's „Schwaben“

Flugplatz Johannisthal

Heute ermäßigte Eintrittspreise

Mk. 0,30; Mk. 0,50; Halle nur Mk. 1,—.

Luft-Verkehrs-Gesellschaft, Unter den Linden 5/6a (Bristol).
 Tel.: Amt I, 11879/79.

Gesangverein „Neu Erwacht“
 M. d. D. A.-S.-B. — Chorleiter: Heinz Bleil.
 Mittwoch, den 22. November (Bußtag):
KONZERT
 im großen Saale der Brauerei Friedrichshain (fr. Lippe)
 Am Königstor. 11856
 Zur Aufführung gelangt u. a.: „Andreas Hofer“,
 Oratorium für Männerchor, Soli und Orchester, in drei Teilen.
 Von Rudolf Wernner.
 Herausgegeben zum 100. Todestage Andreas Hofers im Jahre 1910.
 Mitwirkende:
 Frau Betty Schot (Sopran), Herr Gustav Franz (Bariton),
 Berliner Sinfonie-Orchester (Karl Wilhelm Fricke, 40 Musiker).
 Saalöffnung 6 Uhr, Anfang des Konzerts 7 Uhr abends.
 Eintrittskarten a 1 R. sind zu haben bei:
 N. Adler, Voltstr. 37. N. Schütte, Legler Str. 2.
 Bartsch, Neue Döbstr. 31. Schröder, Himmeld. Str. 17.
 Beyer, Biedersteinstr. 11. Weber, Kleinftr. 29 II.
 Dreßler, Ullrichstr. 18. O. Geh, Strahmannstr. 33.
 Gottschalk, Bismarckstr. 18. Järich, Kopernikusstr. 17.
 Driesener Str. 20. Kaul, Holzmarktstr. 42.
 Juhl, Badstr. 45/46. Wolf, Kochstr. 19.
 Raffert, Strecker Str. 23. SO. Horch, Angerstr. 15.
 Müller, Griebenowstr. 14. Schö, Heisenberger
 Rebas, Rosfelder Str. 12. Straße 119a.
 Otto, Graunstr. 4. S. Schleicher, Kämpfer. 45.
 Prinz, Beuntenstr. 25. G. Schulz, Admiraistr. 40a.
 Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Populäre Lieder
 im Blüthnersaal, Lützowstr. 76.
 Heute Sonntag, 22. Oktob., nachm. 4 1/2 Uhr:
Heiteres Konzert.
 Helene Lieban-Globig, H. Schmidt-Kayser, ein be-
 kannt. Rezitat., G. Lazarus.
 Karten a 0,60 und 1,20 inklusive Programm an der Kasse.

Excelsior-Lichtspielhaus
 Rixdorf Bergstr. 152-153
 Richardstr. 12-13 Passage
 21. bis 27. Oktober einschl.

Das Angstgefühl.
 In der Hauptrolle:
 Mlle. Polaire, spielerin. — Sensationsfilm.
Auf Leben und Tod.
 Dramatische Erzählung aus dem Amerikanischen.



Phoenix Brauerei
 Akt.-Ges.
 Berlin N. 20, Hochstr. 21-24

Ringfreie

Biere nach
 Pilsener - Münchener Art
 in Fässern und Flaschen.
 Täglich
 Große Frei-Konzerte.

Erstklassige Biere!

Gebr. Arnhold
Schwarzer Adler
 Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
 Jeden Mittwoch:
Leipziger Sänger. Erstklassige Herrngesellschaft
 mit nur künstlerischen Leistungen.
 Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Concordia - Festsäle
 Andreasstr. 64.
 Der große Saal ist Sonnabend, den 2. oder Sonnabend, den
 9. Dezember, frei und an Vereine resp. Gesellschaften zu vergeben.
Tag-Zigaretten.
 Fordern Sie bei Ihrem Zigarrenhändler die Fabrikate
 der Tag-Gen., Zigarettenfabrik Stuttgart. Tag-Gen. ist
 die einzige vom Gewerkschaftskartell anerkannte Ge-
 nossenschaftsfabrik Deutschlands. Jeder Raucher sollte
 sich von der vorzüglichen Qualität der Tag-Gen.-Fabrikate
 überzeugen. Zu haben in den Preislagen von 2-5 Pf.
 Keins Maschinenarbeit. Nur organisierte Arbeiter.
 Besondere Spezialität: **Tag-Gen. 3.**
 Mit und ohne Goldmundstück.
 Generalvertretung für Berlin und Brandenburg durch
Paul Horsch, Engolufer 15. 296/3

Nie wieder
 wird eine Dame eine andere als die allein echte
Steckenpferd-Littemilch-Seife
 von Bergmann & Co., Radebeul, à Stück 50 Pf. kaufen, sobald
 sie sich von deren Güte überzeugt hat, denn diese Seife erzeugt ein
 zartes, jugendfrisches Gesicht und blendend schönen Teint. Ferner macht
Creem „Dada“ (Littemilch-Cream)
 rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

Der Verkauf der zurückgelieferten
Monatsgarderobe
 des größten Abonnementshauses
 für feine Herrenbekleidung **J. STOCK & Co.** befindet
 sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr.,
 Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Heinrich Franck
 Tel.: Amt III 4352. **Brunnenstr. 22** 8-7 Uhr geöffnet.
 487 Rollen Sumatra u. Vorstenlanden
 — helle u. hellfahle Rechts- u. Linksroller —
 in den Herbstschreibungen neu gekauft!
Sehr billige Preise! Ich bitte um Lagerbesuch!

Achtung!
Sumatra-Umblatt
 Dritte und vierte Länge,
 Stück und Vollblatt per Pfund
M. 1,45 bis 2,20.
Hamburger Rohtabak-Haus
 Filiale: Berlin N.,
 Brunnenstr. 25. 295/13*

Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Erdbg.
 Tor. Eleg. Prad. Gebrod
 1,50, 2,00, 1,00, 2,50 Pf.

Paletots, Ulster
 Herrenanzüge
 in modernster Form, aus neuesten
 prima Stoffen, auf Hochhaar gearbeitet,
 m. feinst. Zutaten, n. Maß, 2 Anproben.
Von M. 40.— an.
 Für guten Sitz bekam lang. Kundenschaft
 Ein Versuch führt zu dauernder Kund-
 schaft. Verfertigung am Lager erbeten.
 Rein Kaufmann.
Wer — Stoff — hat
 fertige Anzug oder Paletot von
 M. 20.— an. — Bitte zum Prob-
 nehmen um Ihren Besuch. 159/1
Ludwig Engel Prenzlauerstr. 23 II
 (Hegendorferplatz).
 Begründet 1892

Geöffnet 8-8 Gezündet 1879 Sonntags 8-2

Moebel-Boebel
 res. geschüzt
Berlin S, Oranienstr. 58
 (direkt am Moritzplatz)
 Kein Laden! Verkauf nur I. Fabrikgeb.
 Nebensteh. Schlafzimmer 304—
 echt Eiche, gewachst M. 107.—
 1 Ankleidebank m. Spiegel M. 104.—
 2 Bettstellen à 52 M. M. 104.—
 1 Waschtische mit Marmor M. 35.—
 1 Nachtpiegel M. 26.—
 1 Nachttisch M. 20.—
 2 Stühle à 6 M. M. 12.—
 Umbau extra M. 55.—

Eigene Werkstätten 5 Jahre Garantie Besichtigung erbeten

Café Meyer
 Dresdener Str. 128/129.
 Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.
 ca. 50 Zeitungen; Billard 2 St. 40 Pf.
 Zahlstelle der Freien Volkshöhne.

Humor-Quartett
 Amt III, Berliner No. 9520
 Gg. Treuer Kartanienallee 60

Wundervoll gestickte
 ab- **Portièren**
 gepaßte (Uebergardinen für Fenster) (und Türchen)
 in Qualität: **M. pro Fenster:**
 Filztuch 3,35 bis 10,50
 Naturleinen . . 5,35 . 22,00
 Velvetplüsch . . 6,85 . 75,00
 Persisch (dopp- seitig) 9,75 . 36,00
 Koehelleinen . . 8,25 . 60,00
 Pa. reinw. Tuch 16,50 . 150,00
 Nach anwärts per Nachnahme.

Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
 Unterhalte nirgends Filialen!

Spezial-Katalog
 mit **600** Abbildungen
 etwa **600** Abbildungen
 in künstlerischer Ausstattung
 auf Wunsch gratis und franko.

+ Magerkeit +
 schwindet durch Haufe's Nähr-
 pulver „Thillossia“. Preisgekrönt
 Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund
 ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar.
 unschädlich. Viele Anerk. Karton
 2 M., bei Postversand Porto und
 Nachnahmespesen extra. H. Haufe,
 Berlin N., Greifenhagenstr. 70.
 Depots in folgenden Apotheken:
 Lothringenstr. 60, Elefant-Apo-
 theke, Leipzigerstr. 74, Weissen-
 burgerstr. 53, Potsdamerstr. 29,
 Köpenickerstr. 119, Bornburger-
 straße 3, Frankfurter Allee 74, Ros-
 enthalerstr. 61, Reinickendorfer-
 straße 1, Charlottenburg: Bismarck-
 str. 81, Spandau: Potsdamerstr. 40.

Obst- u. Gartenstädte
Verkauf
 v. Parz. m. fertig angelegten
 Obstgärten u. Ferienhäusern

Biesdorf
 Station der Ostbahn
 Rate 20 Mark an

Neu-Sadowa
 St. Sadowa, a. d. Strasse u. Biesdorf
 Rate 15 Mark an.

Kaulsdorf
 am Bahnhof
 Rate 12 Mark an

Petershagen
 Station Frederiksberg a. d. Ostbahn
 Rate 4 Mark an

Kleinste Anzahlung. Auch
 10 jährige Amortisations-Hy-
 pothek. Verkaufstellen auf
 den Geländen u. Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
 Berlin NO 43, Neue Köpenstr. 19
 Fernsprecher Amt VII, 6376.

Jandorf & Co

Spittelmarkt. Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser-Damm.

Billige Hochst-Woche

Damen-Konfektion

Soweit Vorrat

Blusen aus gemustertem Barchent, mit Satinbesatz und Schnur garniert	1.95	Sammetmäntel aus schwarzem Velvet, ca. 135 cm lang, ganz gefüttert, m. farbigen Tuchrevers	29.50
Blusen aus reinwollenem Popeline, ganz auf Futter, mit reicher Kurbel	4.25	Weissfuchs imitiert, doppelseitig, mit Kopf und Schweif....	6.95
Matinees aus Flanschstoffen, in verschiedenen Farben mit Stepperei	2.45	Alaskafuchs imitiert, doppelseitig, mit Kopf und Schweif ..	7.95
Unterröcke aus schwarzem Satin, gefüttert, mit farbigem Volant	2.95	Pelzkrawatte aus Fehwamme, m. versch. Garnierungen	6.75, 8.75, 10.75
Flauschpaletos moderne lange Fassons, mit farbiger Abselte....	14.75, 19.50, 24.50		

Perser-Teppiche

imitiert

ca. 125x180 160x230 190x290

4.75 7.95 11.75

Knaben-Konfektion

Knaben-Pelerinen a. dunkelgrauen Lodenstoffen, mit Kapuze und Trägern, für 8-14 Jahre durchweg **4.75**

Schüler-Hosen aus haltbaren farbigen oder blauen Stoffen, für 7-14 Jahre durchweg **1.95**

Schüler-Joppen aus grauen oder dunkelbraunen Winterlodenstoffen, warm Futter, freihlig, mit Brusttaschen für 9-14 Jahre durchweg **3.65**

Blusen- oder Sport-Anzüge aus haltbaren dunkelgrauen oder blauen Stoffen, für 3-9 Jahre **3.90**

Knaben-Paletots Kieler Fasson, aus blauem Winterstoff, gefüttert, mit Aermelstickerei und Goldknöpfen, für 3-9 Jahre **4.85**

Herren-Artikel

Oberhemden farbig Perkal mit festen Manschetten **2.25**

Oberhemden weiss, mit Piqué-Falten-Einsatz ... **2.75**

Oberhemden mit wascheisernen Einsatz, festen and 1 Paar Ersatzmanschetten..... **4.75**

Garnitur Servitour mit dazu passenden Manschetten, aus Waschseide..... **1.35**

Ulster-Hüte „Letzte Neuheit“ **1.95, 2.75**

Herren-Hüte schwarz, steif, Wollfilz, moderne Formen..... **2.45, 3.25**

Herren-Hüte schwarz, steif, „Haarfilz“, neueste Formen **3.75**

Velour-Teppiche

ca. 165x235 200x295

22.75 36.00

Galanterie

Salontisch nussbaum poliert, sechseckig, mit Goldgravierung **2.85**

Bauertisch mit nussbaum-fournierter Platte .. **2.85**

Paneelbrett nussbaumartig, ca. 110 cm lang **2.85**

Taschenremontoiruhr m. Charnier-Deckel, gutgehend, versch. Ausführ. **1.65**

Weckeruhr gutgehend..... **1.45**

Markttaschen aus kräftigem Rindleder **1.95**

Weisswaren

Jabots einseitig, Batist mit reicher Spitzengarn. **80, 95 Pfl.**

Ballschal „Japan, Reine Seide“, gross. Farbensort. .. **1.45**

Samttasche aus schwarzem Velvet mit langer Schnur **95, 1.95, 2.45**

Kinderhäubchen Elabärstoff, in versch. Farben **95 Pfl.**

Antoinettes-Fichus in eleganten Ausführungen **95, 1.95, 2.45**

Möbelstoffe

Fries für Fenstermäntel, viele Farben, ca. 130 cm breit Meter **1.75, 2.25, 3.50**

Schlafdecken mit hübscher Bordüre **1.85, 2.65, 3.95**

Schlafdecken mollett..... **3.75, 4.95, 5.85**

Steppdecken in vielen Farben **3.45, 5.25, 6.85**

Steppdecken Handarbeit **7.75, doppelseitig 10.50**

Ziegenfelle in vielen Farben ca. 70x170 cm **5.85**

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass

Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Maß-Schneiderei

Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
direkt am Hackeschen Markt | part. - Ecke Friedenstraße

Pelzschals, Pelzstolas, Pelzhüte

andere Stoffe gibt im Einzelnen ab

Pelzwarenfabrik Neue Promenade 6

gegenüber Bahnhofs-Büro (1. Stock vom Hackeschen Markt)

früher 33 Jahre Neue Königstrasse

Herrenpelze, Damenpelze

Reparaturen und Umänderungen nach neuesten Modellen

Samstage geöffnet!

Gardinenhaus Bernhard Schwarz

Gardinen- u. Vorhänge- Fabrik. Engros- und Detail-Verkauf.

Wallstr. 13 (dreizehn)

Stores Sonnenfenster Vorhänge

Kaufhaus Edelbetten Dekorationen

Erste Bezugsquelle

Lischdecken Divandeken Stoppdecken

Stoffstoffe Gobelin Rissen u.

Deutsche und Orient-Teppiche

Neubetten in allen Abteilungen

Vorjährige Güter unter Preis.

Erhebliche Vorteile beim Einkauf!

In einer der schönsten Gegenden der Mark am herrlich gelegenen Storkow-See entwickelt sich jetzt

Die „Landhaus-Kolonie Storkow“.

Es werden hier noch Land- und Wasserparzellen mit und ohne Waldbestand von 7-36 Zfl. pro □ Rute abgegeben.

Prospekte kostenlos, ebenso Führung bei Besichtigung ohne jede Verbindlichkeit.

Terraingesellschaft am Storkow- und Scharmlitzel-See m. h. H.

Unter den Linden 15. Telefon: 1. 1423.



Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen bunte Küchen auf

Teilzahlung

zu billigsten Preisen im Möbelhaus

Carl Barthel

Inh.: Joachim Hochmuth.

Amt 7 7589 O. 34, Zorndorfer Str. 54 Amt 7 7599

Riesen-Lager in separaten Räumen von Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen.

Wer einmal **Haloppi** probiert, raucht keine andere Cigarette mehr!

3 bis 5 Pfennig - Mit Gold-Mundstück - Ohne Mundstück - Mit Mundstück

Man verlange deshalb überall die Marke „Haloppi“

Versucht Goldfarb Opium mit Taback! Die besten Cigaretten aus dem Reich und dem Ausland.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Aus Industrie und Handel.

Umfang und Wirkung der Lebensmittelnot.

Reiches Material über diesen Gegenstand von internationaler Bedeutung teilte der Präsident des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, Genosse P. Jäggi, Basel, in einer Kreisversammlung für den Kanton Zürich mit.

Zucker (dessen Preis für die Schweiz an der Pariser Börse bestimmt wird) kostete 1910 noch 28 Frank für 100 Kilo, heute 64 Frank. In der nächsten Zeit werde er um weitere 50 Proz. steigen!

Dazu kommen gesteigerte Kohlenpreise. Durch die Kriegswirren ist die Getreidezufuhr vielfach ins Stocken geraten. Und bei einer Reihe der vorgenannten Artikel ist die Aufwärtsbewegung noch nicht am Ende.

Neben den natürlichen und in der kapitalistischen Entwicklung kurzweiligen Ursachen der Teuerung behandelte Genosse Jäggi die künstliche Verteuerung durch staatliche Maßnahmen näher.

Der Referent gab weiter Fingerzeige, wie die Konsumvereine die von anderer Seite verschuldete Not wenigstens mildern könnten. In der Diskussion trat die allgemeine Erbitterung zutage; man erklärte, daß ähnliche Ereignisse wie in anderen Ländern auch in der Schweiz möglich seien.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Hauberkträger. Montag: Der Waffenschmied. Dienstag: Der Liebestaum. Mittwoch: Madama Butterfly. Donnerstag: Siegfried. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Rigoletto. Sonnabend: Samson und Dalila. Sonntag: Bajazzo. Coppelha. Montag: Einhorn-Konzert und Matinee. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. Abends: Antigone. Montag: Es lebe das Leben. Dienstag: Antigone. Mittwoch: Es lebe das Leben. Donnerstag: Jopf und Schwert. Freitag: Der Herr von Kirchfeld. Sonnabend und Sonntag: Es lebe das Leben. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsche, englische und amerikanische Ulster-Moden 1911/12



Fertige Ulster in unseren Kleiderwerken hergestellt

Table listing 16 different Ulster styles with their respective prices in Marks (M.).

Jeder Ulster ist, falls nicht vorrätig, beliebig in den oben abgebildeten 10 Formen ohne Preiszuschlag schnellstens lieferbar.

Auswärtige Bestellungen werden sorgfältigst erledigt. Versand-Bestimmungen: 1. Leicht handliche Maß-Anleitungen werden portofrei versandt.

BaerSohn Kleider-Werke Deutschlands größte Fabrik dieser Art. Chausseestraße 29-30 Gr. Frankfurter Straße 20. 11 Brückenstraße 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Auswärtige Bestellungen werden sorgfältigst erledigt. Fortsetzung der Versand-Bestimmungen: 4. Obige Preise verstehen sich für normale Herrenfiguren, die einen Brust- u. Leib-Umfang bis 108 cm haben...

Öffentliche politische Versammlungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 24. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in den Konfordia-Festsälen, Andreasstr. 64.

Tagesordnung:

1. Die Sozialdemokratie im Rathaus. Referent: Stadtverordneter W. Hanasse.
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer: Paul Hoffmann, Köpenicker Str. 28.

Öffentl. Kommunalwähler-Versammlung

für den 13. und 14. Kommunal-Wahlbezirk

Dienstag, den 24. Oktober 1911, abends 8 Uhr, in den Ritterfälen, Ritterstr. 75, und in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.

Referenten: die Stadtverordneten Dr. Zadek und E. Wurm.

2. Aufstellung der Kandidaten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Wahlkomitee: S. H. Kug. S. G. H., Rauschstr. 30.

1. Kommunalwahlbezirk.

Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Wählerversammlung

Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter Dr. Kurt Rosenfeld.
2. Diskussion.
3. Aufstellung des Kandidaten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer: A. Haeker, Ringelstraße 89.

2. Wahlkreis.

Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Wählerversammlungen

2. Kommunalwahl-Bezirk bei Meyer, Oranienstraße 103,

3. und 4. Kommunalwahl-Bezirk in Nihil's Festsälen, Dammwegstraße 13,

5. Kommunalwahl-Bezirk in den Kreuzberg-Festsälen, Kreuzbergstraße 48.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten.

Referenten: Grunewald, Sassenbach.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

24. Kommunalwahlbezirk.

Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Union-Sälen, Greifswalder Str. 22:

Öffentliche Wählerversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter Ferd. Ewald.
2. Diskussion.
3. Aufstellung des Kandidaten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer: E. Rosemann, Bismarckstr. 61.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Linoleumleger und Teppichnäher! Achtung!

Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Langnitschke.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Wir erwarten, daß alle zur Zeit in der Linoleum- und Teppichbranche arbeitenden Kollegen die Versammlung besuchen. Die Branchenleitung.

Königsbank

117 Gr. Frankfurter Str. 117.

Sonnabend im Monat März 1912 unter bekannter Kulanz noch zu vergeben.

Beste Besetzung erbittet

VII. 1374. Kurt Breuer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstr. 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Dienstag, den 24. Oktober 1911, abends 5 1/2 Uhr: **Versammlung**

aller Metallarbeiter Tempelhofs

im Lokal „Wilhelmö Garten“ (Inh. Schmidt), Tempelhof, Berliner Straße 9.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Fritz Karl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen der Firmen Ernede, Stabernack, Fern u. Ludewig, Fritz Andree u. Co. und F. ter Welp sind besonders eingeladen. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche

Mittwoch, den 25. Oktober 1911, abends 6 Uhr, gleich nach Feierabend, bei Jannaschk, Inselstr. 10:

Firmen-Versammlung

für alle bei der Firma Herm. Ring, Nachfolger Adolf Wildhagen beschäftigten Putzer, Träger und Rabitzspanner.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Wir eruchen alle bei der Firma Wildhagen beschäftigten Kollegen für einen guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

140/14 Der Sektionsvorstand.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

General-Versammlung

haben nur Mitglieder gegen Vorlegung einer Legitimation Zutritt.

Der Vorstand: H. Junger, G. Müde.

Achtung! Glassehleifer u. Glasbläser.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr: **Versammlung der Zahlstelle Berlin** bei Vocker, Weberstraße 17.

Tagesordnung: 1. Vortrag über „Gewerkschaften und Arbeitslosen“. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Bericht vom Internationalen Kongress. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 24. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr, in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtv. Genosse Dr. Weyl.
2. Aufstellung der Kandidaten.

Mitgliedsbuch legitimiert?

222/2*

Der Vorstand.

Schöneberg.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 24. Oktober 1911, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathausfälen, Reiniger Straße 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Referent: Gen. R. Käter.
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Kandidaten.
3. Verschiedenes.

15/18

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Engelauer Nr. 14/15. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Tel.: IV, 2382, 4747.

Achtung! Delegierte zur örtlichen Generalversammlung! Achtung!

Donnerstag, den 26. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

in der Brauerei Königstadt (großer Saal), Schönhauser Allee 10/11.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen.
2. Geschäfts-, Massen- und Arbeitsnachweisbericht für das 3. Quartal 1911.
3. Erledigung eingegangener Anträge.
4. Verschiedenes.

Die gewählten Delegierten sind hierzu freundschaftlich eingeladen. — Legitimationskarte und Mitgliedsbuch sind mitzubringen und zwecks Kontrolle am Eingang zur Versammlung vorzulegen.

Ohne Karte und Buch kein Zutritt.

Wer über 8 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.

Die Bezirksverwaltung. S. H.: A. Werner.

Achtung! Herrenstapelkonfektion. Achtung!

Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Ringstr. 17:

Versammlung

der Zwischenmeister der Herrenstapelkonfektion.

Tages-Ordnung:

Die Forderungen der Gesellen und welche Stellung nehmen die Zwischenmeister hierzu? Referent: Kollege M. Zydowar.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung erwartet zahlreiches Erscheinen

Die Kommission. S. H.: D. Joseph.

Die bei den Zwischenmeistern beschäftigten Gesellen werden gebeten, dieser Versammlung fernzubleiben.

Zähne 180 M.

Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen in örtlicher Betäubung pr. Zahn 1 M.

Reform Zahn-Praxis Carl Rudolph

1. Praxis: Elsasserstr. 17/18
2. Praxis: Oranienstr. 61.
3. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
4. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 109.
5. Praxis: Spandau, Neuendorfer Straße 106.
6. Praxis: Potsdam, Charlottenstr. 85 I.

Teilzahlung!

Elsasserstr. 17-18. Wöchentliche und monatliche Teilzahlungen zugelassen. — Verlangen Sie kostenlosen Besuch eines Vertreters!

Jungfernhelde — Waldkater.

Am Sonntag, den 22. Oktober:

Großes Schlachtfest.

Ohne Anzahlung

hilft an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate kann Vereinbarung und bequemster Abzahlung komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Kissen, Portieren, Gardinen, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner:

Garderobe für Herren, Damen u. Kinder sowie Pelzgarnituren, Stolas, Mäffen

S. DORN Weinmeisterstr. 9

Ecke Alte Schönhauser Straße

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Theater-Vorstellung

Sonntag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, in „Moerens Fest-sälen“, Koppenstr. 29a. Zur Aufführung gelangt: „Der Graf von Luxemburg“. Willt 50 Pf.

Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung für alle der Orts-Frankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter angehörigen Verbandsmitglieder.

1. Die am 6. November stattfindenden Delegiertenwahlen. 2. Aufstellung der Kandidatenliste.
Bei der gegenwärtigen wichtigen Bedeutung der Frankenkassenwahlen ist das zahlreiche Erscheinen der Verbandskollegen und -Kolleginnen, soweit sie Mitglieder obiger Klasse sind, dringend erforderlich.
Mitgliedsschein des Holzarbeiter-Verbandes legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Ladeneinrichtungs-, Kontormöbel- und Kiefern Möbelbranche.

Montag, den 23. Oktober, abends 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend):
Branchen-Versammlung
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27e.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Reiche. 2. Branchenangelegenheiten.

Bautischler.

Montag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung:
Das Frühjahrsmitgliedersystem in der Bautischlerbranche.

Branche der Möbelpolierer, Beizer und Magazinarbeiter!

Montag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, in den Prachtsälen Alt-Berlin, Blumenstraße 10:

Branchen-Versammlung

1. Reichstagswahlen und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften. Referent: Reichstagsabg. Otto Büchner.
2. Antrag Schöbelen: Aufhebung der Arbeitsvermittlung des Reichstags. 3. Verschiedenes.

Bezirk Weißensee.

Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Prälaten, Lehderstraße 122:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen H. B. Laubmann: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in der Gemeinde Weißensee. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Gewerkschaftsleiter. 4. Verbandsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Bodenleger.

Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Branchenangelegenheiten.

Tischler, Möbeltischler, Polierer, Maschinenarbeiter, Drechsler usw. Bezirk Norden.

(Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.)
Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, bei Obigis, Schwedter Str. 23:

Gemeinsame Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fiedler. 2. Verbandsangelegenheiten.

Schirmmacher.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Schwann, An der Stralauer Brücke 3:

Versammlung

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Arbeitersaal:

Versammlung

Branchen der Bürsten- und Pinselmacher Berlins und Umg.
Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Preuß, Holzmarktstr. 65:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Fortschritt in der Bürstenmachereibranche. Referent: Kollege Schmalbach. 2. Branchenangelegenheiten. — Mitglieder sind mitzubringen.

Branche der Jaloufierearbeiter.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Docter, Weberstraße 17:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Thomale über: „Außen-gewerbliche Fragen“. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchen-angelegenheiten.

Stellmacher.

Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht vom dritten Quartal. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Bezirk Schöneberg.

Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokal Neue Rathsausäle, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 69:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Eduard Bernheim über: „Deutsch-englische Wirtschaftskämpfe“. 2. Verbandsangelegenheiten.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Königshof-Restaurant“, Holzmarktstraße 72:

Vertrag des Herrn Julius Rubin über: „Gerhart Hauptmann und das moderne Drama“. Eintritt 20 Pf. Garderobe frei. 6/15

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 21. Oktober, abends 9 1/2 Uhr, im großen Saal des Volkshauses, Köpenicker Str. 3:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Südekum.
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehenden Stadterverordnetenwahlen.
4. Verschiedenes.
Wir möchten darauf aufmerksam, daß der Vortrag präzis 9 1/2 Uhr beginnt und bitten die Genossen, rechtzeitig zu erscheinen. Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Gels- und Fingierker zu Berlin.

Delegiertenwahl.
1. Die Wahl von 60 Delegierten der Teilnehmer für das Jahr 1912 findet am Dienstag, den 31. Okt. cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 3) statt, wozu sämtliche groß-jährigen Kassemitglieder hiermit ein-geladen sind. Quittungsbuch oder Bescheinigung vom Arbeitgeber legiti-miert. 2. Feststellung des Wahlresultats. — Anträgen, welche Einfluß in die Kassendügel haben, müssen spätestens 3 Tage vorher im Kassensaal angelegt werden, widrigenfalls selbige nicht berücksichtigt werden können.
Abends 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr findet im Saal 2 die Wahl von 29 Dele-gierten der Arbeiter statt, wozu sämtliche Arbeiter, welche ein Drittel aus eigenen Mitteln zur Kas-se zahlen, hiermit eingeladen sind. — Nach 8 1/2 Uhr Feststellung des Wahlresultats.
Berlin, den 21. Oktober 1911.
13048 Der Vorstand.
H. v. D. Schütt, Vorsitzender.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Nowales u. Umg.

Am Montag, den 6. Nov., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Schmidt, Wilhelmstr. 41 (Kleiner Saal) eine
Ordentliche General-Versammlung
statt, zu welcher die Delegierten hier-mit ersucht werden.
Tagesordnung:
1. Berichtliche Mitteilungen.
2. Wahl des Rechnungsausschusses für das Rechnungsjahr 1911. 3. Be-richtserstattung vom Kassenschatz-behalten in Dresden. 4. Statuten-änderung (§ 45 Abs. 2). 5. Ver-schiedenes. 279/11
Anträge zu dieser Generalversam-mlung müssen 10 Tage vor derselben bei dem Vorsitzenden eingereicht werden. (§ 51 des Statuts).
§ 45 Abs. 2 des Statuts soll folgenden Wortlaut erhalten: Die gerichtliche und außergerichtliche Ver-urteilung der Kasse mit Einfluß der-jeligen Geschäftse und Rechts-handlungen, für welche nach den Gesetzen eine Spezialvollmacht er-forderlich ist, wird von dem Vor-sitzenden in Gemeinschaft mit dem Schriftführer wahrgenommen. Ihre Legitimation bei allen Rechtsgeschäften erfolgt durch die Be-zeichnung der Kassenschatzbedirde, daß die darin bezeichneten Personen aus-zeit die bezeichneten Stellen im Vor-stand bekleiden.
Nowales, den 21. Oktober 1911.
H. Kerker, Vorsitzender.
K. Witt, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher zu Berlin.

Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Reißens-Sälen“, Landsberger Str. 31:
Versammlung
für Arbeitgeber und Kassemitglieder.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Kassenschatzongang zu Dresden. Referent: Kassenschatz-berer Wendig. 2. Diskussion. 3. Ver-schiedenes. 279/13 Der Vorstand.

Confection

i. d. neuzeitl. Paletots 25 M. Parfums, in 25 an. Flauchstoffen etc. von in engl. Seal. Paletots 35 M. Nord und Velvet von in reichster Ausw. 25 M. engl. Stoff u. Kam. v. 25 an.
Kostüm-Röcke 450 in großer Auswahl von zu sehr billigen Preisen.
Abendmäntel
C. Pelz Kotthaus Str. 5.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Str. 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.).
II. Gesch.: Berlin NO., Große-Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andrusstraße).
Sohrgr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schlei-er etc. v. einfachsten bis zum hochhelegant. Genre. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Kaffanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Stegdecken

kauft man nur am besten und billigsten direkt in der Spezial-Fabrik
Bernhard Strohmadel, Berlin S., 72 Wallstr. 72, Ecke Spittelmarkt, Seydelstr., Joachimsthaler Straße 25-26.
Kaufarbeiten aller Stegdecken billigst. Musterk. Preisver. gratis u. franko.

Dr. Thompson's Seifenpulver

bestes Waschmittel
Erfahrener Künstler erteilt nach doppelt löblicher Methode sehr er-folgreichen
Violinunterricht.
Einzelnunterricht per Stunde 1,25, 1/2 Stunde 1 M., 2 Schüler zu-sammen per Stunde 1,50. Häreses-unter, Pöhligerstraße 457, Postpost-amt Berlin.

Beinkranke

Behandlung der meisten Haut- und Beinleiden ohne Operation, ohne Berufsunfähigkeit, fast schmerzlos in
Dr. Strahl's Institut
G. u. b. H., Berlin.
Charlottenstr. 22
GR. FRANKFURTERSTR. 30
Sprechst. 9-12 u. 5-6
Sonntags 10-12 u. 3-5
Prospekt gratis. Zahnärztliche Kl. 14.

Unserem Parteipeditour und Stadtvater Genossen
Gustav Scharnberg
u. seiner lieben Frau zu dem am Montag, den 23. Oktober 1911 stattfindenden 25-jährigen Jubiläum die herzlichsten Gratulationen und Glückwünsche.
Der Volkshaus-Stammtisch.

Der Wahlverein Rudow wünscht dem langjährigen und tüchtigen Parteigenossen
Wilhelm Nagott
nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.
Der Vorstand.

Posten Pelzmuffen für Damen, moderne Formen, von R. J. — an, zu verkaufen.
Gottheimer, Spandauer Str. 9, Laden.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Stralauer Viertel. (Bezirk 143.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Wilhelm Pankow
Königsberger Str. 5/6 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Götlicher Viertel. (Bezirk 181.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-arbeiter
Felix Engel
Luisen Str. 51 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Oktober, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rix-dorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Stiller



Gegr. 1867

Gegr. 1867

Großer Umzugs-Ausverkauf

Jerusalemmer Strasse 38-39, am Dönhoffplatz.

Nur noch diese Woche!

In Rücksicht auf den am Sonnabend bestimmt stattfindenden Schluss unseres Ausverkaufes haben wir, um vollständig zu räumen, weitere neue grosse Preisermässigungen auf die noch vorhandenen Bestände unseres Warenlagers vorgenommen und bietet sich für jedermann eine nie wiederkehrende Gelegenheit zu einem überaus günstigen Einkauf von Schuhwaren aller Art für Herren, Damen und Kinder.

Eröffnung unseres Haupt-Geschäftes im eigenen Hause Montag, 30. Okt.

Jerusalemmer Strasse 32-35, Ecke Leipziger Strasse, am Dönhoffplatz

Extra billig!

Grosse Posten Leinen-Stiefel u. Leinen-Schuhe für Damen, unsortiert, durchweg

1⁹⁵

Ganz besonders preiswertes Angebot

Grosse Posten Herren- und Damenstiefel in besten Qualitäten, nur grosse u. kleine Nummern, weil unsortiert, durchweg

5⁶⁵ Wert bis zu M. 18.00 7⁶⁵

Grosse Posten eleg. Damen-Halbschuhe zum Schnüren und auch mit Spangeln, in vielen Arten, weil unsortiert, durchweg

3⁶⁵ Wert bis zu M. 15.50 5⁶⁵

Extra billig!

Damen-Tanz- und -Abend-Schuhe in den elegantesten Ausführ., unsort., durchweg

2⁶⁵ und 4⁶⁵

Aeusserst preiswert!

Grosse Post. Herren-Schaft-Stiefel in verschiedenen Ausführ., nur kleine Nummern, Wert bis zu M. 21.- durchweg

8⁹⁵

Posten regulärer Herren- und Damenstiefel

Erstklassige Fabrikate in vorzüglichen Qualitäten, in Boxkalf, Chevreau, schwarz und braun, Chevreau mit Lackbesatz, sowie Stiefel mit Stoff- und Wildleder-Einsätzen, Stiefel mit Doppelsohlen, teilweise unsortiert

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
7 ⁹⁵	9 ⁹⁵	11 ⁹⁵	13 ⁹⁵
früh. 10.50	früher 12.50	früher 15.50	früher 18.00

Aeusserst preiswert!

Grosse Posten Herren-Einsatz-Stiefel, lederartig, Stoff, in vielen Modefarben, mit Chrom- und auch Rindlackbesatz, früher Mark 18.00

13²⁵

Damen-Haus-Stiefel

Große Posten Chagrin-Leder mit Filzfutter und Pelz-Besatz schwarz, braun, bordeaux, in Ausführung, weil unsortiert

4⁸⁵ Wert bis 9.50 4⁸⁵

Damen-Tanz-Schuhe

in hocheleganten Ausführungen, in Chevreau, Lack, Bronze, Atlas, weiss Glacé, Gold, etc.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
7 ⁸⁵	8 ⁸⁵	10 ⁸⁵	12 ⁸⁵
früher 10.50	früher 12.50	früher 15.50	früher 18.00

Prakt. Haus-Schuhe

Große Posten für Herren und Damen in Leder, Stoff u. Kamelhaarart durchweg

1⁷⁵ und 2⁷⁵

Grosse Posten Kinder-Stiefel zu beispiellos billigen Preisen!

Serie I

Kinder-Schnür u. Knopf-Stiefel, verschiedene Oberlederarten, schwarz u. braun			
25-27	28-30	31-35	36-39
3.65	4.65	5.65	6.65

Serie II

Kinder-Schnür u. Knopf-Stiefel, Boxkalf, Chevreau, schwarz, braun, beige und weiss Glacé			
25-27	28-30	31-35	36-39
4.65	5.65	6.65	7.65

Serie III

Kinder-Schnür u. Knopf-Stiefel, Boxkalf, Chevreau, schwarz, braun und Lackbesatz, randgenäht			
25-27	28-30	31-35	36-39
6.65	7.65	8.65	9.65

Knaben-Schnür-Stiefel
schwarz u. braun, verschiedene Oberledersorten, dauerhafter Schukstiefel

31-35	36-39	31-35	36-39
5.65	6.65	und	6.65 7.65

Grosse Restbestände vieler Arten
Kinder-Spangeln-Schuhe und
Kinder-Ohren-Schuhe
Baby-Schuhe

Mädchen-Knopf-Stiefel
in verschiedenen Oberledersorten, schwarz und farbig, extra billig!

25-27	28-30	31-35
3.20	4.20	5.20

Kein Kaufzwang! □ Keine Auswahlendungen! □ Kein Versand! □ Kein Umtausch!

Gerichts-Zeitung.

Einem Denunzianten im Deutschen Jugendbund

Hat es ein 22 Jahre alte Schloffer zu danken, daß er auf die Anklagebank kam. Am 17. November v. J. hielt der Deutsche Jugendbund eine öffentliche Versammlung im „Marinehaus“ ab. Dort zog der antisemitische Fanatiker Döring über die sozialdemokratische Jugend her und erging sich in deutschnationalen Phrasen. Der junge Schloffer, ein Anhänger der freien Jugendbewegung, knüpfte als Diskussionsredner an eine Bemerkung des Referenten über die Offiziere an. Dabei soll er Äußerungen getan haben, die den Kommandeur des Füsilier-Regiments Nr. 15 in Thorn veranlaßte, Strafantrag wegen Beleidigung der Offiziere des genannten Regiments zu stellen. Die Anklage, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, behauptet, der Angeklagte habe gesagt, die Offiziere schänden die Kruten. Als die Versammlung dagegen protestierte, habe er gesagt, sein im Füsilier-Regiment Nr. 15 dienender Bruder habe ihm geschrieben, aus einer 12 Mann starken Korporalschaft seien acht Mann entlassen worden, weil sie infolge von Mißhandlungen den Dienst nicht mehr verrichten konnten. — Der Angeklagte bestreitet, derartige Äußerungen zu haben. In der Versammlung sei er oft durch Zwischenrufe unterbrochen worden, augenscheinlich in der Absicht, ihn zu verwirren. Es habe sich ein derartiger Tumult erhoben, daß er tatsächlich verwirrt und aufgeregt worden sei und deshalb nicht mehr wisse, was er gesagt habe. Jedenfalls könne er sich nicht auf einen Brief seines Bruders berufen haben, denn sein Bruder habe ihm gar nichts von Mißhandlungen geschrieben. Er könne auch nicht behaupten, daß in dem genannten Regiment Mißhandlungen vorgekommen seien.

Der Leiter der Jugendbundesversammlung, Bankbeamter Heinemann, bestätigte die Angaben der Anklage, während zwei andere Zeugen angaben, sie hätten die dem Angeklagten zur Last gelegten Äußerungen nicht gehört. — Auf weitere Beweiserhebung wurde verzichtet. Unter den nicht vernommenen Zeugen befand sich ein Hauptmann und ein Oberstabsarzt aus Thorn sowie der noch im Regiment dienende Bruder des Angeklagten.

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 200 M.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, führte aus, es sei doch nicht mit Sicherheit festgestellt, daß der Angeklagte die betreffende Bemerkung gemacht habe. Wenn er in seiner Erregung vielleicht etwas Ähnliches gesagt haben sollte, so sei zu berücksichtigen, daß er als Sozialdemokrat durch die gegen die Sozialdemokratie gerichteten Ausführungen des Referenten aufgeregt

worden sei, ferner, daß der Angeklagte ein unbescholtener junger Mann sei und daß seine Äußerungen unbeachtet vorübergegangen wären, wenn nicht ein Denunziant dem Regimentskommandeur Mitteilung gemacht hätte. Tatsächlich lämen doch fortgesetzt Soldatenmißhandlungen vor und sie seien, wie der Kriegsminister im Reichstage anerkannte, nicht auszurotten. Darüber könne man sich wohl aufregen. Wenn der Angeklagte in der Erregung eine unbedachte Äußerung getan haben sollte, dann sei das nicht so schwerwiegend, daß die beantragte hohe Strafe gerechtfertigt wäre.

Das Gericht hielt die Behauptungen der Anklage als erwiesen durch die Angaben des Zeugen Heinemann. Der Angeklagte wurde zu — zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Gayer, in der Urteilsbegründung sagte, hat das Gericht die Jugend, die Unbescholtenheit und die durch Dörings Rede verursachte Erregung des Angeklagten berücksichtigt, aber auch erwoogen, daß die Beleidigung außerordentlich schwer sei und der Angeklagte bei den jüngeren Leuten Abscheu vor dem Militär habe erregen wollen. Deshalb sei auf Gefängnisstrafe erkannt.

Von der Zeugenbank, wo Döring und Heinemann saßen, klang beifälliges Murmeln herüber, als man hörte, daß über das Opfer deutschnationaler Denunziation Gefängnisstrafe verhängt ist. Die Jugend kann nur dringen vor Versammlungen gewarnt werden, in denen ein Mann wie der Antisemit Döring seine Erziehungskünste übt und von der aus Denunziantenstücklein verübt werden. Möge die deutsche Jugend des alten Wortes eingedenk bleiben: Der größte Lump im deutschen Land, das ist und bleibt der Denunziant.

Der „Onkel aus dem Abgeordnetenhaus“

spielt in einem Betrugsprozeß eine Rolle, welcher die Strafkammer beschäftigte. Angeklagt wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung war die Verkäuferin Helene Karbach. Die Angeklagte, deren Mutter Bedienungsfrau im Abgeordnetenhaus ist, kam auf den Gedanken, das Elternhaus zu verlassen und sich eine eigene Wohnung einzurichten. Sie suchte einen Möbelhändler auf und legte diesem einen Brief, der mit dem Namen eines Abgeordneten unterzeichnet war, vor. Im Brief erklärt der Schreiber, daß er für die von seiner Nichte gekauften Möbel Zahlung leisten werde. Wie sich ergab, hatte die Angeklagte sich einen Briefbogen, wie sie den Abgeordneten zur Verfügung stehen, zu verschaffen gewußt und dann den Inhalt gefälscht. Als der Möbelhändler längere Zeit vergeblich auf Bezahlung warten mußte, erkundigte er sich näher und erfuhr, daß die ganze Geschichte von dem „Onkel Abgeordneten“ Schwindel war. Er holte die Möbel wieder ab und Helene kehrte reuevoll in das Haus der Mutter zurück. Das Gericht erkannte wegen des Betruges auf Freisprechung, wegen der Urkundenfälschung wurde die Angeklagte zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Ein Bruhnprozeß.

Eins der vielen Nachspiele, welche der Wahrheitsprozeß gezeitigt hatte, gelangte gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Boigt zur Verhandlung. Wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten und Verlegers der „Wahrheit“, Wilhelm Bruhn, war der verantwortliche Redakteur des „Dresdener Anzeigers“, Prof. Dr. Leonhard Bier, angeklagt. Zur Anklage stand ein im „Dresd. Anz.“ vom 10. November v. J., also nach dem Wahrheitsprozeß, erschienener Artikel mit der Überschrift: „Freisprechen — aber gerichtet“. In diesem Artikel, welcher verschiedene als formelle Beleidigungen anzusehende Ausfälle gegen Bruhn enthält, wird die Ansicht vertreten, daß Bruhn, trotz seiner Freisprechung, als moralisch verurteilt anzusehen sei. In der Urteilsurkunde, welche die Strafkammer des Landgerichts I ausdrücklich gesagt hat, daß Bruhn nicht nur aus tatsächlichen Gründen freigesprochen sei, sondern auch, daß gegen ihn nicht einmal der Vorwurf erhoben werden könne, daß er vom moralischen Standpunkt in unzulässiger Weise vorgegangen sei. Man sollte annehmen, daß ein jeder das Urteil eines deutschen Gerichts achtet und nicht hinterher, veranlaßt durch die gegnerische Parteipresse, Verdächtigungen ausstreuen, die völlig haltlos sind. Da es sich um schwere Beleidigungen handelte, empfahl sich eine empfindliche Geldstrafe. — Das Gericht kam nach längerer Beratung zu der Verurteilung des Prof. Dr. Bier. Das Urteil lautete auf 400 M. Geldstrafe, auch wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fachstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonntags, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Nachsatz und eine Post als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erzeit. Anfragen, denen keine Abonnementsentwöhnung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

23. 10. 1000. Hebammenkranke in der Igl. Charité, Schumannstraße 21/22. Kurios: 1. Oktober bis Ende März. Beim Eintritt 200 M. — für Bücher und Instrumente 37 M. — Alter nicht unter 20 und nicht über 30 Jahre. Nebenbei beim zuständigen Kreisarzt, dann beim Igl. Polizeipräsidenten. — T. M. 70. 1.—3. Sie müssen sich die Statuten genau ansehen. Vor ähnlichen Fällen ist vielfach gewarnt! 4. Nebenfalls nur Erlaß, wenn Ausgaben nachgewiesen. Die Beantwortung von Fragen am Tage des Einanges ist unmöglich. — 3.—be. Die gewünschte Aufklärung dürfte Sie auf Anfrage in jeder Kommunalwähler-Versammlung erhalten. Auch jeder Stadtverordnete gibt Ihnen Auskunft. Der Raum des Briefkastens reicht dazu nicht aus. — M. F. 85. Die Gefährlichkeit ist uns nicht bekannt. — G. J. 86. Dann wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden der Gärtnerei, Berlin S. 42, Luisenwer 1. — W. R. Spul. Da die vermeintlichen Spulgeister in der Regel greifbare Gestalten sind, teilen Sie Ihre Erlebnisgeschichte bald dem zuständigen Polizeipräsident mit. — R. G. 47. Ob nach der Richtung einwandfrei, wissen wir nicht. — 2. 2. Bedenken liegen nicht vor. — R. N. Wir lehnen dankend ab.

Wißt aus Opuseln, sondern aus noch so kleinen Blatz moire? Großmännchen Blatzkoffen Inszenieren!

Low Ofafall mouff' s!

Reste Damantuche, schwarz u. farbige, Kostümstoffe, neue! Must. Saldo, Sammete, Besätze, Futterstoffe, Plüsches, Mänteln, Chev. Kammergarn zu Anaben-Anzügen. Konfektion: Paletots, Kostüme, Röcke, Kinder-Konfektion, auch gediegene Maß-Anfertigung. Stets Gelegenheitskäufe! Paul Karle, Warschauerstr. 18. [*

Lombard-Haus H. Graff, Leipziger Str. 75 Brillanten Uhren Goldwaren 25—50 % unter Ladenpreis. 10 Mark monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrenschränke nach Maß J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstr. 110. (Billige Preise!) Verkauf Preisermäßig. J. gut. Sitz w. garant., eigenes Stofflag.

Stempelgeschäft verbunden mit Buchdruckerei seit mehr als 30 Jahren bestehend, viele behördliche und sonstige Stammlandschaft, ist in süddeutscher Großstadt zu verkaufen. Das Geschäft läuft von selbst, erfordert keine Kenntnisse, hat geringe Regie, buchmäßig nachweisbaren Reinertrag von circa 7000 Mark und ist ebenso für tüchtigen Kaufmann wie Fachmann geeignet. Preis 25 Mille, erforderlich 10 Mille bar. Offerten unter N. D. 1335 an die Annoncen-Expedition „Zentralblatt“, München. 252/6

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten! Man kaufe nur in unseren Läden — oder durch deren Agenten. — Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin, Leipziger Str. 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen. Eine Broschüre mit Anleitung zum Stopfen von Wäsche wird gratis an Jedermann abgegeben.

Pelzwaren Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjacken, Pelze, Kindergarnituren usw., usw. Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. Tausende Sachen am Lager. Auch Einzelverkauf z. billigen Preisen. Ferdinand Kallman, Kürschnermeister, nur Kommandantenstr. 16, 1. Haus v. Dönhoffpl. Telefon 1, 3917. Geegründet 1894. Kronleuchter-Fabrik. Größte Auswahl. Verkauf zu billigen Fabrikpreisen. a. Private. — Musterbuch — n. außerhalb franko. Auf Wunsch kulante Zahlungsbedingungen ohne Preisermäßigung. Siegel & Co., Prinzenstraße 33. In einem neuerrichteten Häuserkomplex Straße 22a an der Mäntelstraße sind geeignete Räume für Restauration zu vermieten. Räderes (8 bis 10 Uhr) beim Eigentümer H. Schweriner, Neue Winterfeldtstraße 25. 272/11*

Pelzstolas, Taschen - Muffen usw. Nach boandeter Engros - Saison Einzelverkauf zu Engros - Preisen. R. Michaelis, Gr. Frankfurterstr. 99, vis-à-vis Straußberger Platz. Reparaturen und Änderungen.

Enorm billig Vorjährige feinste Ulster-Anzüge von 20-60 M. Billige Hosenwoche. Versandhaus Germania Unter den Linden 21.

Holzhäuser von 200,00 M. einjäh. Aufstellung an Stein, Prenzlauer Allee 90. VII, 6672.

Gneisenaustraße 10, S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für Möbel jeder Art. Kassa und Teilzahlung.

Berlin, Alte Jakobstr. 124. Elektro-Technikum gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-, Maschinen-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Wertmeister-, Monteur-Ausbild., Maschinenlaboratorium. Neuer Abendkursus. Prosp. frei E. Schramm.

Abendkurse Berlin, Neanderstr. 3 Technikum, Bauschule. Direktor: Königl. Regierungs - Baumeister a. D. Arthur Werner. Prospekta kostenfrei.

Mein Möbel-Abzahlungs-Vertrag schützt Sie vor Willkür u. Ueberverteilung, da Sie für die Hälfte der jeweilig gezahlten Raten- summe Möbel als Eigentum beanspruchen können. Sie können also niemals das ganze gezahlte Geld verlieren! Solide Preise. Coulaute Bedingungen. Spezial-Möbel-Haus Siegmund Misch Dresdener Straße 16, I., II. u. III. Etage.

Falls Sie es noch nicht wissen sollten: Jeder Rolle des echten Grimm & Triepel ist ein Zettel in Rotdruck beigelegt. Fabrik von Grimm & Triepel in Nordhausen. Spezialität: Kau-Tabak. Nordhäuser Kau-Tabak.

Liste derjenigen Fabrikanten, die den Lohnarif der Zigarrenarbeiter von Groß-Berlin

bewilligt, sowie derjenigen Fabrikanten, die sich mit ihren Arbeitern im Einverständnis mit der Organisation geeinigt haben.

Parteienossen, Arbeiter, Interessenten, Handver! Wer die Tabakarbeiter in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen gewillt ist, beziehe seine Waren von nachstehenden Zigarrenfabrikanten. Uecht Solidarität!

- Westen: Wilhelm Göse, Ruchstr. 27. Otto Schirmer, Frankfurter Allee 7. ... Süden: Emil Gaster, Luchstr. 48. ... Nordosten: Marie Klotz, Balladenstr. 101 pl. ...

Achtung, Raucher! Kauft nur in solchen Geschäften, wo sich unser grünes Plakat, unterzeichnet: Der Vertrauensmann. Alwin Schulze, Große Hamburger Straße 18/19 befindet.

Nachträglich eintreffende Bewilligungen werden den späteren Veröffentlichungen mit angefügt. — Plakate für Fabrikanten werden nur gegen Vorzeigung des unterzeichneten Tarifs im Bureau der Tabakarbeiter, Große Hamburger Str. 18/19, 2. Hof II, ausgehändigt.

Achtung! II. Nachtrag Achtung! zu der Liste der geregelten Bäckereien vom 8. Oktober 1911.

- Den Tarif nachträglich anerkannt haben folgende Bäckereien: Berlin. Dusselstr. 59, Spreer. ... Reinitendorf-West. Schamwedelstr. 25, Bernke u. Co.

Aus der Liste der geregelten Bäckereien wegen Tarifbruchs gestrichen: Berlin. Ruchstr. 65, Kiebl. ... Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die Bäckerei von Brückenh. Grelßwalder Straße 29, die Filialen und Höpferstr. 45 und Elisabethstraße, sowie die Bäckerei von Gadenberg, Köpenick, Plömmingstr. 32, den Tarif nicht anerkannt haben.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung! Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung! Teile dem verehrten Publikum und der Nachbarschaft mit, daß ich untergenannte Bäckerei käuflich übernommen habe und zugleich die Forderungen des Bäder- und Konditorenverbandes anerkannt habe.

MANOLI Cigarettes Beliebt Specialmarken Abbas Dandy Gibson Girl

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, (dicht am Moritzplatz).

In einem neu erbauten Häuserkomplex Straße 22a an der Müllerstraße sind per 1. April 1912 moderne Wohnungen von 4, 3, 2 und 1 Zimmer mit Warmwasser- und Wasser- und Spültisch usw. zu vermieten.

Zu den Lohn- u. Arbeitsbedingungen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Zigarren in vorzüglicher Qualität

- Hygienisch einwandfreie Herstellung! aus den Fabriken der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. zu haben in folgenden Detailgeschäften: Ostern. Roperstr. 11. ... Norden. Eichenstr. 53, Ad. Dordach.

Generaldepot: Udo Stangenberg, Generalvertretung der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft, Nordhausen.

WIR HABEN WAS SIE SUCHEN!



ELEGANTES KOSTÜM
engl. Art
In der beliebtesten braunen Farbe
ganz auf Selde
33.25



FLAUSCH-PALETOT
mit der modernen
Fransengarnierung
äußerst preiswert
19.50



FLAUSCH-PALETOT
Überraschend gute Kopie
des allerletzten
Pariser Modell
59.25



SAMT-MÄNTEL
vorzügl. Qualität
mit reicher Posamenten-
Verzierung
36.00

SPECIALHAUS FÜR DAMEN-KONFEKTION

C. & A. Brenninkmeyer

KÖNIG STR. 33,
AM ALEXANDERPLATZ
SONNTAGS GESCHLOSSEN.

Sie wollen doch nicht heiraten?
ohne erst die enorme Auswahl beim

Grosser Glogau
Alte Jakobstrasse 73
Ecke Dresdener Strasse
gesehen zu haben?

1 Zimmer
1 Bett Anzahl 8 M.
1 Kl.-Sohrath
1 Tisch
1 Stühle

1 Zimmer u. Küche
1 Bett Anzahl 12
1 Kl.-Sohrath
1 Tisch
1 Stühle
1 Küchenschrank
1 Kuchentisch
1 Küchenschühls
Mark

Flaschmäntel Herren - Ulster

Grosser Glogau
Ecke Dresdener Strasse
u. Alte Jakobstr.
73

Ratenzahlung ohne Preisauflschlag!

Von Unten Auf

Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich

Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken

Preis: 2 Bände gebunden 6 M.

Dem oft geäußerten Verlangen nach einer Neuauflage der Gedichtsammlung „Buch der Freiheit“ hat unser Parteiverlag Rechnung getragen. Er hat für einen verhältnismäßig billigen Preis bei vorzüglicher Ausstattung eine Ausgabe veranstaltet, die allseitige Zustimmung gefunden hat. „Neue Zeit“, „Fränkische Tagespost“, „Hamburger Echo“, „Vorwärts“, „Dresdener Volkszeitung“, „Die Gewerkschaft“ u. a. haben in ausführlichen Besprechungen Inhalt und Ausstattung des Werkes lobend und anerkennend hervorgehoben.

Um unseren Abonnenten die Anschaffung des Werkes zu erleichtern, liefern wir es in **wöchentlichen Ratenzahlungen ohne Preisauflschlag**. Bestellungen nehmen alle Botenfrauen und die Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Das Werk wird sofort geliefert. 247/6

Expedition des Vorwärts, Lindenstr. 69.



Reich illust. Katalog über Uhren, Gold- & Silberwaren, Brillanten etc. etc. gratis!

Bestenfalls **Monats-Raten** ohne Preisauflschlag

Vertreter gesucht!
Otto Jacobson
Friedenstr. 8
Berlin 50



Gartenstadt Falkenhagen-West
direkt am Bahnhof Seestraße
Fahrzeit ab Lehrter Hauptbahnhof 35 Min., ab Charlottenburg Bahnhof Jungfernheide 35 Min.

Reizende landschaftliche Lage, hübsche Laub- u. Nadelwäldchen, ideale Wohnstätte für jedermann. Leichtester Erwerb eines Eigenheims.

Herrliche Villen- und Landgrundstücke, □ R. 15 Mark mit Kiszins Anzahlung, 10 jähr. Amortisationshypothek. — Sommer-Parianhäuser 300 M., Eigenhäuser 500 M. an.

Auskunft u. Prospekt kostenlos im Verkaufspavillon links vom Bahnhofsaustrag, in 1 Minute auf unserem Terrain.

Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16
Fernspr.: Amt VII. 6376.

Laferme

REDOUTE
Cigaretten

2-5 Pfennig

Vorzügliche Qualitäten.

Zentral-Apotheke Friedrichsfelde-Berlin O.

Tel. Amt Lg. 199. Berliner Str. 30. Tel. Amt Lg. 199.

Niederlage der Homöopathischen Zentral-Apotheke Dr. Willmar Schwabe-Leipzig. Lieferungen für häusl. Krankenfallen Berlin u. Vorort. Verbandstoffe, Watten, Irrigatoren, Spritzen jed. Art u. best. Qual. z. billigsten Preis. Lager sämtl. Chemikalien u. Spezialität.

Möbel

liefert auf **Teilzahlung** bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

J. Baer
Badstr. 28 Prinz.-Allee
Herrn- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster, Großes Stofflager zur Anfertigung n. Maß.

IB

Allerbilligste, streng feste Preise.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

Extra-Verkauf von

Sowelt Vorrat

Damen-Bekleidung

Grosse Posten □ Hervorragende Qualität □ Enorm billige Preise

Damen-Blusen

Winterblusen gestreifte und einfarbige Stoffe
1⁷⁵ 2⁷⁵ 3⁷⁵

Woll-Blusen moderne Fassons, in neuen Stoffen
3⁹⁰ 4⁹⁰ 5⁹⁰

Samt-Blusen moderne Farben
5⁷⁵ 7⁵⁰ 9⁵⁰

Seiden-Blusen gestreift, einfarbig und schottisch, Passen und Hemdformen
5⁹⁰ 7⁵⁰ 12⁵⁰

Eleg. Seid.-u. Tüllblusen
12⁵⁰ 16⁷⁵ 19⁵⁰

Mäntel u. Ulster

Damen-Mäntel aus marine Cheviot
13⁷⁵ 16⁷⁵ 22⁷⁵

Tuch-Kimonos in mod. Farben mit Fransen-Garnierung
23⁰⁰ 29⁰⁰ 50⁰⁰

Abend-Mäntel moderne Ausführung, in vielen Abendfarben, warm gefüttert
22⁷⁵ 29⁵⁰ 48⁰⁰

Samt-Mäntel schwarz, ca. 140 cm lang, auf halbseid. Futter
38⁰⁰ 48⁰⁰ 68⁰⁰

Pariser Samt-Mäntel schwarz, a. Seidenfutt.
45⁰⁰ 58⁰⁰ 75⁰⁰

Jupons u. Morgenröcke

Winterjupons in versch. dk. Farb.
2⁹⁰ 3⁷⁵ 5⁷⁵

Jupons aus Velours oder Moirés
4⁵⁰ 5⁵⁰ 7⁷⁵

Seiden-Jupons in verschiedenen modern. Farben
7⁵⁰ 9⁷⁵ 12⁵⁰

Jupons mit Trikot-Rumpf und Moiré-Volant, in vielen modern. Farben
5⁷⁵

Morgenröcke in eleg. Ausführung
9⁷⁵ 14⁷⁵ 19⁷⁵



Josefetti

Juno

Ligaretten

10 Stück 20 Pfg

stehen
nach wie vor, auf
der höchsten Stufe
der
Vollkommenheit!

Persil

das selbsttätige **Waschmittel!**

Wer seine Wäsche schonen und ihr größere Gebrauchsdauer sichern will, nehme zum Waschen nichts anderes als Persil, das bewährte, selbsttätige, unschädliche Waschmittel von Millionen Hausfrauen. — Erhältlich nur in Original-Paketen.

Der Washtag bringt Ihnen keinen Ärger mehr!

Persil wäscht ganz von selbst! Die Wäsche wird eingesetzt, etwa 1/4—1/2 Stunde gekocht und gut ausgespült; sie ist dann fertig, blütenweiß wie auf dem Rasen gebleicht.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Morgen Montag: Frauen-Leseabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Wierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Konkordia-Festhallen“ eine öffentliche Versammlung zur Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl statt.

In den an der Stadtverordnetenwahl beteiligten Bezirken findet heute von 8 Uhr früh ab Flugblattverteilung statt.

Steglich-Friedenau. Der Beginn des Vortragskurses über Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien findet wegen Erkrankung des Vortragenden erst am Montag, den 30. Oktober, statt. Der Bildungsausschuss.

Lankwitz. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Schulz, Mühlenstraße, statt. Tagesordnung: Vortrag, Vorstands- und Kassensbericht, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Der Vorstand.

Friedenau. Dienstag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Mechelle, Handjerystr. 60/61: Wahlvereinsversammlung. Vortrag des Genossen Konrad Haenisch über: „Mittelstand und Sozialdemokratie“.

Schmargendorf. Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr findet im „Schützenhaus“, Hundeshlegstraße, eine öffentliche Gemeindevahlerversammlung statt. Der Vorstand.

Wariendorf. Vom heutigen Tage ab findet hier eine achtstägige allgemeine „Vorwärts“-Agitation statt.

Reichenow (Wannseebahn). Dienstag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Benno Widler, Potsdamer Straße 25. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Barth, „Sozialdemokratie und Kultur.“ Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Der Vorstand.

Tempelhof. Am Dienstag, den 24. d. M., beginnt unsere „Vorwärts“-Agitation, wozu sich die Parteigenossen vollständig in ihren Bezirkslokalen einfinden wollen.

Bris-Buckow. Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gartenklub „Koselack“, Chausseestraße, Ecke Jahnstraße: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Gesamtvorstandes, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes, Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Treptow-Baumgartenweg. Am Dienstag, den 24. d. M., abends 7 Uhr, beginnt eine „Vorwärts“-Agitation für die Bezirke 1, 1a, 2, 9, 10, 11 und 12. Die Genossen treffen sich pünktlich in den betreffenden Bezirkslokalen. Der Vorstand.

Wlkershof. Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Kaul, Wilmarsdr. 16: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Paul Baumann über: 20 Jahre politischer Organisation in Wlkershof.

Karlshorst. Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Hilfenbad“ (Inn. F. Warte). 1. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn: „Deutscher Humor.“ 2. Bezirksangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Schneidewitz bei König-Wasserhausen. Am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Bösch, Genossen, sodort für guten Besuch. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Die Mitgliederversammlung des Bezirks-Wahlvereins findet nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Wohlhab, Giesbornstr. 18, statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über: „Soziale Pädagogik.“ 3. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.

Legel. Am Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Klippenstein (West-Seefischhaken), Spandauer Str. 4: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Referent: Genosse Udo.

Bohagen-Rummelsburg. Dienstag, den 24. bis 29. Oktober findet eine „Vorwärts“-Agitation statt. Die Genossen treffen sich zu dieser wichtigen Arbeit abends 7 Uhr in den bekannten Lokalen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Ueber die Bebauung des Tempelhofer Feldes

wird berichtet: Die Dokumente über die bereits vor zwei Monaten erfolgte Genehmigung des Bebauungsplanes des Tempelhofer Feldes sind jetzt auf dem üblichen Instanzenwege der Gemeinde Tempelhof zugegangen. Die zustimmende Ratsbeschluss war schon im August vollzogen worden. Einige Straßen sind bereits im Bau begriffen. Die eine dieser Straßen soll zur Entlastung der alten Tempelhofer Chaussee dienen. Sie wird als neue Tempelhofer Chaussee in einer Entfernung von 700 Metern parallel zur alten laufen und in einem Bogen sowohl bis an die Berliner Grenze wie an den Tempelhofer Ringbahnhof führen. Dieses Projekt ist dadurch entstanden, daß die beiderseitige Bebauung der Tempelhofer Chaussee an dem Widerstand des Kriegsministeriums gescheitert ist, das trotz der Gründe, die hier für die ästhetische Ausgestaltung Groß-Berlins geltend gemacht wurden, von dem übrigen Paradiesfeld keinen Zoll hergeben wollte. — Die zweite im Ausbau begriffene Straße ist die im Bogen durch die Mitte des Feldes führende, den projektierten Park überschneidende große Verkehrsstraße, an der die Errichtung der zukünftigen Untergrundbahnhöfe beabsichtigt ist. Der Ausbau dieser Straße erfolgt unter dem Gesichtspunkt, daß in ihrer Mitte ein 9 Meter breiter Grün- und Blumenstreifen vorgesehen ist, der später den Untergrundbahntunnel aufnehmen soll. Das Asphaltpflaster, mit dem im kommenden Frühjahr diese Straße bedeckt werden wird, braucht infolge des für den Untergrundbahnbau reservierten Grünstreifens nicht wieder entfernt zu werden. Die Bebauung des Tempelhofer Feldes wird unverzüglich an dem Platze einsetzten, der am Eingange des Feldes entsteht. Die Fassaden der dort stehenden Häuser werden einheitlich gestaltet werden und sollen einen monumentalen Charakter erhalten. Die ersten Bauten werden also an der neuen Tempelhofer Chaussee, der Parallelstraße der alten Chaussee und in der neuen, in dem erwähnten Bogen geführten Straße errichtet werden. Es wird zu gleicher Zeit mit dem Bau von etwa 20 Häusern begonnen werden.

nicht überall möglich. Auf manchen Bahnhöfen mußten zur Abwicklung des Postverladegeschäftes besondere Vorkehrungen getroffen werden. Man mußte sogar eigene Kommerzialstellen geschaffen werden. Als Postbeförderungsanlagen auf Bahnhöfen kommen in Betracht Tunnel, Stegbrücken, Gepäckaufzüge, Gleise, Bahnsteige usw. Für Posttunnel genügt eine leichte Weite von 3,5 Meter und eine leichte Höhe von 2,20 Meter bis 2,50 Meter. Die Tunnel sollen rechtwinklig oder nur wenig geneigt zur Längsrichtung der Gleise und Bahnsteige und soweit möglich gradlinig geführt werden. Post-Gleise und Bahnsteige werden in Wäschel- oder Trapezform mit Jungensbahnsteigen und gemeinsamen Querbahnsteig hergestellt. Nicht gut eignen sich Ladeanlagen mit einem Grundriß in Sägeform. Sie bieten den besondern Vorteil, daß zwischen der Ankunft- und Abgangseite über die Kreuzweiche in der Mitte ein Austausch von Wagen ohne große Rangierbewegungen vorgenommen werden kann. Das Ein- und Ausrangieren der Wagnpostwagen in die Rüge und aus den Rügen besorgt die Eisenbahnverwaltung. Die Postbahnsteige lassen sich am besten ausnutzen, wenn sie an beiden Längsseiten Ladegleise erhalten.

Verbesserungen bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn hat seit gestern wichtige Verbesserungen im Verkehr mit Roabit eingeführt. Linie 82, Schleifisches Tor—Wilhelmsbadener Straße, ist durch die Turmstraße östlich weitergeführt und von der Mathenower Straße an bis zum Cüstriner Platz unter Verschmelzung mit der bisherigen Linie 16 verlängert. Die Linie 16, Bahnhof Pankowstraße—Cüstriner Platz, ist damit aufgehoben worden. Der Absperrung 2 wird nicht mehr durch die Turm- und Mathenower Straße geführt, sondern von der Stromstraße an durch die Straße Alt-Roabit. Auch bei Linie 19, Bahnhof Pankowstraße—Oranienburger Tor, Alexanderplatz—Rixdorf—Pankowstraße, treten einige geringfügige Änderungen bei den Abfahrtszeiten ein. Im übrigen bleibt die Linie unverändert. Die Rüge der Linien 82 und 90 ergänzen sich zwischen Schleifisches Tor und Kaiser-Allee, Ecke Pariser Straße, zu einem Betrieb von 7 1/2 Minuten. Im weiteren ergänzen sich die Rüge der Linien 2 und 3 zwischen Ruhomplatz und Alt-Roabit, Ecke der Stromstraße, zu einem Betrieb von 3 1/2 und 7 1/2 Minuten.

Geheil! Eine Krankengeschichte, die noch der Klärung bedarf, wird uns aus dem Urban-Krankenhaus bekannt. Hier wurde am 28. September eine 29-jährige Frau S. aufgenommen, die vor mehreren Jahren eine Unterleibsoperation durchgemacht hatte und seitdem von Zeit zu Zeit immer wieder über Unterleibsbeschwerden klagte. Was ihr diesmal fehlte, wurde ihr und den Angehörigen nicht recht klar, weil der Arzt, der sie bis dahin behandelt hatte, hierüber keine bestimmten Angaben machte. In das Krankenhaus begab Frau S. sich auf ausdrückliches Anraten dieses Arztes, und zwar ließ sie sich in einem Krankenwagen hinfahren, weil sie sich sehr schwach fühlte. Auch im Krankenhaus wurde ihr und ihren Angehörigen keine hinreichend klare Belehrung darüber gegeben, an welcher Krankheit sie litt. Als schon eine Woche später die Kranke den Wunsch äußerte, wieder entlassen zu werden, stimmte die Mutter zu, und im Krankenhaus wurde dann die Entlassung verfügt. Doch ehe Frau S. am Morgen des 6. Oktober die Anstalt verließ, sagte sie ihrer abholenden Mutter, sie fühle sich schon wieder schwach. Es scheint, daß in diesem Augenblick die Entlassungsformalitäten bereits erledigt waren. Eine der Pflegerinnen soll erklärt haben, die Patientin könne ja hier bleiben, nur sei dann ein neuer Aufnahmehchein nötig. Die Mutter entschloß sich, die Tochter mit nach Hause zu nehmen. Der Heimweg wurde in einer Droschke zurückgelegt und zwei Männer trugen Frau S. in ihre Wohnung hinauf. Dabei stellte der Vater aus dem Entlassungsschein fest, daß die entlassene Kranke als „geheil!“ bezeichnet wurde. Frau S. fühlte sich aber so wenig geheilt, daß noch an demselben Vormittag ein Arzt um Beistand gebeten werden mußte. Dieser — nicht derselbe Arzt, der Frau S. vor ihrer Krankenhausüberweisung behandelt hatte — machte über die Krankheit gleichfalls keine bestimmte Angabe. Er empfahl, die Kranke sofort wieder in eine Anstalt zu bringen. Nachdem er am folgenden und am nachfolgenden Tage diesen Rat wiederholt hatte, wurde Frau S. am 8. Oktober mittags in das Krankenhaus „Bethanien“ gebracht. Der Ueberweisungsschein, in dem der behandelnde Arzt die Aufnahme als nötig bezeichnete, gab jetzt „Bauchfellentzündung“ an. Auch am Nachmittag wurde der Kranken Eiter abgezogen. Nachdem Frau S. dann eine Woche hindurch in „Bethanien“ behandelt worden war, starb sie dort am 16. Oktober. Die ärztliche Todesbescheinigung gab „eitrige Bauchfellentzündung“ als Todesursache an.

Der Widerspruch zwischen dieser tödlichen Erkrankung und der Angabe „geheil!“ ist vermutlich daraus zu erklären, daß solche Entlassungsscheine nicht von Ärzten, sondern von Bureaubeamten des Krankenhauses ausgestellt werden. Sie tragen nicht mal die Unterschrift eines Arztes, der etwa eine Nachprüfung vorgenommen hätte, einen Irrtum korrigieren könnte und nun mit seinem Namen für die Richtigkeit der Angaben einstehen müßte. Wir hoffen, daß nach diesem Vorkommnis die Notwendigkeit, das Verfahren zweckentsprechend zu ändern, anerkannt werden wird. So ganz unbedenklich sind solche Irrtümer denn doch nicht, da ja die Entlassungsscheine bei den Krankenkassen als Ausweise dienen müssen. Durch irrtümliche Bekundungen über den Erfolg der Krankenhausbehandlung können die Interessen der Krankenkassen wie der Krankengeldbesitzer gefährdet werden.

Die Gehälter des Betriebspersonals der städtischen Straßenbahnen sollen aufbereinigt werden. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine Magistratsvorlage zugegangen, wonach die Schaffner ein Anfangsgehalt von 105 M. erhalten sollen, das sich nach einem Jahre auf 110 M. und nach drei Jahren auf 115 M. erhöht; nach fünf Jahren steigt das Gehalt auf 120 M. und dann auf 140 M. Fahrer und Wagenreinger sollen dasselbe Gehalt beziehen, doch mit der Maßgabe, daß die Fahrer eine Fahrzulage von 60 Pf. pro Tag und die Fahrer 1 M. pro Tag erhalten. Für Ueberstunden sollen außerdem 50 Pf. bezahlt werden.

Angledie Briefkästen. Die Berliner Briefkästen an den Häusern sehen äußerlich alle gleich aus, sind aber in einem wesentlichen Punkte sehr verschieden. Diese Verschiedenheit liegt in der Einwurfsöffnung. Wir haben Briefkästen, in die sehr breite Altkästen in Ostformat glatt hineingehen, und andere, deren Einwurf wenig mehr als die Breite eines gewöhnlichen Hanfsackes zeigt. In manchen Postbezirken wird weiter über allzu häufige Veränderung der dort am Straßenrande befindlichen Briefkästen geklagt. So sind im Norden an einer größeren Anzahl von Stellen die Briefkästen im Laufe eines Jahres bereits zum dritten Male geändert worden. Eine Leserin aus demselben Bezirk teilt uns mit, daß sie neulich in den Straßenbriefkästen mit gebührender Sorgfalt eine Postkarte warf, die hinterher von einem Postkoffer an der Erde gefunden und ihr einen Tag später vom dem Finder liebenswürdigerweise überbracht wurde. Die Karte kann nur bei der Kassenleerung herausgefallen sein. Wie ist das möglich?

Feuerbestattung. Durch Belohnung an den Anschlagfäulen weist der hiesige Feuerbestattungsverein darauf hin, daß künftig keine Feuerbestattung mehr möglich ist, wenn nicht eine rechtzeitige lechtwillige Verfügung des Verstorbenen zur Stelle ist. Das Bureau des Vereins, C. 2, Breite Str. 5, erteilt kostenfrei nähere Auskunft.

Zu den schweren Eisenbahnunfällen, über die wir gestern berichteten, erfahren wir heute, daß auch die beiden Verunglückten vom Wannseebahnhof und vom Bahnhof Pankowstraße jetzt bekannt sind. Es sind der 21 Jahre alte Kottenarbeiter Bernhard Siewer aus der Leuthenstraße 17 zu Schöneberg und der Arbeiter Friedrich Borr aus der Triftstraße 51. Siewer war seit vier Jahren Kottenarbeiter. In der Nacht zum Freitag lud er auf dem Wannsee-Ruhensbahnhof Kies ab. Als die Wagen leer und zum Verschicken schon losgelassen waren, stieg Siewer auf den einen nochmals hinauf, um sein Jackett, das er oben hatte liegen lassen, herunter zu holen. Jetzt setzte sich plötzlich die Maschine in Bewegung und stieß auf den Wagen so heftig auf, daß Siewer das Gleichgewicht verlor und kopfüber herunterfiel. Hierbei schlug er mit dem Kopf auf die Schienen des Nebengleises auf, zerstückelte sich den Schädel, und verschied auf der Stelle. — Borr befand sich gestern morgen um 6 Uhr auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle. Er stieg wie wir schon mitteilten, zu früh aus, und fiel unter die Räder.

Wilhelm Pankow. Der Tod hält in diesem Jahre reiche Ernte. Wieder hat einer unserer tätigen Genossen das Zeitliche gesegnet. Wilhelm Pankow ist am 18. Oktober im Alter von 47 Jahren aus dem Leben geschieden. Im Jahre 1891 nach Berlin gekommen, hat er sich sofort in die Reihen der kämpfenden Genossen gestellt. In der Partei sowie in der Gewerkschaft hat er in unermüdlicher Weise gewirkt, er war stets im Interesse der Arbeiterbewegung tätig. Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee wird Anfang nächsten Jahres sich ein großer Zeltzirkus — Sarafani — aufstellen.

Unter polizeilichem Schutz und mit Trara betrieb am Freitagabend die Heilsarmee für ihre blödsinnigen Veranstaltungen. Unter Vorantritt eines Musikkorps in roter Uniform und in Begleitung von Fackelträgern und Heilsarmeeoldaten trug die Gesellschaft ein drei Meter großes Schild umher, auf dem zu einer Versammlung der Heilsarmee eingeladen wurde. Der Zug kam aus der Fürstenuwälder Straße und bog in die Frankfurter Straße ein. Schaulente sorgten dafür, daß dieser Unzug ungehindert vor sich gehen konnte. Das Publikum mußte so lange warten, bis die Heilsarmeeleute passiert waren. Das Spektakelstück hätten Sozialdemokraten veranstalten sollen! Wie schnell wäre da die Polizei dagegen eingegriffen. Aber die Heilsarmee trägt zur Verblödung der Massen bei, während die Sozialdemokratie für Aufklärung sorgt!

Ein schwerer Automobilunfall, bei dem drei Personen verletzt wurden, hat sich im Grunewald ereignet. Der Rittergutsbesitzer Pöter aus Mansfeld hatte mit seinem Bekannten, dem Landwirt Pich, eine Autofahrt nach Berlin unternommen, um die Automobilanstellung zu beschließen. Die Herren hatten sich schon einige Tage in Berlin aufgehalten und wollten einen Ausflug nach Wannsee unternehmen. Sie fuhrten über die Havelchaussee und bogten dann in die nach Berlin führende Straße ein. In der Kurve des Großen Sterns, die schon mehreren Automobilisten das Leben gekostet hat, schleuderte das Fahrzeug in der Kurve und prallte gegen einen Baum. Die drei Insassen wurden in weitem Bogen auf die Chaussee geschleudert und blieben benimmungslos liegen. Ein darüberfahrendes Automobil schaffte den Rittergutsbesitzer Pöter nach dem Kreis-Krankenhaus in Groh-Plattfelder. Der Landwirt Pich konnte nach Anlegung eines Rotverbandes sein Berliner Hotel auffinden. Der Chauffeur Wenzig kam bei dem Sturz mit einigen leichten Quetschungen davon.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich Sonnabendnachmittag gegen 4 Uhr in der Köpenicker Straße. Dort versuchte an der Ecke der Wichmannstraße der 70jährige Regierungsbaumeister a. D. Graff aus der Diefenbachstraße 59 vor dem Straßenbahnwagen 2387 der Linie 83 das Gleis zu überschreiten. Obwohl der Fahrer des Waggons sofort alle ihm zu Gebote stehenden Vorschüsse anwandte, wurde der Greis vom Bahnwagen erfasst und umgestoßen. Er geriet mit beiden Beinen unter den Schaugrahnen des Borderrerrons und erlitt einen schweren Schädelbruch sowie erhebliche Verletzungen an den Beinen. Mit Hilfe von Postkanten wurde der Wagen angehoben und der Verunglückte befreit. Graff wurde in hoffnungslosen Zustände nach dem Krankenhaus Bethanien übergeführt.

Aus dem dritten Stockwerk gestürzt ist der 24 Jahre alte Hausdiener Kaspar Jenson, der jetzt vom Militär entlassen worden ist und seitdem bei einem Gastwirt in der Friedrichsgracht als Hausdiener beschäftigt war. In der vergangenen Nacht sah man ihn angetrunken nach Hause kommen. Er suchte seine im dritten Stockwerk des Hauses Friedrichsgracht belegene Schlafstelle aus und zog sich hier bis auf die Hofe und das Hemd aus, dann muß er wohl auf die im selben Stockwerk um das ganze Haus laufende Galerie gegangen sein, um frische Luft zu schöpfen. Hierbei ist er dann über das niedrige Geländer auf den Hof hinabgestürzt. Als der Wirt um 2 Uhr nachts über den Hof kam, fand er den Hausdiener bewußtlos auf dem Boden liegen. Er wurde sofort nach der Unfallstation gebracht, doch verchied er schon auf dem Wege dorthin.

Zur Liquidation der Allgemeinen Importgesellschaft m. b. H. Wegen Unterzahlung von Krankentaggeldern der Angestellten der A. I. G. in Höhe von 1500 M. wird der Geschäftsführer Siegfried Hirsch von der Staatsanwaltschaft verfolgt. H. ist schon früher wegen Kautionschwandeleien in 80 Fällen strafrechtlich verfolgt worden, als er mit der Firma Voigt u. Co. arbeitete. Im Jahre 1909 gründete er mit einem Berliner Kaufmann die A. I. G. Die Krankentaggeldbeiträge wurden den Angestellten regelmäßig bei Gehaltszahlung in Abzug gebracht. Doch sind diese bis heute nicht an die Ortskrankenkasse zu Rixdorf abgeführt worden. Eine Pfändung fiel natürlich fruchtlos aus. Hoffentlich gelingt es dem Staatsanwalt diesmal dem Gauner die Hände zu binden.

Die Jahres-Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung findet am Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Reckers Festhalle, Köpenicker Straße 29, statt.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute, abends 7 Uhr, im „Königsstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72: Vortrag des Herrn Juda Rubin über: „Bericht Hauptmann und das moderne Drama“.

Im Zoologischen Garten ist kürzlich ein sehr seltener nordbrasilianischer Rindschaf eingetroffen, der in dem alten Haus am Hauptrestaurant untergebracht ist. Das eigenartige dunkel-schwarze Schaf, das mit seinem fein-weichhaarigen behaarten Gesicht einen ganz merkwürdigen Eindruck macht, gehört einer Rindschafgruppe, den Schweiffaffen, Pithecia, an, die in unseren Zoologischen Gärten im allgemeinen nicht vertreten ist. Da alle Mitglieder dieser Gattung sich in der Gefangenschaft als sehr empfindliche, hilflose Tiere erweisen, die die lange Reise nach Europa nur selten aus überleben.

Ein Unteroffizier des Schumacherverbandes ließ am Freitag früh in dem Sibirienzuge, welcher um 7.20 Uhr die Station Jannowichbrück verläßt, ein Paket Verbandsbücher liegen. Der Finder wird gebeten, diese im Bureau des Schumacherverbandes, Blumenfeldstraße 10, oder im Zigarrengeschäft von Rupprecht in Rixdorf, Siegfriedstraße 23, abzugeben.

Zufeldendiebstahl. Sonnabendabend zwischen 6 und 7 Uhr wurde in dem Juweliergeschäft von Rudolf Müller, Rietzelstraße 1, ein dreierlei Einbruchdiebstahl verübt. Zwei junge Burschen zertrümmerten die große Scheibe des Schaufensters und stahlen wertvolle antike und große Brillantringe im Werte von mehreren tausend Mark. Trotz sofortiger Verfolgung gelang es nicht, der Diebe habhaft zu werden.

Die Ausstellung vorbildlicher Arbeitermöbel im Gewerkschaftshaus wird am Sonntag, den 29. d. Mts., geschlossen, sie ist aber nur noch am 29., 28. und 29. Oktober von 5-9 Uhr geöffnet. Die „Kommission für vorbildliche Arbeiterwohnungen“ (Adresse: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15) bleibt bestehen, da die Absicht vorhanden ist, im Monat Februar 1912 mit einer neuen Ausstellung vor die Berliner Arbeiterenschaft zu treten.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin verlegt mit dem heutigen Tage ihre Zentrale und das Lehrlokal der 1. Abteilung vom Dredner Garten nach Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstraße 35 (Ecke Kochstraße). Dasselbst am Montag, den 29. Oktober, abends 9 Uhr, Lehrenden der gesamten 1. Abteilung (Gruppe 1 und 2), Vortrag über Anochenbrüche. — Ferner: 2. Abteilung Brunnenstraße 154 am Montag, den 29. Oktober, und 3. Abteilung Schöneberg, Vorbergstraße 9, am Donnerstag, den 28. Oktober, Lehrende in der Verbandsschule. — Freitag, den 27. Oktober, Übungsstunde für aktive Mannschaft bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35. In allen Abteilungen Gäste willkommen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Gemeindegewerkschaft Schönebergs erhoben am Freitag die Forderung einer Teuerungszulage. Die zu diesem Zweck einberufene Versammlung, die im Gesellschaftshaus des Weiten tagte, war so stark besucht, daß die Anwesenheit fast sämtlicher Schöneberger Gemeindegewerkschaften angenommen werden kann.

Nachdem Genosse Wolkenuhr als Referent dargelegt hatte, daß die volkswirtschaftliche Lage der Regierung die wahre Ursache der Lebensmittelteuerung ist, ging Kolenske im besonderen auf die Verhältnisse der städtischen Arbeiter ein. Für diese sei die Teuerung deshalb besonders drückend, da sie schon seit Jahren keine Lohnaufbesserung mehr bekommen haben. Schon vor einem Jahre stellten die städtischen Arbeiter Anträge auf Regulierung ihrer Lohnsätze. Aber einen Erfolg haben die Anträge noch nicht gehabt. Die städtischen Arbeiter Schönebergs gehören zu den am schlechtesten gestellten Arbeitern. Viele von ihnen müssen sich mit einem Wochenlohn von 21,60 M. begnügen. Daß ein solcher Lohn unter den gegenwärtigen Teuerungszuständen auch nicht im entferntesten ausreicht, um den notwendigsten Bedarf einer Familie zu bestreiten, bedarf keines Nachweises. — In der Diskussion nahm auch der städtische Verwaltungsdirektor Korbacher das Wort. Er sei nicht im amtlichen Auftrage gekommen, sondern nur, um die Wünsche der Arbeiter zu hören. Er würde sich freuen, wenn er in der Lage wäre, diese Wünsche zu erfüllen. Er hoffe, die städtischen Körperschaften würden tun, was nach Lage der Sache erforderlich und möglich sei. — Stadtdirektor Oberst sagte unter anderem, wenn in der Stadtvertretung jetzt endlich über die Frage einer Lohnsteigerung verhandelt werde, so sei das nur der Rückblick auf die bevorstehenden Stadtwahlkandidaturen zu danken. Die Bemerkungen des Verwaltungsdirektors riefen eine Reihe Gegenüberungen hervor. Es wurde gesagt, es sei nicht ungefährlich, in Gegenwart des Herrn Verwaltungsdirektors Wünsche anzutragen. Auf Verhütung der Wünsche könne kaum gerechnet werden, da der Verwaltungsdirektor auf dem Standpunkt stehe, nur er allein wisse, was für die Arbeiter gut sei. — Nach Schluß der Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der gesagt wird: Das wirkungsvollste Mittel gegen die Folgen der Teuerung ist eine Regulierung der Lohnverhältnisse auf Grund der Anträge der Arbeiter vom Herbst 1910. Die Versammelten protestieren auf das schärfste gegen die jahrelange Verschleppungspolitik in der Lohnfrage und fordern die umgehende Erledigung ihrer Anträge. Die Versammelten beantragen, ihnen bis zur endgültigen Regelung der Lohnfrage eine dauernde Teuerungszulage mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober ab zu gewähren.

Hierzu nahm die Versammlung eine Resolution an, welche den Beschluß der städtischen Arbeiter vom 26. Juli bestätigt, die Haltung der von ihnen gewählten Ausschusmitglieder billigt und ihnen volles Vertrauen ausdrückt. Ferner sagt die Resolution: Die Versammelten bedauern außerordentlich die ablehnende Haltung der Deputation für das städtische Krankenhaus gegenüber den Anträgen des Personals auf Vertretung im Arbeiter-Ausschuss. Sie appellieren an den Magistrat und die Stadtdirektoratsversammlung und erwarten, daß wie in Berlin und Rixdorf, auch im Schöneberger Krankenhaus eine Vertretung des Personals geschaffen wird. Sie beauftragen die Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter diese Resolution dem Magistrat und der Stadtdirektoratsversammlung zu übermitteln.

8 Tage tot in der Wohnung gelegen hat der Arbeiter Wilhelm Lehmann aus der Helmstraße 8. L. war Junggeselle und hauste in seiner aus Stube und Küche bestehenden Wohnung ganz allein. Seit einiger Zeit war er lungenleidend, nahm aber ärztliche Hilfe nicht in Anspruch, sondern zog sich gänzlich von jedem Verkehr mit den Nachbarn zurück. Seit vorigen Sonnabend war L. nicht mehr gesehen worden, und da aus seiner Wohnung Leichengeruch drang, wurde vorgestern die Polizei benachrichtigt, die die Wohnung öffnen ließ. Hier fand man Lehmann tot im Bette liegend vor, die Leiche war bereits in Verwesung übergegangen. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod wahrscheinlich infolge einer schon seit geraumer Zeit andauernden Lungenkrankheit erfolgt ist. Die Leiche wurde beklaghaft und nach der Halle in der Magstraße übergeführt.

Charlottenburg.

Druckerei des Hausmülls. Gelegentlich des Oktoberumzuges weist der Charlottenburger Magistrat die Einwohner besonders darauf hin, daß in Charlottenburg durch Polizeiverordnung vom 29. November 1909 und Ortsstatut vom 2. Juli 1907 die Ansammlung des Mülls nach dem Drückensystem geregelt worden ist, d. h. es sollen a) Asche und Aschricht, b) Speisereste, Fleisch-, Fisch-, Gemüse- und Obstreste, Knochen, Brot usw., c) sonstige Abfälle (Papier, Lumpen, Stroh, Holz, Scherben, Metalle, Flaschen, Konservenbüchsen usw.) getrennt gesammelt und in die dafür bestimmten Gefäße geschickt werden. Es liegt im Interesse aller Einwohner, daß diese Bestimmungen streng durchgeführt werden, weil andernfalls die wichtigen hygienischen Vorteile in Frage gestellt werden, welche nach dem Gutachten hervorragender Männer der hygienischen Wissenschaft und nach den Erfahrungen der Praxis durch die Drückerei des Hausmülls erzielt werden. Neben gesundheitlichen Interessen sollte auch das wirtschaftliche Verhältnis der Einwohnerchaft dazu beitragen, daß die Trennung des Hausmülls gewissenhaft durchgeführt wird. Wie wohl in weiteren Kreisen bekannt ist, werden die gesammelten Speisereste nicht etwa vernichtet, sondern nach gründlicher Reinigung und Sterilisation als Viehfutter verwendet. Nach anfänglichen Misserfolgen, welche durch ungenügende Erfahrungen auf diesem ganz neuen und schwierigen Gebiete hädlicher Abfallverwertung hervorgerufen wurden, ist es nunmehr gelungen, mit den Speiseresten eine rationelle Viehfütterung durchzuführen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich am Freitagmorgen gegen 7 1/2 Uhr an der Ecke der Bismarck- und Fritschelstraße zugetragen. Dort versuchte die 63jährige Witwe Ernestine Labbert aus der Schulstraße 19 unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 62 (Richtung Weihensee) das Gleis zu überschreiten. Obwohl der Fahrer sofort alle ihm zur Verfügung stehenden Bremsmittel anwandte, konnte er ein Unglück nicht mehr verhüten. Die Frau wurde umgestoßen und geriet unter den Schutzrahmen des Vorderperrons. Mit Hilfe von Postanten wurde der Wagon angehoben und die Verunglückte in bewußtlosem Zustande hervorgezogen. Die Witwe, die schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Westend übergeführt, wo sie am gestrigen Morgen verstarb.

Wegen eines gewaltigen Dachstuhlbrandes wurde gestern nachmittag die Charlottenburger Feuerwehr nach der Kommissenstr. 62 gerufen. Als die Feuerwehr dort ankam, stand der Dachstuhl des vierstöckigen Hauses schon an mehreren Stellen in hoher Ausdehnung in Flammen. Branddirektor Bahrdt ließ sofort noch zwei Züge nachkommen und mit 6 Schlauchleitungen von Dampfstrahlen den Angriff eröffnen. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit war die Gewalt des Feuers gebrochen. Die Feuerwehr hatte enorm unter der großen Hitze und dem Qualm zu leiden. Die oberen Etagen sind etwas durch Eindringen des Wassers beschädigt worden. Ueber die Entstehung des Brandes konnte nichts mehr ermittelt werden. Man vermutet aber vorläufig Brandstiftung, weil das Feuer an mehreren Stellen zu gleicher Zeit ausbrach.

Elternverein für freie Erziehung. Von Mittwoch, den 25. d. M., ab finden unsere Spielnachmittage wieder jeden zweiten und letzten Mittwoch im Monat nachmittags 3-6 Uhr im Volkshaus, Rosinenstraße 8, statt. Kaffeelöcher der Mütter wie im vorigen Jahre. Der Vorstand.

Rixdorf.

Die Neuwahl der Delegierten zur hiesigen Ortskrankenkasse findet am 5. November statt. Es sind 241 Arbeitnehmer und 101 Arbeitgeber zu wählen. Meldungen zur Kandidatenliste werden noch bis Freitag, den 27. Oktober, beim Obmann, Gen. A. Hendrichs, Thomastr. 29, entgegen genommen; an diesem Tage wird die Vorschlagsliste geschlossen. Berliner Gewerkschafts-Kommission. Bezirk Rixdorf.

In dem Streitverfahren gegen den Polizeipräsidenten wegen der Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung, die den Anliegern vorschreibt, die Bürgersteige von Schnee und Eis zu befreien und sie mit abstumpfen Material zu bestreuen, soll gegen das Urteil des Bezirksausschusses Berufung beim Oberverwaltungsgericht eingelegt werden. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß die Polizeiverordnung rechtswirksam ist, weil sie sich auf eine Obervorgang stützt, und weil, auch wenn das Bestehen einer Observanz nicht anerkannt wird, die Polizeiverordnung zur Sorge für Leben und Gesundheit der Bürger erlassen ist und deshalb im Gesetz vom 11. März 1850 ihre Stütze findet. Dieser Standpunkt ist in der Entscheidung des Reichsgerichts vom 22. Mai 1911 ausdrücklich als richtig anerkannt worden. Es soll deshalb für den kommenden Winter von Maßnahmen dahingehend, daß die Stadtgemeinde die Befreiung der Bürgersteige und Beseitigung von Schnee und Eis übernimmt, Abstand genommen, vielmehr dies nach wie vor den Anliegern, die hierzu gesetzlich verpflichtet sind, überlassen werden. — Der Berlin-Brandenburgischen Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt wird für die Einrichtung und den Betrieb der Beratungsstelle und Poliklinik eine einmalige Beihilfe von 1000 M. unter der Bedingung gewährt, daß die Anstalt an unbedingte Rixdorfer Einwohner die in der Poliklinik zu verarbeitenden Apparate, Gipsverbände usw. bis zum Betrage von 500 M. unentgeltlich liefert. Der Betrag soll in den Etat für 1912 eingestellt werden. — Da es nicht gelungen ist, die Genehmigung zur Errichtung eines bakteriologischen Untersuchungslabors im Krankenhaus Wulow zu erhalten, soll von einer Kündigung des mit der Stadtgemeinde Schöneberg geschlossenen Vertrages Abstand genommen werden.

Eine ganz ungewöhnliche Kindesankündigung beschäftigt die Behörden. Auf einem unbebauten Grundstück an der Ecke der Rausen- und Pfälgerstraße wurde gestern ein todesgeborenes Mädchen gefunden. Das kleine Kind Lebenszeichen von sich gab, wurde es nach dem Waisenhause in der Kannerstraße gebracht, und hofft man es dort auch am Leben zu erhalten. Die mutmaßliche Mutter, die das Kind dort geboren und seinem Schicksal überlassen hat, soll eine Person von 25-30 Jahre sein, die 1,70 bis 1,75 Meter groß und schlank ist und mit einem graugrünen Jodett und einem braunen Hüthut bekleidet war. Die eifrigen Nachforschungen der Kriminalpolizei nach dieser Person waren bisher ohne Erfolg.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Im Vorstande der Fortbildungsschule sind die Arbeitgeber bisher durch zwei Herren vertreten. Von unseren Genossen wurde beantragt, die Parität zu wahren und den Arbeitern auch zwei Sitze einzuräumen. Der Dezernent für Schulanangelegenheiten, Schöffe Dache, erklärte, daß er dies für überflüssig halte, da die Arbeiter an der Gestaltung der Schule durchaus kein Interesse hätten. Genosse Richter trat dem entschieden entgegen. Er wies darauf hin, daß es sich schon bei der Beratung des Statuts der Fortbildungsschule gezeigt habe, der größte Teil der Arbeitgeber die Lehrlinge nur mit dem größten Widerwillen zur Schule schicke, während die Arbeiterchaft das größte Interesse daran habe, die mangelfolte Volksschulbildung durch einen guten Fortbildungsschulunterricht zu vervollkommen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. — Von der Aufsichtsbehörde wurde dem Gemeindevorstand angeheimgeleitet, für den Gemeindebezirk ein selbständiges Versicherungsamt, den Anforderungen der neuen Reichsversicherungsordnung entsprechend, einzurichten. Der Gemeindevorstand beantragte mit Rücksicht auf die dadurch entstehenden Kosten (es müssen zwei Beamte eingestellt werden), von der Errichtung desselben abzugehen. Genosse Richter wies darauf hin, daß es unabweisliche Pflicht der Gemeinde sei, dieses Amt einzurichten. Wie bei allen die Arbeiterinteressen berührenden Angelegenheiten hielten sich auch in diesem Falle zunächst die bürgerlichen Herren in Schweigen. Schließlich wagte sich der unheimliche Spasmacher, Herr Seren, aus Eis. Zuerst legte er gegen den Genossen Richter los, der nach seiner Meinung viel zu einseitig die Interessen der Arbeiter vertrete und dabei auf die armen Besitzenden zu wenig Rücksicht nehme. Genosse Richter reagierte natürlich nicht auf Herrn Seren, sondern kennzeichnete in treffenden Worten das Verhalten der Mehrheit, wodurch dieselbe in einen Zustand der Nasereti versetzt wurde. Die Sozialdemokraten haben sich so erklärt unser Redner, bisher noch stets als die berufensten Vertreter von Allgemeininteressen bewährt. Er beantragte im Falle der Ablehnung des Versicherungsamtes, den Gemeindevorstand zu beauftragen, bei den umliegenden Orten Schritte zur Verschmelzung der Ortskrankenkassen der weiltlichen Vororte einzuleiten. Ein Zusammenschluß dieser vielen Kaffeengilde liege im Interesse der Arbeiter sowohl wie der Unternehmer, indem die Verwaltungskosten erheblich verringert und das jetzt umständliche Meldewesen eingespart würde. Der Antrag des Gemeindevorstandes, der die Ablehnung des Amtes verlangt, wurde angenommen. Ebenso der Antrag des Genossen Richter. Die Arbeiterschaft des Ortes wird dafür sorgen, daß in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Bei Beratung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Bedürfnisanstalten beschäftigten Frauen funktionierte wieder das sogenannte gute Herz der Herrschaften. Die Frauen erhalten für eine täglich 14 bis 15stündige Arbeitszeit monatlich 60 M. und müssen hierpon sogar eine sich notwendig machende Vertretung bezahlen. Alle Verbesserungsanträge unserer Genossen wurden abgelehnt. Der Antrag des Gemeindevorstandes betr. Errichtung eines Abendmarktes an der Wiesbadener Straße zwischen Schillerplatz und Rheingaustraße wurde an die Marktdenotation

zurückverwiesen, nachdem eine längere Aussprache darüber stattgefunden hatte. Einer Aenderung des Ortsstatuts, das die Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter von 18 auf 24 und die Zahl der Schöffen von 5 auf 6 vorsieht, wurde zugestimmt.

In geheimer Sitzung vom 5. Oktober hat die Gemeindevertretung beschlossen, die Erwahlung an Stelle des Herrn Hendrich nicht in diesem Jahre, sondern erst mit den Ergänzungswahlen im nächsten Jahre vorzunehmen. Dieser Beschluß ist von der Angst vor der Sozialdemokratie diktiert. Die Arbeiterschaft wird in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 6. November, im „Rheinschloß“ gegen diese ungerechtfertigte Beschränkung ihrer Rechte Stellung nehmen.

Lichtenberg.

Ein Revolverattentat, das auf Eifersucht zurückzuführen ist, spielte sich vorgestern abend im Hause Wartenbergstraße 33 ab. Dort war der 34 Jahre alte Zimmermann Emil Lewandowski mit dem Händler Karl Raasch in einem Wortwechsel geraten, in dessen Verlauf Lewandowski plötzlich einen Revolver zog und ihn auf seinen Gegner abfeuerte. Raasch wurde durch einen Schuß in die rechte Kopfseite schwer verletzt und mußte von der nächsten Unfallstation, wo er die erste Hilfe erhielt, nach der königlichen Klinik in der Fiegelstraße gebracht werden. Der Täter ergriff die Flucht, konnte aber im Laufe des gestrigen Vormittags von der Lichtenberger Kriminalpolizei ermittelt und verhaftet werden. Beide Männer leben von ihren Frauen getrennt. Lewandowski, der aus Bromberg stammt, betrieb bis vor vier Monaten eine Gastwirtschaft, in der Raasch zu verkehren pflegte. In letzter Zeit glaubte Lewandowski, daß seine Frau hinter seinem Rücken Beziehungen zu Raasch unterhalte. Auch Frau Raasch hegte diese Meinung, und so trennten sich die beiden Frauen von ihren Männern. Lewandowski gab seine Gastwirtschaft auf und suchte sich wiederholt mit seiner Frau auszuöhnen, was ihm aber nicht gelang. Aus Kummer hierüber beschloß der Verlassene, sich an Raasch zu rächen. Er lauerte ihm gestern abend vor seiner Wohnung in der Wartenbergstraße auf und stellte ihn zur Rede. Es entspann sich ein heftiger Wortwechsel, der dann mit dem Revolverschuß endete.

Notwendes.

Eine Teuerungsbekatte im Rathaus. Der letzten Gemeindevertretung lagen zwei Anträge vor, in denen die Gemeinde ersucht wurde, umgehend Maßnahmen zur Linderung der gegenwärtig herrschenden Lebensmittelteuerung zu treffen. Der eine Antrag war vom Haus- und Grundbesitzerverein (HdV.), der andere von der Fraktion der sozialdemokratischen Gemeindeverbände gestellt. Beide Anträge, die zum Teil in der gleichen Forderung gipfelten, gelangten gemeinsam zur Beratung. Während sich jedoch bei der Begründung der bürgerliche Redner, G.-B. Reiff, auf die Forderung nach lokalen Maßnahmen beschränkte, bezeichnete es Genosse Frenzel als eine Pflicht der Gemeinde, an die Reichsregierung in einer Resolution das Ersuchen zu richten, nicht nur die Grenzen für Schlachtvieh, gefrorenes Fleisch und Futtermittel zu öffnen, sondern auch die Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel und vor allem das Einfuhrzollsystem zu beseitigen, um so das geradezu unerträglich gewordene Uebel an der Wurzel zu fassen. Der Bürgermeister erkannte die Berechtigung der vorliegenden Anträge vollkommen an, um so mehr, als auch die Regierung den Kommunen nahegelegt habe, die Initiative zu ergreifen. Die Gemeinde dürfe sich jedoch nicht nur darauf beschränken, der Bevölkerung billige Kartoffeln und Seefische zu vermitteln, sondern sie müsse auch für Beschaffung anderer wichtiger Lebensmittel zu möglichem Preise sorgen. G.-B. Reiff kritisierte die relativ hohen örtlichen Marktpreise und wies G.-B. nach, daß Seefisch am Orte mit 40 Pf. und mehr pro Pfund verkauft werde, während man in Berlin die Hälfte, etwa 20 Pf. bezahle. Schöffe Richter hielt die gemachten Vorschläge nicht für ausreichend; mit Rücksicht auf den hohen Winter, wo sich die Teuerung bei der arbeitenden Bevölkerung voraussichtlich in ganz besonderem Maße fühlbar machen werde, sei es zweckmäßiger, vorläufig mit dem Verkauf von Kartoffeln noch zu warten, um sie dann an die Bedürftigen umsonst abzugeben. Dieser Vorschlag fand allgemeine Anerkennung, doch bat der Bürgermeister, von einer Hinausschiebung des Kartoffelverkaufs im Interesse derjenigen, die jetzt ihren Bedarf gern decken möchten, abzulassen. Es könne ja ein entsprechendes Quantum für die Gratisverteilung reserviert werden. Auf Vorschlag des Bürgermeisters wurden schließlich die gemachten Vorschläge einer Kommission überwiesen, der die G.-B. Levy, Frenzel, Schöffe Reiff und Schöffe Steiner angehören. Sollte die Gemeinde durch die zu treffenden Maßnahmen finanziell in Anspruch genommen werden, so hat die Kommission zwecks Herbeiführung eines Beschlusses in der nächsten Gemeindevertretung Bericht zu erstatten; ist dies jedoch nicht der Fall, so kann sie alles zur Linderung der Teuerung Notwendige unverzüglich veranlassen.

Potsdam.

Schon reichlich 4 Wochen arbeitet die auf Antrag des Oberbürgermeisters Vosberg eingesetzte städtische Teuerungskommission ohne bisher ersichtliches Resultat. Hat es schon Verwunderung erregt, daß der Magistrat selbst den Antrag stellte, so wußte die „Potsdamer Tageszeitung“ am Tage nachher zu berichten, daß der Antrag „gewissen Personen den Wind aus den Segeln nehmen sollte“. Inzwischen ist der Oberbürgermeister Vosberg als konservativer Kandidat für den Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland aufgestellt worden und hält in Versammlungen große Mittelständerreden. Da der Kandidatur auch der Bund der Landwirte zugestimmt hat, dürfte die Kommission zur Bekämpfung der Teuerung in Potsdam wohl überhaupt nicht mehr zum Entschluß kommen können. Die Wähler werden auf diesen Herrn ein besonders wachsam Auge bei seinen Versprechungen haben müssen.

Zu den Gewerbegerichtswahlen müssen sich alle über 25 Jahre alten Arbeitnehmer vom Montag, den 29. Oktober, bis Sonnabend, den 4. November, schriftlich oder mündlich beim Gewerbegericht, Rathaus, Alten Markt) in die Wählerliste eintragen lassen. Für die am Orte Arbeitenden genügt die Freibeitigung des Arbeitgebers, für die auswärts Arbeitenden ist eine Freibeitigung des Polizeireviere darüber Sonntag von 10 bis 12 Uhr notwendig, daß der Betreffende in Potsdam wohnt. Nur wer die Aufnahme in die Wählerliste beantragt hat, darf am Mittwoch, den 6. Dezember, wählen.

Jugendveranstaltungen.

Rixdorf. Ein Herbstfest für die arbeitende Jugend veranstaltet der Jugendausschuss der Arbeiterschaft Rixdorfs am Sonntag, den 28. Oktober, im großen Saale von Barth, Hermannstraße 49. Die Festrede hält Frau Julie Jabel; außerdem werden mit: Herr Konzeptionsrat Gustav Franz und ein Solisten-Trio der Berliner Sinfonie-Orchester, Herr D. Fischer (Klavier), Venerer und Kroll (Violone), Große (Gitarre), Berger (Sax), W. Fischer (Hörner). Das Programm ist ein sehr gewähltes und kann unseren jungen Arbeitern und Arbeiterinnen, insbesondere der schulenlosen Arbeiterjugend der Befund des Festes nur bringend empfohlen werden; die Eltern sind natürlich ebenfalls willkommen. Für Jugendliche bis zum 18. Jahre werden Eintrittskarten abends um 7 bis 9 1/2 Uhr im Jugendausschuss, Ideallpasse 8, unentgeltlich ausgegeben. Die Karten für Erwachsene sind zum Preise von 30 Pf. zu haben: im Festlokal; bei Hirtel, Pflanzengasse in der Ideallpasse, und in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft: Bellestr. 22, Emler Str. 33, Widenbrucher 61/62, Friedenstr. 15, Böhmische Str. 47, Münchener Str. 39, Steinmehrer 107.

Arbeiter-Samariter-Kolonie von Ober-Schöneweide und Umgegend. Am Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Samariterheim, Siemenstr. 12, ein Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Rood statt. Gäste haben freien Zutritt.

Gesellschaft für volkstümliche Vorträge. Donnerstag 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Brauerei Vahnenhof, Turmstraße 25/26: Dessenlicher Vortrag für Damen und Herren. Thema: Die Gefahren der geschlechtlichen Unwissenheit. Referent: Dr. Magnus Hirschfeld.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin. Gruppe Zentrum: Freitag 8 1/2 Uhr, Restaurant Trübel, Blankenburgerstraße 10. Gruppe Rosabill: Sonnabend 9 1/2 Uhr, Restaurant Troch, Sokolowskistr. 38. Gruppe Rixdorf: Dienstag 8 Uhr, Restaurant Rühlens, Steinmehrer 64.



Unübertroffene Leistungsfähigkeit für moderne Herren- und Damen-Stiefel

8.75 10.50 12.50 15.50

Gefütterte und doppelsohl. Stiefel in neuen Formen

Zentrale u. Versand Oranienstrasse 34, Tauentzienstr. 20, Leipzigerstr. 65.

Leiser

Kamelhaar- und Gummi-Schuhe besonders preiswert.

Oranienstrasse 47, Königsstrasse 34, Rickdorf, Bergstr. 29, Müllerstrasse 39

HBC

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuzüglich 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenflehler) Gelegenheitsverkauf... Gardinenhaus... Vorwärtsleier...

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus... Bekannmachung! Handlungshaus... Vorwärtsleier...

3ehn Prozent Rabatt, Vormwärtsleier... Teppiche, Farbenflehler... Gardinen... Möbel...

Teppiche, Farbenflehler... Gardinen... Möbel... Vorwärtsleier...

Seifengeschäft... Refuratur... Möbel... Vorwärtsleier...

Chaiselongues... Möbel... Vorwärtsleier...

Verkauf... Vorwärtsleier... Möbel...

